Teufels Kritik S. 2

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

Nr. 31 – 6. August 2011

Einzelverkaufspreis: 2,40 Euro

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Ideelle Zugehörigkeit zu Deutschland? Staatsangehörigkeitsrecht gibt keine Antwort auf die Frage, wer dazugehören soll Bild: pa

Wer ist deutsch?

Integrationsministerin will dauerhaft zwei Pässe für Ausländerkinder

Baden-Württembergs Integrationsministerin Öney will erneut das Staatsbürgerschaftsrecht verändern. Auf die offene Integrationsfrage gibt sie keine Antwort.

Nur gut ein Jahrzehnt nach seiner Einführung gerät das im Jahre 2000 verabschiedete neue Staatsbürgerschaftsrecht schon wieder in die Schusslinie. Seit der Reform bekommen alle in Deutschland geborenen Kinder ausländischer Eltern zunächst automatisch die deutsche Staatsbürgerschaft zu der der Eltern dazu. Erst im Alter von 18 bis 23 Jahren sollen sie sich entscheiden, welche der beiden Nationalitäten sie annehmen wollen.

Die damals von Rot-Grün durchgesetzte Änderung des deutschen Staatsbürgerschaftsrechts will Baden-Württembergs Integrationsministerin Bilkay Öney nun erneut verändern. Ihr Ziel ist es, dass Ausländerkinder dauerhaft zwei Pässe behalten dürfen. Dieses Ziel hatte Rot-Grün schon 2000 verfolgt, musste wegen der Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat und breitem Widerstand im Volk aber einen Kompromiss mit der schwarz-gelben Opposition finden.

> Ministerin Öney hat Einbürgerungstest wieder abgeschafft

Öney argumentiert, dass Kinder von EU-Bürgern und solche aus binationalen Ehen schon heute beide Pässe behalten dürften. Das sei eine Ungleichbehandlung. So halte Niedersachsens Ministerpräsident David McAllister (CDU) nach wie vor seinen britischen Zweitpass.

Zugleich hat Öney den badenwürttembergischen Einbürgerungstest von 2005 wieder abgeschafft. Darin waren Einwanderern Fragen nach ihrer Haltung zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung oder zum Terror, aber auch zur Stellung der Frau und zu homosexuellen Partnerschaften gestellt worden. Gerade die letzten beiden Fragen waren von muslimischen Verbänden heftig kritisiert worden als Ausdruck der Stigmatisierung islamischer Vorstellungen.

Festhalten will Öney zunächst am Kopftuchverbot für Lehrerinnen. Da stehe ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus, so die Ministerin, das wolle sie abwarten.

In der EU ist tatsächlich geregelt, dass ein EU-Bürger nicht gezwungen werden darf, seine bisherige Staatsbürgerschaft abzustreifen. Indes ist diese Sonderbehandlung, welche Öney als Diskriminierung geißelt, gewollt: Sonderrechte für EU-Bürger sollen den Zusammenhalt der Unionsvölker festigen.

Die Erleichterungen zum Erhalt der deutschen Staatsbürgerschaft von 2000 waren von dem Versprechen getragen, dass damit die Integration gefördert würde. Allerdings konnte bislang niemand einen substantiellen Fortschritt bei der Eingliederung ausländischer Zuwanderer benennen, der aus dieser Reform resultiert. Stattdessen treten Integrationsprobleme nun eben weit häufiger als früher bei „Deutschen mit Migrationshintergrund“ auf statt bei Ausländern mit Wohnsitz in Deutschland. Auf die Frage der Integration und Assimilation gibt Öneys Vorstoß abermals keine brauchbare Antwort. *Hans Heckel*

(siehe Kommentar Seite 8)

JAN HEITMANN:

Reflexe

Voller Anerkennung blickt die Welt auf Norwegen. Ohne Hass und vorschnelle Schuldzuweisungen trauert das Land um die Opfer der Attentate von Oslo und Utøya. Besonnen erklären der Regierungschef und die Königsfamilie, die Norweger würden mit Liebe und Zusammenhalt statt mit Hass reagieren und Grausamkeit mit Nähe beantworten. An der Offenheit und Freiheit ihrer Gesellschaft wollen sie auch unter dem überwältigenden Eindruck der Bluttat nicht rütteln. Und deutsche Politiker? Noch bevor überhaupt feststand, wer oder was genau hinter den Morden steckte, feierten sie reflexartig eine wahre Orgie der Sicherheitsforderungen. Die von der Union ersehnte Vorratsdatenspeicherung oder die grüne Forderung nach „mehr Überwachung des Rechtsextremismus“ und einem NPD-Verbot sind längst olle Kamellen. Und da der Attentäter eine Schusswaffe benutzte, durfte natürlich auch die Idee, das Waffengesetz weiter zu verschärfen sowie Sportschützen und Jäger noch stärker zu kujonieren, nicht fehlen. Eigentlich müssten jetzt auch die Hobbygärtner verfolgt werden, schließlich wurde zur Herstellung des Sprengsatzes Kunstdünger verwendet. Einen realitätsfernen und daher nicht einmal in der eigenen Fraktion konsensfähigen Einfall hat der CSU-Innenexperte Hans-Peter Uhl. Er will mehr Kontrolle des Internets und sähe dazu am liebsten die Schaffung einer neuen Überwachungsbehörde. Seine Begründung: Die Tat sei „in Wahrheit im Internet geboren“. Hätte Breivik sein „Manifest“ per Telefon oder Fax verbreitet, würde Uhl auch deren Kontrolle fordern? Angesichts der Trauerbewältigung in Norwegen sollten unsere Politiker vor allem eines tun: schweigen.

Leere Worte des Auslands

Opposition in Syrien steht weiter allein gegen das Assad-Regime

Nach Erkenntnissen der Uno sind bei den Unruhen in Syrien bisher mehr als 1500 Menschen ums Leben gekommen. Nach Meinung von Beobachtern will das Assad-Regime mit seinen Schlägen gegen die Rebellenhochburg Hama die Initiative wieder an sich reißen. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat die Regierung in Damaskus „in aller Deutlichkeit aufgefordert, Gewalt gegen das eigene Volk einzustellen“. Präsident Bashir al-Assad dürfte davon ebenso wenig beeindruckt sein wie von einer Verschärfung der EU-Sanktionen. Erst nehmen dürfte er dagegen die Absicht, ihn vor den Internationalen Gerichtshof in Den Haag zu stellen. Die Aussicht, den Rest seines Lebens in einer Gefängniszelle verbringen zu müssen, wird ihn erbittert um seine Position kämpfen lassen. Anders als Gaddafi, dem viele Militärs aus Opportunismus von der Fahne gegangen sind, kann Assad sich auf die Loyalität seiner Armee verlassen. Sein religiös wie ethnisch zersplittertes Land hält er mit Staatsterror zusammen. Stammesrivalitäten wie in Libyen werden eisern unterdrückt.

> Militärintervention ausgeschlossen

Die Uno muss er noch lange nicht fürchten, auch wenn der Sicherheitsrat die Gewalt scharf verurteilt. Das sind allenfalls große Worte, denen jedoch kaum große Taten folgen werden. Denn eine Militärintervention des Westens ist derzeit keine Option. Die Gefahr, dass der Konflikt auf die ganze Region übergreifen könnte, ist zu groß. Auch auf die arabischen Länder kann die syrische Opposition nicht zählen. Die autokratischen Regime in den Nachbarstaaten fürchten selbst den Umbruch und hüten sich vor einer Einmischung. Im Gegensatz zu Gaddafi hat sich Assad auch keine Feinde in der Region gemacht. Und andes als in Libyen gibt es in Syrien keine zentrale Stimme der Rebellen, die das Ausland im Namen der Opposition um Hilfe bitten könnte. *Jan Heitmann*

Szenen einer Ehe

Erneuter Missklang in der Koalition – Barthle buhlt bei der SPD

Nicht mal in der parlamentarischen Sommerpause kommt die Regierungskoalition zur Ruhe. Statt auszuspannen und im urlaublichen Abstand zu sich selbst alle Händel sein zu lassen, herrscht Kakofonie in der Berliner Lebensabschnittsbeziehung, wohin man guckt. Von einer christlich-freiheitlichen Ehe kann gar keine Rede sein, es ist nur noch der reine Zweck, der das schwarz-gelbe Paar zusammenhält – noch überwiegt der beiderseitige Nutzen, bis dass der Wähler die Scheidung ausspricht. Eine gemeinsame Lebensführung sieht anders aus.

Derweil flirtet der Unions-Haushälter Norbert Barthle ungeniert mit der möglichen künftigen Sozi-Partnerin. Barthle platzierte ohne Abstimmung mit den Bedürfnissen der FDP den Vorschlag einer – man halte den Atem an – Steuererhöhung für Besserverdienende und

> Rin in die Kartoffeln, raus aus die Kartoffeln

gut verdienende Alleinstehende, obgleich die Details der vorgesehenen Steuersenkung noch nicht einmal feststehen. Du kriegst die Tür nicht zu! Dabei hatte sich die Koalition unter Hängen und Würgen doch eben erst darauf geeinigt, im Herbst das Projekt-Konzept für eine Steuerreform vorzulegen – gemeinsam erarbeitet, wohlgemerkt. Bis dahin sollte Harmonie demonstriert werden.

Den Ball munter aufgreifend, jubilierte SPD-Chef Sigmar Gabriel: Seine Partei sei „sofort verhandlungsbereit“, um den Spitzensteuersatz zu erhöhen und Entlastungen nicht auf Pump zu finanzieren – sowie, Klammer auf, die Euro-Transferunion mit frischem Steuergeld aus dem deutschen Mittelstand zu befeuern, Klammer zu. Irgendwo muss das nötige Kleingeld für den Mühlstein Europa ja herkommen. „Ich will nicht die FDP ärgern, sondern uns allen in der Koalition helfen“, rechtfertigte sich Barthle. Ja, freilich. Das sagen alle, die beim Flirten erwischt werden. *CR*

MELDUNGEN

BGH schwächt Alleinerziehende

Karlsruhe – Der Bundesgerichtshof erhöht den Arbeitsdruck auf alleinerziehende Eltern und schwächt das Elternrecht, für ihre Kinder da zu sein. Der Familiensenat des BGH hat entschieden, dass Alleinerziehende in der Regel in Vollzeit arbeiten müssen, sobald das Kind das dritte Lebensjahr vollendet hat. Anspruch auf Unterhalt vom Ex-Partner bestehe nur, wenn der betreuende Elternteil aufgrund konkreter Umstände nicht voll arbeiten könne. Auch die Betreuung eines in die Grundschule gehenden Kindes stehe einer Vollzeiterwerbstätigkeit nicht entgegen, wenn nach dem Unterricht eine Fremdbetreuungsmöglichkeit bestehe, urteilte der BGH. Im verhandelten Fall ging es um den Unterhalt einer alleinerziehenden Mutter für ihre Tochter, die in die dritte Klasse geht. *CR*

Ehrenmorde untersucht

Wiesbaden – Die Kriminologen Dietrich Oberwittler und Julia Kasselt haben im Auftrag des Bundeskriminalamtes in drei Jahren Forschungsarbeit „ehrbezogene Tötungsdelikte in Familien und Partnerschaften zwischen 1996 und 2005“ untersucht. In ihrer Studie thematisieren sie auf 250 Seiten 78 Verbrechen. Mit 76 von insgesamt 122 stammten dabei die mit Abstand meisten Täter aus der Türkei. Weit abgeschlagen folgen die arabischen Länder und die Staaten des Westbalkans. Obwohl sogenannte Ehrenmorde laut Bundesgerichtshof grundsätzlich als Morde aus niedrigen Beweggründen zu behandeln sind, wurden von den Gerichten nur bei 28 von 87 rechtskräftig in Deutschland verurteilten Personen niedrige Beweggründe als Motiv unterstellt. In rund 40 Prozent der Fälle wurde der Zusammenhang zwischen Tat und Ehrvorstellung der Täter gar nicht erst thematisiert, in 15 untersuchten Fällen werteten die Gerichte die Ehrvorstellungen der Täter sogar als strafmildernd. *M.R.*

Teufels Kritik zielt auf Merkel

Der frühere baden-württembergische Ministerpräsident gibt dem Unmut an der CDU-Basis eine Stimme

In der CDU sammelt sich der Unmut über die Profillosigkeit der eigenen Partei. Millionen Wähler haben der Union den Rücken gekehrt. Ex-Ministerpräsident Erwin Teufel fordert ein Ende der Beliebigkeit und prangert den Vertrauensbruch an, welchen die CDU-Führung an ihren Wählern begangen habe.

Anfang des Jahres ist die Mitgliederzahl der CDU unter 500 000 gesunken. Damit gibt es so wenige eingeschriebene Christdemokraten wie zuletzt 1974, und dass, obwohl zwischenzeitlich fünf neue Landesverbände hinzugekommen sind.

Die schwindende Zahl von Parteimitgliedern legt jedoch nur einen Teil der Krise offen. Unter den verbliebenen Christdemokraten greifen Frustration und Orientierungslosigkeit um sich. Mit einem ganzseitigen Beitrag in der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ (FAS) hat der frühere baden-württembergische Ministerpräsident Erwin Teufel dem Unmut an der Basis nun eine prominente Stimme gegeben.

Teufel ruft in der „FAS“ einstige Grundsätze der Union in Erinnerung, die seiner Meinung nach verschüttet sind. Dabei belässt es der 71-Jährige nicht bei allgemeinem Wehklagen über die Profillosigkeit seiner Partei. Teufel greift etliche Punkte ganz konkret auf.

Etwa die Steuerpolitik: Seit dem Leipziger Parteitag von 2003 habe es aus den Reihen der CDU etliche Vorschläge zu einer grundlegenden Reform des kaum noch verständlichen deutschen Steuerrechts gegeben. Teufel nennt die Namen Friedrich Merz und Paul Kirchhof. Doch keiner sei umgesetzt worden. So komme es, dass die letzte wirkliche Reform des deutschen Steuerrechts noch heute die des Reichsfinanzministers Matthias Erzberger sei – übrigens ein Christdemokrat.

An der Familienpolitik der CDU kritisiert Teufel, dass der Vorrang von Familie und Kind nicht mehr sichtbar eingefordert werde. Dass Familien mit einem Normaleinkommen bei mehreren Kindern an den Rand des Existenzminimums gerieten, sollte laut Teufel für die CDU nicht hinnehmbar sein. Das Elterngeld geißelt er als unsozial, weil es Geringverdienern weit weniger zugute komme als Besserverdienern.

Entschieden verteidigt Teufel das dreigliedrige Schulsystem und beklagt die Abschaffung der Hauptschule. Letztere müsse stets im Zusammenhang mit der Berufsschule gesehen werden, was leider kaum geschehe.

In der Europapolitik nicht nur seiner Partei sieht der Landesvater a.D. einen wesentlichen Grund für den Vertrauensverlust der Politik: „Wenn Staats- und Regierungschefs in einer Nacht wesentliche Stabilitätskriterien wegputzen, die

Lieber Stammwähler zurückgewinnen als Wechselwähler fischen

in Verträgen festgehalten, also geltendes Recht sind, geht Vertrauen verloren. Vom Bürger erwartet man, dass er sich an Normen, an Recht und Gesetz, an Verträge hält – und Staats- und Regierungschefs tun es nicht.“ Er würde keinem Politiker vertrauen, der sich nicht an Recht und Gesetz, nicht an die Verfassung hält. Denn niemand stehe über dem Recht. Das sei das Wesen des Rechtsstaats. Teufel beharrt auf dem „Subsidiaritätsprinzip“, wonach auf höhere (europäische) Ebene nur jene Kompetenzen verlagert werden sollen, die auf unterer, nationaler Ebene nicht ebenso gut oder gar besser aufgehoben wären. In seinem Appell an die handelnden Politker verfällt er indes in den Jargon europäischer Sonntagsredner: „Wir müssen Europa von den Menschen her denken und von unten nach oben aufbauen.“ Das hätte Angela Merkel, auf welche Teufels Kritik insgesamt zielt, keinen Deut anders formuliert.

Die inhaltliche Beliebigkeit der CDU hat laut Teufel dazu geführt, dass Millionen potenzieller Unionswähler, auch jene, die 2009 zur FDP abgewandert waren, heute gar nicht mehr wählen gingen. Statt sich indes immer weiter zu verbiegen, um Wechselwähler am linken Rand der Union einzusammeln, sei es weit aussichtsreicher, jene verlorenen Stammwähler zurückzugewinnen.

Diese Einschätzung teilen mit Teufel andere CDU-interne Kritiker wie der Chef der Jungen Union, Philipp Mißfelder, oder der Vorsitzende der CDU-Mittelstandsvereinigung, Josef Schlarmann. Ebenso äußerten sich die ehemaligen CDU-Ministerpräsidenten von Sachsen und Sachsen-Anhalt, Kurt Biedenkopf und Werner Münch, sowie Ex-Verteidigungsminister Volker Rühe.

Während aus der Kritik der meisten die Hoffnung auf Besserung spricht, hat Münch seine Partei offenbar aufgegeben: „Die Konturlosigkeit wird unter Merkel noch weiter zunehmen – bis zur Bedeutungslosigkeit der CDU.“ Das sagt mit Münch der Einzige der Kritiker, der wie Merkel selbst seine politischen Wurzeln in der Demokratiebewegung der DDR hat.



Fürchtet um die Konturen der CDU: Der ehemalige baden-württembergische Ministerpräsident Erwin Teufel Bild: imago

Von Regionalkonferenzen und anderen parteiinternen Debatten dringt derweil immer das gleiche Bild an die Öffentlichkeit: Führung und Basis der CDU haben sich in der Sache immer weniger zu sagen. Zwar gelingt es der Führung stets, ihre Politik trotz aller Sprünge wie bei Kernkraft, Wehrpflicht oder „Euro-Stabilitätskriterien“ wortreich zu vertreten. Bei den einfachen Delegierten und Mitgliedern kommt dies jedoch faktisch nicht mehr an. Die blumigen Auslassungen der Spitzenfunktionäre vertiefen nur das Unbehagen und die Ratlosigkeit an der Parteibasis.

Inwieweit die eingeklagte „offene Debatte“ einen Ausweg weist, bleibt dahingestellt. Eine wirklich ehrliche Diskussion über die Zukunft der deutschen Steuerzahler in der von Merkel und Wolfgang Schäuble faktisch angestrebten Euro-Transferunion dürfte die CDU-Basis kaum beruhigen. Das aufgestaute Unbehagen könnte sich vielmehr im offenen Aufstand entladen. *Hans Heckel*

Die Schulden-Uhr:

Besorgt um Ersparnisse

Aufgrund der Erfahrungen mit den Währungsreformen von 1923 und 1948 weiß das deutsche Volk wie kaum ein anderes um die Gefährdung der Ersparnisse einer Nation durch eine hemmungslose Schuldenpolitik des Staates. Vor diesem Hintergrund ist es verständlich, dass die Bundesbürger zu fast zwei Dritteln um ihre Ersparnisse besorgt sind. In einer Forsa-Umfrage antworteten auf die Frage, ob sie sich Sorgen machten, dass ihre Ersparnisse eines Tages nichts mehr wert sein könnten, 38 Prozent mit „ja, etwas“ und 25 Prozent gar mit „ja, große“. Nur 37 Prozent antworteten mit „nein, keine“. Bei den über 45-Jährigen sind es sogar weniger als ein Drittel, die nicht um ihre Ersparnisse fürchten. *M.R.*

1.968.031.200.245 €

Vorwoche: 1.966.664.894.715 €
Verschuldung pro Kopf: 24.088 €
Vorwoche: 24.072 €

(Dienstag, 2. August 2011, Zahlen: www.steuerzahler.de)

»Kollegen erschießen«

Landesregierung von Baden-Württemberg greift auf »Expertise« grüner Provinzpolitiker zurück

Die Grünen suchen in ihrer neuen Hochburg Baden-Württemberg nach Vorbildern und Erfolgsrezepten für die Landespolitik. Ihr Problem: Es gibt auf Landesebene kaum Erfahrung. Kommunalpolitiker springen jetzt in die Bresche. Die Wirtschaft im Ländle droht indes angesichts grüner Energiepläne auf der Strecke zu bleiben.

„Die grün-rote Landesregierung möchte Baden-Württemberg in den kommenden Jahren zur führenden Energie- und Klimaschutzregion in Deutschland gestalten“, kündigt der grüne Ministerpräsident Winfried Kretschmann an. Seine dünne Biografie liegt im Buchhandel. Auch darin gebärdet er sich als erfahrener Vordenker: „Baden-Württemberg ist bereit, seine weitreichenden Erfahrungen und Konzepte bei der notwendigen Energiewende auf Bundesebene einzubringen“, sagt er nun – Ehrgeiz pur. Während er die Abschaltung von Kernkraftwerken in seinem Land feiert, fürchten Energieexperten bis hinein in die Bundesnetzagentur baldige Versorgungsengpässe im Südwesten der Republik. Kretschmann fordert mehr Windenergie, die in seinem Land aber nur in Höhenlagen wie Odenwald und Schwarzwald mit zudem besonders hohen Masten ergiebig ist. Konkrete Pläne scheut er, denn Konflikte um Flächen, Naturschutz und Tourismus sind programmiert. Die Grünen haben die Folgen ihrer Politik für die Energiekosten als Standortfaktor der Heimat des deutschen Autobaus und zehntausender Arbeitsplätze erkennbar wenig durchdacht.

Grüne haben auf Landesebene kaum erfahrene Leute

Auch das Thema Stuttgart 21 läuft nicht im grünen Sinne. Der Stresstest gibt keinen Anlass, die Bauarbeiten am Bahnhof abbrechen zu lassen, wie die Kretschmann-Truppe gehofft hatte. In puncto möglicher Entschädigungskosten zulasten des Landes im Falle des Bauabbruchs kalkulieren die Grünen unrealistisch, was nur der SPD nutzt. Die setzt als Juniorpartner ihre Volksabstimmungsidee durch. So überrascht es wenig, dass grüne Landespolitik sich von ihren Lokalfürsten Erfolgsrezepte abgukken will. Es geht dabei auch ums grundlegende politische Handwerk. Symbolträchtig feiern beispielsweise Freiburgs grüner Oberbürgermeister Dieter Salomon und die grüne Umweltbürgermeisterin Gerda Stuchlik ihren Wettbewerbssieg um den Titel „Bundeshauptstadt im Klimaschutz 2010“. Beide setzten dazu medienwirksam eine Solaranlage in Betrieb, deren geringe Energieausbeute angesichts des Symbolwerts der Handlung weitgehend unbeachtet bleibt. „Es ist diese entschlossene Konsequenz und Glaubwürdigkeit, die sich in Freiburg sowohl in den großen politischen Auseinandersetzungen, als auch in den Details kleinerer Projekte widerspiegelt“, begründet die Deutsche Umwelthilfe die Auszeichnung.

Das grüne Lokalrezept sah früh neue Flächen für alternative Energie und Energieberater zur Erziehung der Bürger vor. Laut Parteienforscher Franz Walter sind die Quartiere der neuen Grünen-Klientel „Dörfer im städtischen Umfeld“. „Multikulti“ gibt es dort kaum, dafür Solardächer und eine bürgerliche wie akademische Grünen-Anhängerschaft. Finanziert werden die Paradiese oft aus fremden Quellen. Im Fall Freiburg federt das Land schwache Steuereinnahmen ab und erzeugt so Scheinerfolge. Die Grünen erschweren echte Industrieansiedlungen. In Tübingen waltet in Gestalt von Boris Palmer seit 2007 ein Grüner an der Spitze der Stadt, der bis dahin stellvertretender Fraktionschef seiner Partei im Landtag war. Nun kann der einst ins Lokale Geflüchtete ebenfalls zur Landespolitik beitragen. Widersprüche zur Rea-

Widersprüche zur Realität werden einfach ignoriert

lität bereiten ihm kaum Sorgen, eher die Erwartungen der neuen Klientel. So forderte Palmer jüngst seine Partei auf, Innere Sicherheit ernst zu nehmen und einzusehen, „dass auch manchmal Repression angesagt ist“. Man müsse sich eben auf die neuen Wählerschichten zubewegen, so Palmer.

Auch das grüne Stadtoberhaupt von Konstanz hat das getan: Horst Frank wurde 1996 erster grüner Oberbürgermeister in Deutschland. Bis Juni 2010 beriet er im „Rat für nachhaltige Entwicklung“ die Bundesregierung. Franks Erfolg beruht allerdings auf einer gewissen Portion Pragmatismus: Er scheut nicht den Streit mit seiner Partei, weil er im Gegensatz zu ihr den Ausbau einer Bundesstraße für nötig hält – keine Empfehlung für höhere Aufgaben. Der im Wahlkreis Konstanz jüngst bis in den Bundestag aufgestiegene vormalige Ethiklehrer Till Seiler hat es besser. Er darf als Co-Sprecher der Projektgruppe Lesben und Schwule beim Landesverband der Partei wirken. In einer Abiturzeitung rechnete er zum Abgang aus der Provinz mit seinen Schülern ab: „Wenn ich kein Pazifist wäre, würde ich sagen: erschießen (eignet sich auch für nervige Kollegen, Eltern, Schulleiter etc.).“ Das war allerdings ein „Fehler“, so Seiler, und nicht Ausdruck neuen grünen Lebensgefühls.

Dass Kretschmann trotz vieler Unzulänglichkeiten grüner Lokalpolitik etwas von seinen Provinzfürsten lernen kann, steht indes außer Frage. „Grüne Politik heißt für mich nicht, die Realitäten zu verleugnen, sondern Lösungen für die Menschen umzusetzen. Dazu gehört für mich die Förderung umweltgerechter Mobilität ebenso wie sinnvolle Infrastrukturmaßnahmen“, gibt Frank jetzt als allgemeines Motto grüner Politik aus. *SV*

Grün-Gelb in Zehlendorf

Von THEO MAASS

Der Berliner Bezirk Zehlendorf-Steglitz wird von einer schwarz-grünen Zählgemeinschaft regiert. Wer dieser Tage die Einkaufsmeile des Bezirks, die Schlossstraße, befährt, kann als Autofahrer leicht in Wut geraten.

Die Straße wird umgebaut und repariert. Drei Fahrstreifen hatte sie zuvor – davon ist einer geblieben. Wie das geht? Ganz einfach: Die eine Spur, auf der früher geparkt wurde, gibt's kaum noch. Einige wenige Parkplätze wechseln sich mit Fahrradständern und Ladezonen ab. Die zweite Spur ist nun ausschließlich Radfahrern vorbehalten – eine ganze Fahrspur, in voller Breite.

Ergebnis: Selbst jetzt in der Ferienzeit, in der die meisten Berliner weg sind, und sogar außerhalb des Berufsverkehrs stockt der Verkehr. Mathias Gille, Sprecher der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Verkehr, gibt sich unbeeindruckt von dem Dauerstau. „Das wird sich noch einspielen." Fahrradfanatiker und Autohasser sind ohnehin begeistert. Ob das für die Geschäftsleute auch gelten kann, wird sich noch zeigen, denn bislang war die Steglitzer Schlossstraße eine Einkaufsalternative zum Kurfürstendamm, der 1989 mittels Busspur vom durch Rot-Grün installierten Regierenden Bürgermeister Walter Momper (SPD) für Autofahrer weitgehend unbefahrbar gemacht worden war.

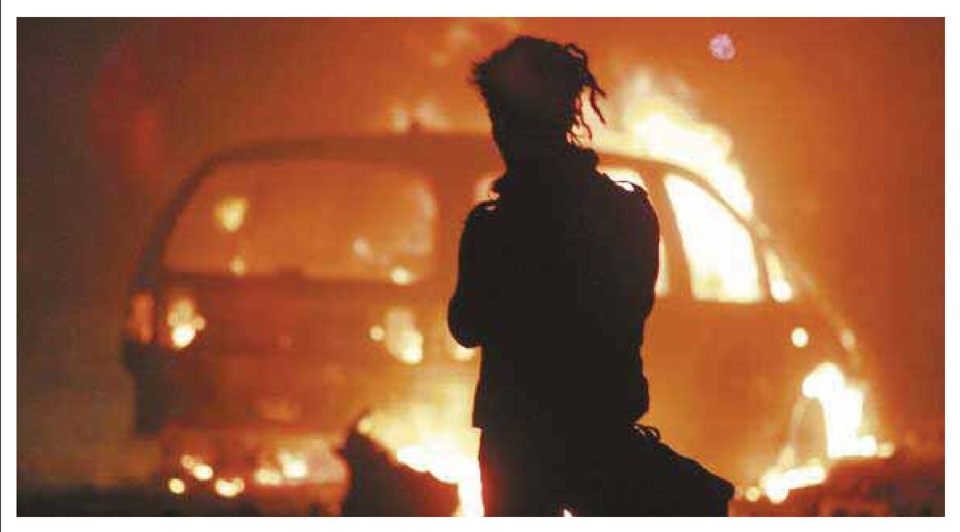
Geschäftsleute interessieren sich in erster Linie dafür, wer wieviel einkauft. Sicherlich sind auch Fußgänger und Fahrradfahrer Kunden. Allerdings, wenn es dann darum geht, den Großeinkauf in die eigenen vier Wände zu schaffen, ist das zu Fuß oder mit dem Rad weitgehend unmöglich. Die (kaufkräftigen) Autofahrer werden wohl in die neuen Einkaufzentren am Stadtrand ausweichen, wo es keine Schwierigkeiten macht, immer einen Parkplatz zu finden.

War es also das, was die Zehlendorf-Steglitzer Kommunalpolitiker erreichen wollten? Die Pläne für diesen Unsinn sind immerhin auf Bezirksebene entstanden. Klarer Fall von Schwarz-Grün, dachte ich spontan. Aber dem war nicht so. In der Bezirksverordnetenversammlung ist zur Durchsetzung dieser teuren, autofahrerfeindlichen Maßnahme eine „neue" Zählgemeinschaft aus SPD, Grünen und der FDP formiert worden. Die CDU ist hier also trotz des schwarz-grünen Bürgermeisterbündnisses vollkommen unschuldig.

Die Zehlendorf-Steglitzer FDP scheint aber auch aus einem ganz eigenen Holz zu sein: CDU-Fraktionschef Torsten Hippe schimpft, dass mit den örtlichen Liberalen von Anfang an keine gemeinsame Regierungspolitik möglich gewesen wäre und er nur deshalb auf die Grünen habe zugehen müssen, um einen CDU-Bürgermeister zu ermöglichen.

Politik soll Brandstifter ächten

In Berlin brennen nach Autos auch Kinderwagen und Hauseingänge – Hälfte politisch motiviert



Wirr und oftmals politisch motiviert: Jugendliche Brandstifter in Berlin

Bild: Getty images

Serienbrandstifter suchen Berlin heim. Die Polizei kämpft derweil gleich an mehreren Fronten: gegen verschiedenste Arten von Brandstiftern, achtlose Bürger und mangelnde Ächtung der Täter durch Berlins Politik.

In der Nacht zum Donnerstag vergangener Woche brannte ein Auto auf Privatgrund. Beinahe griff das Feuer auf das angrenzende Wohnhaus einer Familie über. In direkter Nachbarschaft stand nur zehn Minuten später ein weiteres Auto in Flammen, Indiz für die Handschrift eines Serientäters.

Neben Autos gehören brennende Kinderwagen inzwischen zum nächtlichen Bild der Hauptstadt. In der Nacht zum folgenden Tag gingen im Wedding zwei Kinderwagen in Flammen auf. Beide standen im Hausflur. Die Brände lagen in benachbarten Straßen und folgten so kurz aufeinander, dass erneut eigentlich nur ein Serientäter infrage kommt. In Schöneberg brannten fünf Fahrzeuge und beinahe auch eine nahe Zapfsäule.

Die zunächst von Linksextremisten ausgehenden Brandanschläge haben unpolitische Nachahmungstäter gefunden. Neuerdings kommen Serientäter hinzu, die offenbar durch kaum etwas abgeschreckt werden. Dem Versuch, die linke Szene durch Hinweis auf die „Unpolitischen" vom Vorwurf der Brandstifterei reinzuwaschen, steht jedoch die Einschätzung der Polizei entgegen: „Die Hälfte der Brandstifter ist politisch motiviert, das sind Wirrköpfe, die selbst nichts erreicht haben und nur ihren Neid austoben", sagt Helmut Sawas, stellvertretender Vorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG), Landesverband Berlin.

Im Juni hatte eine Reihe von Freisprüchen vor Berliner Gerichten mehrere unter dringendem Tatverdacht stehende mutmaßliche Autobrandstifter trotz intensiver polizeilicher Ermittlungen von allen offiziellen Vorwürfen befreit. Inzwischen hat sich die Lage weiter verschärft. Besonders häufig brennt es im Szeneviertel Prenzlauer Berg, auch in Friedrichshain. Verantwortliche wurden dort bisher kaum gefasst. „Das Anzeigeverhalten der Bürger ist dort nicht anders", so Sawas. Doch in den Kiezen, „wo die Linken wohnen, müssen die Leute aufgeklärt werden, dass stets offene Haustüren und Kinderwagen, die aus Bequemlichkeit im Treppenhaus stehen gelassen werden, geradezu eine Einladung für Brandstifter sind".

> Die meist linken Täter sind immer noch kaum zu fassen

Die Aufklärung der Brandanschläge ist schwer: So viele offene Häuser mit brennbarem Material gibt es, so leicht ist ein Auto in Flammen gesetzt. Zwei in Pankow jüngst verhaftete Jugendliche sind nach bisherigen Ermittlungen nicht für Brände im direkt südlich angrenzenden Prenzlauer Berg verantwortlich, so ein Polizeisprecher. Sie sind inzwischen wieder auf freiem Fuß. Ein in Berlin-Marzahn am vorvergangenen Sonnabend (23. Juli) gefasster 32-Jähriger hat dagegen gestanden. Der Mann räumt neun verübte Brandstiftungen innerhalb von 36 Stunden ein. Die Polizei hatte ihn beobachtet und tatnah verhaftet. Im Rucksack des Serienbrandstifters fanden die Beamten umfangreiches Beweismaterial, das den Wohnungslosen überführte.

Er hatte früher im Stadtteil gewohnt. Bei der Vernehmung sagte der gebürtige Erfurter den Ermittlern, dass er seit dem frühen Freitagmorgen bis zu seiner Verhaftung am Sonnabendnachmittag praktisch ohne Pause im Marzahner Kiez unterwegs gewesen sei. Er legte dabei die neun Brände, die alle rechtzeitig gelöscht werden konnten. Prüfungen der Ermittler, ob der 32-Jährige vor den eingeräumten Taten weitere Feuer gelegt hatte, sind inzwischen abgeschlossen. Demnach ergaben sich keine Hinweise auf weitere Taten.

Politische Motive schließen die Ermittler in diesem Fall aus. Die Staatsanwaltschaft will das Ende ihrer Recherchen aus rechtlichen Gründen noch nicht bestätigen, doch ist der Mann nach wie vor in Untersuchungshaft, was für einen baldigen Prozess spricht. Dort sitzt er nicht nur wegen der Art der gegen ihn erhobenen Vorwürfe und der Beweislage. Andere dringend Tatverdächtige kamen bisher oft unmittelbar nach ihrer Verhaftung wieder frei, weil sie im Gegensatz zum 32-Jährigen einen festen Wohnsitz haben. „Die Wohnsitzfrage ist mitunter entscheidender als die Schwere der Tat", so Sawas, „das Problem haben wir auch bei den Kiez-Schlägern." Für die Polizei bedeuten die vielen Anschläge Mehrarbeit, die nur schwer zu bewältigen ist bei knappem Personal.

Bei der Staatsanwaltschaft gibt es eine Spezialabteilung, dort ist man „personell gut aufgestellt", so Simone Herbeth, Sprecherin der Berliner Staatsanwaltschaft. Einen höheren Personalbedarf oder eine gestiegene Arbeitsbelastung aufgrund von Brandstiftungen verzeichnet sie nicht. Viele Verfahren werden eingestellt, ohne dass Verdächtige gefunden werden.

Bezirken wie Marzahn-Hellersdorf, die in den letzten Monaten am meisten unter Brandstiftungen gelitten haben, hilft das wenig. Im Umfeld von Hochhäusern waren dort in den vergangenen Monaten vorwiegend Müllcontainer angesteckt worden. Doch nicht nur in alten Plattenbauten, auch in vielen kleineren Wohnhäusern, in einer Kindertagesstätte sowie einer Grundschule loderten in dem Viertel die Flammen. Inzwischen reicht die Angst der Bewohner dort so weit, dass unter ihnen bereits Selbsthilfe diskutiert wird. „Was fehlt, ist die öffentliche Ächtung, dass die Brandleger zumindest symbolisch aus der Gesellschaft ausgeschlossen werden", fordert Sawas. Seiner Meinung nach nehme die Politik die Brände nicht ernst. Die Forderung, Sonderkommissionen einzurichten, reiche nicht, die Politik müsse „die Taten ächten". *SV*

Stasi-Knast wird Gedenkort

Cottbus: Ex-DDR-Häftlinge steuern selbst 300 000 Euro bei

Rund 100 Mitglieder zählt der Verein Menschenrechtszentrum. Rund 90 Prozent sind ehemalige politische Häftlinge der DDR. Sie haben „ihr" Gefängnis für rund 430 000 Euro erworben. Jetzt beginnt die Rekonstruktion der sieben Gebäude auf 22 000 Quadratmetern Fläche als Vorbereitung einer umfassenden Ausstellung.

Siegmar Faust, Vorstandsmitglied des Vereins, sagt mit Augenzwinkern: „Jetzt zum 50. Jahrestag des Mauerbaus sagen wir, wir müssen eine Mauer errichten!" Die Arbeiten am Gefängnis starten mit dem Aufbau eines Stücks der 500 Meter langen Außenmauer. Jugendliche übernehmen diesen Teil ehrenamtlich. Im weiteren Verlauf dieses Monats sollen dann Teile des Torhauses und das Haupthaus I vollständig saniert werden.

Für die geplante Gedenkstätte einschließlich Bildungszentrum erhält der Verein zwei Millionen Euro Fördergelder von Land und Bund. Der Verein selbst steuert 300 000 Euro bei. „Eigentlich wollten wir nur einen Gefängnisbau rekonstruieren, doch dann sagte der Eigner ‚ganz oder gar nicht'. Da haben wir das ganze Gefängnis gekauft", so Faust.

> Rot-rote Regierung macht weiter Schwierigkeiten

Auch er saß in Cottbus in Haft: „Es war das Devisenbringer-Gefängnis der DDR, die meisten saßen wegen Flucht." Die Devisen kamen über Freikäufe aus Bonn. Seit über vier Jahren kämpft der Verein darum, hier eine Gedenkstätte zu errichten. Bis die Ausstellung 2013 öffnen kann, ist noch viel zu tun. „Das sind fast nur Ruinen", so Faust. Die Zellen werden rekonstruiert: „Wir müssen uns alles zusammenbetteln – Uniformen, Wäsche, DDR-Insignien, weil durch die spätere Nutzung seitens der Bundesrepublik nichts mehr original ist." Ein ehemaliger Häftling im Verein ist Dachdecker. „Wir werden ihn womöglich einsetzen, das Dach zu decken", kündigte Faust an.

Die 300 000 Euro, die Brandenburg zuschießt, wurden noch vor der rot-roten Koalition bewilligt. Sie stammen aus ehemaligem DDR-Parteivermögen und fließen bis Jahresende ausschließlich in die Baumaßnahmen. Die rot-rote Koalition im Land mache dem Verein das Leben mit ihrer Gedenkstättenpolitik alles andere als leicht, so Faust. Im Zentrum der Ausstellung soll nämlich die politische Haft in der DDR-Zeit stehen, nicht die vorherige Nutzung des insgesamt 150 Jahre alten Baus. „Vor Ort in Cottbus erfahren wir aber viel Unterstützung, sogar von der Linkspartei", freut sich Ex-Dissident Faust. *SV*

Kaum Stellen für Berliner

Wirtschaftsboom in der Hauptstadt geht an Einheimischen vorbei

Berlins Wirtschaft weist seit Jahren kräftige Wachstumswerte vor. Trotzdem verharrt die Arbeitslosenquote in der Stadt auf einem hohen Stand.

Eine Erklärung für dieses Phänomen hat das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) gesucht: Seit dem Jahr 2005 ein Plus von 100 000 sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen und überdurchschnittliche Wachstumsraten – so strahlt die Berliner Bilanz auf der einen Seite. Auf der Schattenseite steht eine Arbeitslosenquote von immer noch 13,5 Prozent. In keinem Bundesland ist die Arbeitslosenquote höher.

Eine Entwicklung, die sich fortzusetzen scheint: Während bundesweit die Arbeitslosigkeit seit zwei Jahren kontinuierlich sinkt, verharrt sie in Berlin auf hohem Stand. Im Vergleich zum Vorjahr hat deutschlandweit die Arbeitslosigkeit um 7,8 Prozent abgenommen – in Berlin stieg sie um 0,4 Prozent. Mit den Ursachen dieser paradoxen Situation hat sich Karl Brenke vom DIW beschäftigt. Der Berlin-Experte des Instituts bezeichnete die Arbeitslosigkeit in der Region als „hartnäckig". Kern des Problems seien „arbeitsmarktferne" Langzeitarbeitslose. Inzwischen sind 80 Prozent der Arbeitslosen in Berlin Hartz-IV-Bezieher. Die Hälfte der 230 000 Arbeitslosen hat keinerlei Berufsausbildung.

> 80 Prozent der Arbeitslosen beziehen Hartz IV

Allerdings ist das Abrutschen in die Langzeitarbeitslosigkeit nicht mehr nur ein Problem von Unqualifizierten. Auch Akademiker, insbesondere Sozialwissenschaftler und Künstler, sind mittlerweile davon betroffen. Denn obwohl die Beschäftigungsmöglichkeiten gering sind, scheint die Anziehungskraft der Stadt auf Intellektuelle und Künstler ungebrochen.

Eine Absage erteilt der Wirtschaftsexperte öffentlich geförderten Beschäftigungsprogrammen: „Solche Tätigkeiten motivieren nicht und halten zum Teil auch davon ab, dass die Betroffenen sich einen regulären Job suchen." Dass diese Programme keine zusätzliche Beschäftigung bringen, zeige die Erfahrung mit den ABM-Programmen der Vergangenheit, so Brenke. Eine kurzfristige Möglichkeit, den Widerspruch zwischen Wirtschaftswachstum und hoher Arbeitslosigkeit zu lösen, wird von ihm ohnehin nicht gesehen: „Die regionale Politik kann relativ wenig tun." Die Entwicklung der vergangenen Jahre, dass neue Stellen überwiegend an zugezogene Fachkräfte gehen, dürfte sich also fortsetzen. *Norman Hanert*

Zeitzeugen



Jens Stoltenberg – Die Blicke der Welt richteten sich auf den norwegischen Ministerpräsidenten, als er in der Osloer Kathedrale zu den trauernden Menschen sprach. Doch statt schärfere Gesetze zu fordern, sagte er, er sei stolz, Regierungschef eines Landes zu sein, dass erhobenen Hauptes auch weiterhin zu seiner freien Gesellschaft stehe.

Anni-Frid Lyngstad – Die unter dem Namen Frida bekannte Sängerin der schwedischen Popgruppe ABBA ist norwegisch-deutscher Abstammung. Sie kam im November 1945 bei Narvik als sogenanntes „Tyskerbarn" („Deutschenkind") zur Welt, als Kind eines deutschen Soldaten und einer norwegischen Mutter. Viele solcher Kinder und ihre Mütter hatten nach dem Krieg ein sehr schweres Schicksal in Norwegen. Ihren Vater hat Frida erst im Jahr 1977 kennengelernt.



Kronprinz Haakon – „Wir wollen Grausamkeit mit Nähe und Hass mit Zusammenhalt beantworten", erklärte der 38-jährige norwegische Thronfolger beim Gedenken an die Opfer des Terroranschlags vom 22. Juli. Nach diesem Datum könne man sich „nie wieder die Annahme erlauben, dass unsere Meinungen und Haltungen ohne Bedeutung" seien, fügte er hinzu. In den Jahren 2003 und 2005 hatte er wegen einer Erkrankung seines Vaters vorübergehend dessen Pflichten als Staatsoberhaupt übernommen.

Siv Jensen – Die Vorsitzende der norwegischen Fortschrittspartei tritt unter anderem für eine Begrenzung der Immigration und die Ausweisung krimineller Ausländer ein. Nachdem bekannt wurde, dass der Attentäter von Oslo dort kurzzeitig Mitglied war, gerät sie unter Druck. Politische Gegner, die ihr vorwerfen, sie sei fremdenfeindlich und rechtspopulistisch, schlachten dies genüsslich aus.



Marcel Gleffe – „Bundesverdienstkreuz für Marcel Gleffe" heisst eine Facebook-Seite, auf der inzwischen Tausende dem deutschen Lebensretter von Utoya danken und ihre Bewunderung ausdrücken. Der tapfere Deutsche aus Teterow in Mecklenburg-Vorpommern hatte ohne zu zögern und unter eigener Lebensgefahr über 20 norwegische Jugendliche mit einem kleinen offenen Boot von der Insel im Tyrifford vor den Schüssen des Massenmörders Brevik gerettet.

Konflikt offenkundig

US-Geheimstudie warnt vor Radikalisierung der Pakistaner in Norwegen

Hätte es nicht die fürchtbare Tat des Anders Brevik gegeben, könnte man meinen, die Norweger lebten in einer heilen Welt. Diesen Eindruck vermittelt zumindest die Masse der Medienberichte. Der Geschäftsträger der amerikanischen Botschaft in Oslo, Kevin Johnson, hat schon im Jahr 2007 in einer Depesche nach Washington, in der er die pakistanische Minderheit in Norwegen beschrieb, ein anderes Bild gezeichnet. Die Pakistaner bilden die größte Immigranten-Gruppe in Oslo. Da es sich um ein vertrauliches Schreiben handelte, sprach der Diplomat Klartext. Das Dokument wurde von „Wikileaks" enthüllt und im Februar 2011 in der norwegischen Zeitung „Aftenposten" im englischen Original abgedruckt.

Johnson wies ausdrücklich auf die Gefahr einer Radikalisierung von Pakistanern in Norwegen hin. Norwegische Behörden und Vertreter der pakistanischen Minderheit würden das Risiko des Fanatismus herunterspielen. Der Diplomat verwies unter anderem auf den Islamisten Mullah Krekar, der immer noch in Norwegen mit einem Internet-Blog Al Kaida unterstütze, und den norwegischen Staatsbürger pakistanischer Abstammung Afran Bhatti. Dieser wurde 2006 wegen des Verdachts verhaftet, Anschläge auf die Botschaften der USA und Israels in Oslo geplant zu haben. Bhatti sei ein Produkt der starken Bandenkriminalität unter pakistanischen Jugendlichen. Die kriminellen Aktivitäten der zweiten Generation pakistanischer Einwanderer könnten diese auch in den Terrorismus führen. Es gebe unter den Pakistanern in Norwegen extrem dreiste Kriminelle, denen die Polizei bisher nur zögerlich begegnet sei. Pakistaner bildeten die Führung sowie die meisten Mitglieder der „A-Bande" und der „B-Bande", die sich seit den 80er-Jahren bekriegten. Im Jahr 2006 sei der Konflikt in einer Schießerei beider Banden am helllichten Tag auf der Akerbrygge-Promenade in Oslo kulminiert. Die Anziehungskraft der Banden sei für junge Pakistaner beträchtlich, sie verhießen ihnen schnelles Geld, schnelle Autos und Respekt unter ihresgleichen. Schlechte Zukunftsaussichten könnten einen weiteren Faktor für eine Radikalisierung darstellen.

Gefahr eines hausgemachten Terrorismus wächst

Johnson erinnerte auch an die Auseinandersetzungen um eine Mohammed-Karikatur in Norwegen. Insgesamt bestünde die Gefahr eines „home-grown" (hausgemachten) Terrorismus.

Den Pakistanern falle es erkennbar schwer, sich in Norwegen anzupassen. Der Konflikt zwischen ihrer und der norwegischen Kultur sei offenkundig. Obwohl sie bereits seit den 60er-Jahren eingewandert seien, hätten sie bei der Integration noch viele Hürden zu überwinden. Einige hätten sie jedoch selbst errichtet. Unter den Minderheiten bildeten sie noch immer die homogenste Gruppe. Sie würden fast nur unter sich heiraten. Im Vorjahr habe dies für 95 Prozent der geschlossenen Ehen gegolten. Dabei seien 75 Prozent der Ehepartner direkt aus Pakistan gekommen. Es gebe Pakistaner in Norwegen, die ihre Kinder auf Grund- und Oberschulen nach Pakistan schickten. Die Zahl höherer Bildungsabschlüsse liege nicht nur weit unter dem norwegischen Durchschnitt, sondern auch unter dem anderer Immigranten. Jedes Jahr kämen etwa 1000 weitere Pakistaner nach Norwegen, hauptsächlich durch Eheschließungen. Viele Ehen seien arrangiert, es gebe auch Zwangsheiraten. Kaum mehr als ein Viertel der Frauen gehe einer beruflichen Arbeit nach. Dies zum Teil wegen der größeren Kinderzahl, aber auch, weil viele erst neu als Ehepartner ins Land kämen und weder norwegische Sprachkenntnisse noch verwendbare Ausbildungen besäßen. Die Führer religiöser und weltlicher pakistanischer Institutionen in Oslo würden sich allgemein bekannte Machtkämpfe liefern.

Michael Leh

Eine freie Gesellschaft, aber keine Idylle

Wie konnte jemand ausgerechnet in Oslo einen solch mörderischen Hass auf Muslime und „Multikulturalisten" entwikkeln? Bei der Suche nach Antworten auf diese Frage wird in fast allen deutschen Medien nicht einmal der Versuch unternommen, die norwegische Hauptstadt etwas näher unter die Lupe zu nehmen. Dort lebte der heimtückische Attentäter, dort wuchs er auf, dort legte er seine Bombe, dort mordete er. Die Masse der Medienberichte vermittelt den Eindruck, als habe in Oslo eine besonders heile Welt geherrscht, was das eiskalte Morden des Täters noch unverständlicher erscheinen lässt. Doch muss nicht jeder Kriminalist zuerst einmal den Tatort genau untersuchen? Während man den virtuellen Tat-

Ort des Geschehens bleibt ausgeblendet

ort – das Internet mit seinen auch radikalen und hetzerischen Blogs – genauestens ausleuchtet, bleibt der reale Ort des Geschehens ausgeblendet.

Der Schweizer Gerichtspsychiater Reinhard Haller erklärte in der „Neuen Zürcher Zeitung" schon per Ferndiagnose den Täter zu einem vermutlich Wahnsinnigen. Er fügte auch hinzu: „Mich bedrückt vor allem, dass so etwas in einem freundlichen, toleranten Land passiert ist. Hier kann man nicht davon ausgehen, dass der Tat ein realer Missstand zugrunde liegt. Insofern hätte es auch nichts gebracht, wenn zum Beispiel andere politische Entscheidungen in der Ausländerfrage getroffen worden wären." Wir wissen nicht, ob der Psychiater jemals in Oslo war und wenn doch, wo er dort wohnte. Ein Bericht des Europarates von 2008 wies sogar auf die Gefahr von Unruhen durch die sozial-ethnische Segregation von Ost- und West-Oslo hin. Die Depesche des US-Diplomaten Johnson über die pakistanische Minderheit weckt ebenfalls Zweifel an einem nordischen Idyll.

M.L.



Schlange stehen, um „Papierkram" zu erledigen: Vor der Ausländerbehörde in Oslo

Bild: mauritius

Norwegens »Migrapolis«

Fast 30 Prozent der Bewohner Oslos haben Migrationshintergrund

Migrapolis" heißt ein Fernsehprogramm in Oslo, das über das Leben von Immigranten in Norwegen informieren will. Tatsächlich hat sich die heute 600 000 Einwohner zählende norwegische Hauptstadt zu einer „Migrapolis" entwickelt. Das Norwegische Statistische Jahrbuch beziffert den Anteil der Immigranten und Einwohner mit Migrationshintergrund in Oslo am 1. Januar 2011 auf 28 Prozent, zusammen 170 200 Personen.

Die größten Migrantengruppen in der Hauptstadt sind Pakistaner (22 000 Personen), Somalier (12 200), Schweden (12 000), Polen (10 500), Sri Lanker (7100), Iraker (7100), Türken (6100), Marokkaner (6000), Vietnamesen (5700) und Iraner (5500). Hinzu kommen viele Migranten im Großraum Oslo und der benachbarten Provinz Akershus. Im Ballungsraum Oslo leben 1,9 Millionen Menschen.

Von den rund 500 000 Immigranten in ganz Norwegen kommen 375 000 aus nicht-westlichen Ländern, vor allem aus Asien (hauptsächlich Pakistan), Afrika oder Lateinamerika. Die Geburtenrate der Einwanderer besonders aus Asien und Osteuropa ist höher als die der „eingeborenen" Norweger. Die höchste Geburtenrate hatten im Jahr 2010 Pakistaner, die zweithöchste Somalier. Bereits 50 Prozent der Kinder in Oslo gehören Minderheiten an. Vier von fünf Kindern sind nichtwestlicher Herkunft. Bei 30 Pro-

Muslimische »Moral-Polizei« geht auf Streife

zent der Schüler sind beide Elternteile Immigranten. Die Behörden befürchten das Entstehen von „Getto-Schulen". Es gebe einen „gewissen Anteil" von „white flight" („Flucht von Weißen"), heißt es dazu in einem Expertenbericht des Europarats von 2010. Allgemeine Durchschnittszahlen sagen indes meist kaum etwas über die Verhältnisse in einzelnen Stadtbezirken aus. Es gibt auch Schulen mit einem Anteil von über 90 Prozent Migranten.

Der Bericht eines Europarat-Inspektionsteams aus dem Jahr 2008 – solche Inspektionen erfolgen im Rahmen des Programms „Intercultural Cities" – hob besonders die „traditionelle und anhaltende Kluft" zwischen Ost- und West-Oslo hervor. Die Lage in diesen ärmeren und besonders von Migranten bewohnten Stadtbezirken könne sogar zu Unruhen führen, warnten die Inspektoren.

Manche Berichte über diese Stadtbezirke und Vorstädte erinnern an die Verhältnisse in Berlin-Neukölln, Kreuzberg oder Wedding, wo viele Eltern besonders deutscher Herkunft ihre Kinder nicht mehr auf die Schulen schicken wollen, wegziehen oder solche Viertel von vornherein meiden, nicht zuletzt auch wegen der hohen Kriminalitätsbelastung. Der Bericht des Europarat-Teams von 2010 zitiert einen Artikel der Zeitung „Aftenposten", wonach in Teilen Oslos eine muslimische „Moral-Polizei" aufgetaucht sei. Der Zeitung zufolge würden junge pakistanische Männer Gebiete kontrollieren, Verhaltensregeln aufstellen, jungen Frauen Kleidervorschriften machen und Homosexuelle bedrohen. Die offizielle Statistik für 2010 verzeichnet knapp 100 000 Muslime in Norwegen.

M.L.

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann
(V. i. S. d. P.)

Chef vom Dienst: Rebecca Bellano (im Mutterschutz); **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil, Bücher:** Silke Osman; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit, Leserbriefe:** Manuela Rosenthal-Kappi; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Sophia E. Gerber (Venedig), Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Hans-Jürgen Mahlitz, Liselotte Millauer (Los Angeles), Jean-Paul Picaper, Wilhelm v. Gottberg.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2010: Inland 9 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 11,50 Euro, Luftpost 15,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-41
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **1642**

Bischof von Fulda redet Tacheles

Der Kirche laufen die Gläubigen davon, »genervt und gelangweilt« von Spaß-Gottesdiensten

Im September kommt Papst Benedikt XVI. zu seinem ersten offiziellen Besuch nach Deutschland. Im Gegensatz zur anfänglichen „Wir-sind-Papst“-Medienwelle nach dessen Wahl im April 2005 scheint das Klima zwischen den Deutschen und dem Oberhaupt der katholischen Kirche jetzt abgekühlter. Die Kirche selbst sieht sich einem überaus schmerzhaften Vertrauensverlust ausgesetzt: Etwa 180 000 Katholiken traten im vergangenen Jahr offiziell aus der Kirche aus, 50 000 mehr als im Jahr 2009. Damit könnten erstmals in der deutschen Nachkriegsgeschichte mehr Katholiken als Protestanten ihrer Glaubensgemeinschaft den Rücken gekehrt haben. Der deutsche Papst besucht eine Kirche, die sich ihrer Sendung tief unsicher geworden ist und die ihre Mitte und ihr Herz, die heilige Messe, hat verkommen lassen.

„Es kann kein Zweifel daran bestehen, dass das Zweite Vatikanische Konzil die Kirchen in Deutschland bis zu einem gewissen Grad entzaubert hat und die Gottesdienste formlos werden ließ. Ein Bildersturm fegte durch die Gotteshäuser, die Hochaltäre wurden zerlegt, buchstäblich zersägt. In die Gotteshäuser hielt eine grauenhafte Avantgarde Einzug, die von steriler und schnell gestriger Modernität war.“

Das schreibt der „Spiegel“-Journalist Matthias Matussek in seinem Buch „Das katholische Abenteuer – eine Provokation“, das sich seit Monaten in der Bestsellerliste seines Hausblattes hält. Der ehemalige Feuilletonchef des „Spiegel“ („Ich bin so leidenschaftlich katholisch, wie ich vor vierzig Jahren Marxist war“) scheint mehr von der Glaubens- und Kirchenkrise verstanden zu haben als manche deutschen Bischöfe, die oft mehr auf den Zeitgeist als auf den Heiligen Geist zu hören scheinen.

Vor Jahren schon machte der Romancier Martin Mosebach wortmächtig auf die „Häresie der Formlosigkeit“ aufmerksam, die nach dem Konzil in der Kirche Raum gegriffen habe. Der Gottesdienst, früher geistliche Kraftquelle für Generationen von Gläubigen, sei eine Larifari-Veranstaltung geworden, die die wirkliche Gegenwart Gottes im Sakrament des Altars vulgarisiert habe.

Mosebachs provozierende Frage, ob die Kirche durch den Bruch mit ihrer großen Tradition und der Abschaffung des Lateinischen als Liturgiesprache sich nicht selbst ihrer Substanz beraubt hat, greift der Fuldaer Bischof Heinz Josef Algermissen in einem aktuellen Beitrag für seine Bistumszeitung zwar nicht direkt auf. Was der Nachfolger des vor elf jahren verstorbenen kompromisslos katholischen Bischofs Johannes Dyba als Ursache für den Rückgang der Messbesucher ausmacht, lässt allerdings aufhorchen.

Liturgie müsse faszinieren, damit die Mitfeiernden spüren: Gott ist da, schreibt Algermissen im „Bonifatiusboten“. Ohne relativierendes Geschwurbel geht der Bischof in medias res: Die Erfahrung habe mittlerweile jedoch gelehrt, dass man trotz aller Anstrengungen um einen modernen Gottesdienst „der Not, in welche die Liturgie geraten ist, nicht begegnen kann“. Im Gegenteil: „Je mehr man versucht, durch ‚zeitgemäße‘ Gottesdienstgestaltung den vermeintlichen Erwartungen des modernen Menschen entgegenzukommen, um ihn auf diese Weise in die Kirche zu locken, desto mehr Plätze werden leer.“

> Ein Quad vor dem Altar zum Jugendgottesdienst

„Bar jeder Faszination für das Heilige und sich grundlegend unterscheidende Göttliche“ mache man vielfach aus der Messe einen „banalen ‚Event‘“ – eine Beobachtung, der sich jeder praktizierende deutsche Katholik anschließen kann. Jugendbands mit Schlagzeug und Lautsprechern im Altarraum, Gospelchöre mit Klatschen; Applaudieren während der heiligen Messe und eifriges gegenseitiges Händeschütteln beim Friedensgruß; willkürlich weggelassene Kerngebete, Predigten von der Gemeindereferentin statt dem Priester; ein Wollknäuel, während des Hochamts durch die Bankreihen geworfen, offenbar um zu versinnbildlichen, dass der Glaube „uns alle ein Stück weit“ miteinander verbindet. Lärm und Aktivität da, wo früher Andacht und innere Sammlung Raum hatten. Kürzlich ließ der Pfarrgemeinderat im niederbayerischen Bogen (Landkreis Straubing) ein vierrädriges Motorrad („Quad“) bis auf die Altarstufen von St. Florian fahren – während des Jugendgottesdienstes wurde dann zur Gaudi der Motor angelassen.

Jene, die „in Erwartung der authentischen Liturgie der Kirche“ ohnehin regelmäßig zur Messe kämen, würden mit vielen solcherart gestalteten Gottesdiensten „genervt und gelangweilt“, stellt Bischof Algermissen fest. Es ereigne sich eine „öde, auf die Nerven gehende Wiederholung“ der profanen Welt „an heiliger Stätte“.

Es muss also nicht Gleichgültigkeit gegenüber dem Glauben sein, welche die Menschen scharenweise ihren Austritt aus der Kirche erklären lässt. Vielmehr scheint Verdruss und manchesmal auch Verzeiflung Ursache für die Abkehr zu sein. Wer wollte eine solche Kirche, die sich zum frommen Kabarett umfunktioniert hat und Teil der Spaßkultur geworden ist, noch ernst nehmen?

Die Kirche befinde sich durchaus in einer Krisensituation, sagt auch Kardinal Reinhard Marx. Dass die öffentliche Debatte vor diesem Hintergrund fast nur um den Zölibat kreise, empfindet der Erzbischof von München und Freising als ein „intellektuelles Armutszeugnis“. Für die Kirche in Deutschland „ist der Besuch des Heiligen Vaters eine große Chance“, sagte er im Interview mit dem katholischen Nachrichtendienst „kath.net“, eine Chance, das Evangelium neu auszubreiten. Der Bischof unterstrich, die Kirche sei gesandt, in Verkündigung, Sakramenten und Liturgie „etwas von der Größe und vom Geheimnis Gottes aufscheinen zu lassen, das in Christus sichtbar geworden ist“.

Neuevangelisierung des weitgehend entchristlichten Deutschland durch die Feier einer Liturgie, die das Numinose zeigt, statt sich mit der Welt gemein zu machen – das haben sich auch die Priesterbruderschaften St. Petrus und St. Pius X. auf die Fahnen geschrieben. Beide Gemeinschaften feiern die lateinische Tridentinische Messe in der Form, wie sie von der Kirche weltweit über Jahrhunderte fast unverändert zelebriert wurde und Generationen zum Glauben gebracht hat. Es sind nicht die einzigen und sie haben Zulauf durch Suchende und Glaubende, die sich von den liturgischen Experimenten der Amstkirche mit Grausen abgewandt haben. *Christian Rudolf*



„Authentische Liturgie der Kirche“: Opfergottesdienst statt banaler Event-Messe Bild: pa

MELDUNGEN

Marschbefehl für Bundeswehr

Sondershausen – Wegen der angespannten Lage im Kosovo hat die Nato-Schutztruppe KFOR nach Informationen des Internet-Blogs „Augen geradeaus“ die Eingreifreserve angefordert. Zwei Drittel der rund 700 Mann starken Operational Reserve Forces (ORF) stellt derzeit das Raketenartilleriebataillon 132 aus dem thüringischen Sondershausen, der Rest kommt aus Österreich. Das ORF-Bataillon wird seit der Reduzierung der KFOR-Truppe bereitgehalten, um in kritischen Lagen eingeflogen zu werden. Fahrzeuge und Ausrüstung sind bereits im Einsatzgebiet eingelagert, so dass nur noch die Mannschaften verlegt werden müssen. Zum Auftrag der Truppe gehören der Schutz religiöser Objekte, die Auflösung gewalttätiger Demonstrationen sowie Sicherungs- und Kontrollaufgaben. *J.H.*

Burda zieht die Notbremse

Offenburg – Das Verlagshaus Burda hat sich von dem Politikchef der Zeitschrift „Bunte“ getrennt, nachdem herausgekommen war, dass ein Informant einen namhaften Bundespolitiker im Auftrag des Blattes bespitzeln sollte. Nach Informationen der *PAZ* soll es sich um einen Bundestagsabgeordneten der Grünen handeln. Der Informant hatte angeboten, kompromittierende Foto- und Filmaufnahmen zu liefern. Dabei ging es um angebliche Sex-Partys und Drogenkonsum. Nachdem die Chefredaktion von der unlauteren Recherche erfahren hatte, stoppte sie die Aktion. Vor einem Jahr hatte der „Stern“ enthüllt, dass eine von der „Bunten“ beauftragte Agentur mehrere Spitzenpolitiker beschattet und ausgespäht habe. Wohl das Desaster des britischen Medienmoguls Rupert Murdoch vor Augen, kündigte Burda dem verantwortlichen Ressortleiter Tobias Lobe und einer Redakteurin jetzt fristlos. *J.H.*

»*E. T.*« *und der Terror*

Die Fehlinterpretationen des ZDF-Experten

Entgegen seinem Slogan „Mit dem Zweiten sieht man besser“ schien das ZDF nur einen ersten Blick auf das furchtbare Attentat in Oslo geworfen zu haben. Wenige Stunden nach dem Anschlag vom 22. Juli wollte man den Zuschauern schon die Hintergründe erklären. Dann schlägt jeweils die Stunde von „E.T.“: Elmar Theveßen als ZDF-Terrorismusexperte bietet dem staunenden Zuschauer einen Teil seiner anscheinend unbegrenzten Hintergrundinformationen dar. Fast ehrfürchtig lauscht der Nachrichtensprecher, wenn „E.T.“ erklärt, welche islamistischen Motive hinter dem Attentat stecken könnten. Von Norwegens Verwicklung in den Afghanistan-Krieg und von Terrorwarnungen ist die Rede. Aber es waren, wie wir inzwischen wissen, genau gegenteilige Motive, die hinter dem Anschlag steckten.

Nachdem „E.T.“ diese Fehlinterpretation eingeräumt und erklärt hatte, sich in Zukunft etwas mehr Zeit zu gönnen, um über erste Vermutungen zu diskutieren, hat er nun seinen „zweiten Blick“ auf das Geschehen geworfen. Jetzt zaubert „unser Terrorismusexperte“ eine noch abstrusere Verbindung hervor. In einem Beitrag für das „heute-journal“ am 25. Juli spielte er zunächst einmal altes Filmmaterial über amerikanische, islamfeindliche, christliche Fundamentalisten ein, um dann zu erklären, es gebe bis jetzt allerdings keinen Zusammenhang zum norwegischen Amokläufer. Richtig abenteuerlich wurde es, als er in „heute nacht“ noch den Bogen zu christlichen Fundamentalisten in Deutschland spannte. Wer auch immer gemeint ist, verrät er uns nicht so ganz, aber es gebe diese Szene, so seine Behauptung im ZDF-Blog. In Amerika würden sie mit „den gleichen Methoden wie die islamistischen Terroristen vorgehen“. Und auch wenn in Deutschland die „überwältigende Mehrheit“ nichts mit Gewalt zu tun habe, gebe es „Gedankengut, Gesinnungen, die ähnlich denen sind, die wir von Attentäter jetzt ja leider kennenlernen mussten“.

Während die Sicherheitsbehörden noch immer nicht sagen können, ob überhaupt ein vielleicht rechtsradikaler Zusammenhang des Attentäters nach Deutschland hergestellt werden kann, ist „E.T.“ wieder einmal weiter. „Mit dem Zweiten sieht man besser“? Das scheint nicht immer zu stimmen, insbesondere nicht, wenn „E.T.“ mit seiner Weltsicht die Wohnzimmer heimsucht. *Lothar Bublitz (idea)*

Zuwanderer als Geschäftsmodell

Millionenbetrug bei Integrationskursen – Schuld liegt bei der Politik

Integrationskurse sind für Ausländer oft der einzige Zugang zu deutscher Sprache und Kultur. Sie sind zudem verpflichtende Voraussetzung für eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis für Nicht-EU-Bürger in Deutschland. Die staatlich geförderten Kurse sind aber vor allem ein gutes Geschäft für die rund 1500 privaten Kursanbieter.

Dieses Jahr stellt die Bundesregierung 218 Millionen Euro für Kurse bereit. Laut Recherchen der ARD haben nun viele der ausführenden privaten Schulen den Staat und damit den deutschen Steuerzahler bei der Abrechnung im großen Stil betrogen. Es geht um Millionenbeträge. Bis zu einer bestandenen Sprachprüfung wird die Aufenthaltserlaubnis von Zuwanderern, die aus Staaten außerhalb der EU nach Deutschland kommen, um höchstens ein Jahr verlängert. Integrationskurse sind damit als Vorbereitung zur Prüfung für einen längeren Aufenthalt Pflicht. „Wir verlangen von den hier lebenden Ausländern, dass sie sich mit den Grundwerten unserer Gesellschaft vertraut machen und Deutsch lernen“, sagte Innenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) bei der Verabschiedung der neuen Integrationsregeln im März. Die Regierung sprach von „pragmatischen Lösungsansätzen“, die Opposition von einem schlechten Tag für die Integration.

Offenbar fielen unter dem oppositionellen Druck die Regeln etwas zu pragmatisch aus. Nach ARD-Berichten rechnen viele der für die Kursdurchführung verantwortlichen privaten Schulträger falsch ab. Anwesenheitslisten werden demnach manipuliert. Sogar ganze Kurse sollen erfunden worden sein. Die Listen bilden die Grundlage, auf der freie Träger die Kurse mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) abrechnen. Bei drei von vier Anfragen im Rahmen verdeckter Stichproben waren Sprachschulen den Recherchen zufolge bereit, die Listen der Teilnehmer zu fälschen. Selbst bei abwesenden Schülern wurde trotzdem ein Kreuz für „anwesend“ gemacht. Das ist ein gutes Geschäft, denn für jede Unterrichtsstunde kassiert der Anbieter 2,35 Euro je Teilnehmer vom Staat. Sogar Lehrkräfte sollen den ARD-Recherchen zufolge unter Druck gesetzt worden sein, die Praktiken zu übernehmen. Die Alternative: Verlust des Jobs. Die Lehrer arbeiten als Honorarkräfte für meist nur 15 bis 20 Euro brutto die Stunde, was sie besonders abhängig macht.

Der Vorwurf systematischen Abrechnungsbetrugs steht seit den Enthüllungen zur Prüfung an. Dass die Kurse ein gutes Geschäft bedeuten, war den privaten Trägern früh klar. Mit Jahresbeginn haben die Schulen ihr Angebot auf die neuen gesetzlichen Anforderungen abgestimmt. Mindestens drei Monate dauern die Kurse in der Regel nun, bei seltenerer Teilnahme auch länger, denn die Anbieter stellen sich auf die Bedürfnisse der Teilnehmer ein. Viele werben mit „Hilfe beim Ausfüllen der Formulare“. Pro Teilnehmer kommen 645 bis über 900 Unterrichtsstunden zusammen. Über 1500 Euro bekommt ein Kursanbieter so pro Integrationsschüler vom Staat. Die Schüler selbst zahlen einen symbolischen Beitrag von 1 Euro die Stunde. Wer nicht genug verdient, ist auch davon befreit. Ein Basis- und Aufbaukurs in Deutsch, aber auch Orientierungskurse und Staatskunde, gehören zu den von den Schulen weitgehend individuell gestalteten Kursprogrammen.

> Schwammige Regelungen laden private Anbieter geradezu zum Missbrauch auf Staatskosten ein

Trotz der nun offenbar bis zum Betrug reichenden „Flexibilität“ der Sprachschulen ist die Quote erfolgreicher Kursteilnehmer bisher gering: In Hessen schaffte 2010 beispielsweise nur die Hälfte der Kursteilnehmer die entscheidende Abschlussprüfung. Bundesweit nehmen aktuell rund 90 000 Zuwanderer an den Kursen teil. Durch deren inhaltliche und zeitliche Ausweitung dürfte die Erfolgsquote bald weiter sinken. Das Geschäft der Schulen scheint indes sicher. Der Präsident des BAMF, Manfred Schmidt, kündigte nun Konsequenzen an. Ein „hochkriminelles Zusammenwirken von mehreren“ sei erkennbar: „Wir werden die Einstufungstests besser dokumentieren lassen.“ Kursteilnehmer sollen sich künftig nur noch handschriftlich an- und abmelden dürfen. Im letzten Jahr hat das Bundesamt nach eigenen Angaben 1500-mal Kurse kontrolliert. Dabei gab es mehrere hundert Beanstandungen. *SV*

MELDUNGEN

Veto gegen Hauptquartier

Brüssel – Der britische Außenminister William Hague hat mit seinem Veto im Rat der Außenminister Pläne der Hohen Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik der EU, Catherine Ashton, zur Einrichtung eines ständigen EU-Einsatzhauptquartiers abgeblockt. Er kündigte zudem an, dass Großbritannien auch künftige Vorstöße in diese Richtung verhindern werde. Entscheidungen der gemeinsamen Sicherheitspolitik müssten von den EU-Mitgliedsstaaten einstimmig beschlossen werden. Zurück geht die Planung eines derartigen Hauptquartiers, das zur Koordinierung von EU-Militäreinsätzen dienen soll, auf Vorschläge Frankreichs, Polens und Deutschlands. *N.H.*

Malta führt Ehescheidung ein

Valletta – Das Parlament von Malta hat mit großer Mehrheit ein Gesetz gebilligt, das die Ehescheidung im eigenen Land erlaubt. Damit sind künftig nur noch im Vatikanstaat und auf den Philippinen Scheidungen verboten. Die Abstimmung, bei der die Abgeordneten keinem Fraktionszwang unterlagen, war aufgrund eines Referendums notwendig geworden. Dabei hatten sich im Mai knapp 53 Prozent der teilnehmenden Bürger für eine entsprechende Verfassungsänderung ausgesprochen. Die Initiative zu dem Referendum in dem katholischen Inselstaat war vor etwa einem Jahr von dem Abgeordneten Jeffrey Pullicino Orlando von der Nationalistischen Partei ausgegangen, die die Regierung stellt. Orlando wollte sich von seiner Frau scheiden lassen. Malteser Bürger konnten sich bisher nur im Ausland rechtskräftig scheiden lassen. Davon machten in den letzten 30 Jahren 785 Paare Gebrauch. Die Verfassungsänderung tritt im Oktober in Kraft. *CR*

Eiszeit zwischen Balten und Russen

Angst vor historischer Wahrheit – Vergangenheit steht Lösung der Gegenwartsfragen im Weg

Mit Russen sei kein Gespräch über das Baltikum möglich, weil sie vor der historischen Wahrheit Angst hätten, schrieb der schwedische Diplomat Lars Freden in der russischen Zeitschrift „Russland in der Globalpolitik“. Russland hat von 1940 bis 1991 das Baltikum okkupiert und annektiert, es ausgeraubt und ungezählte Balten ermordet und verschleppt. Diese Verbrechen beging es zuerst im Bündnis mit Hitler, später allein, was es bis heute leugnet, anders als Deutsche und Japaner, die ihre Kriegsverbrechen sühnten – und noch immer sühnen.

Wenigstens auf akademischer Ebene nahmen die Russen bereits einige Anläufe zu historischer Ehrlichkeit, beispielsweise im Jahre 2005 in München, wo das Historische Institut der Russischen Akademie, die lettische Staatsuniversität und das deutsche Institut für Zeitgeschichte versuchten, Konsens über die Krisenjahre 1939 bis 1941 zu schaffen. Die von den Teilnehmern als „schädlich“ beklagte „Politisierung der Geschichte“ hat seither aber noch zugenommen. Ende 2010 regte der damalige lettische Präsident Valdis Zatlers eine gemeinsame Historikerkommission an, die unter Leitung des Russen Alexander Tschubarjan und des Letten Inesis Feldmanis ihre Arbeit aufnahm, jedoch Ende Juni 2011 vor ihrem Aus stand. Russlands Präsident Dmitrij Medwedjew vergatterte die russischen Historiker auf eine „Beendigung lettischer Praktiken der Heroisierung von Helfern der Nazis“, die Letten dagegen verlangten ein ehrliches Bekenntnis der Russen zu ihren Verbrechen, deren ökonomische Folgeschäden auf rund 300 Milliarden Dollar geschätzt werden. Das durften die Russen nicht beraten, sie hielten Archivmaterialien zurück und forderten Kommissionsarbeit „über andere Jahrhunderte“. „Wir wollen keine anderen Jahrhunderte“, fauchte Feldmanis Ende Juli, „und wenn die Kommssion nicht in dem abgesprochenen Sinne arbeitet, sehe ich keinen Sinn in ihr“. Diese Reaktion ist so eisig wie das ganze russisch-baltische Verhältnis. Moskau stellt die restituierte Souveränität des Baltikums als Geste russischer Großzügigkeit hin und verlangt von den Balten Dankbarkeit für russische Entwicklungshilfe. Derartige Töne zeigen nach Ansicht des Schweden Freden nur das gestörte Verhältnis der Russen zum Baltikum und damit zu Nato und EU. Mehr noch: In Russland breitet sich Kriegshysterie aus. Laut Umfragen sehen 46 Prozent der Russen die Balten als „Feinde“ an, und Dogmatiker wie Ex-Diplomat Michail Demurin gießen Öl ins Feuer: Das Baltikum sei 1941 den damaligen Normen des Völkerrechts entsprechend der UdSSR beigetreten, das Gerede von russischer „Okkupation“ und „Annexion“ sei rechtlich und historisch Unsinn, es mache die Russen im Baltikum zu Geiseln einer Bedrohung Russlands. Die Baltenländer seien in der Botmäßigkeit von Nato und EU sowie eigener „Ethnoradikaler“. Über sein „Dynamisch-konservatives Institut“ verbreitete Demurin gerade Tiraden wie diese: „Die Politik, die Estland, Lettland und Litauen gegenüber Russland betreiben, ist eine ernsthafte Bedrohung unserer Interessen. In den letzten Monaten zeigten sich Wilna, Riga und Reval als aktive Betreiber antirussischer Aktivitäten westlicher und heimischer Provenienz.“ Tatsächlich treiben die Baltenländer gar keine „Politik“ gegenüber Russland, sie sind froh, seit 2004 als Mitglieder von Nato und EU vor „großrussischen Imperialisten“ Schutz zu genießen. Kluge Russen wie der Politologe Michail Deljagin oder der Arbeitgeber-Präsident Igor Jurges verstehen das und beklagen seit Jahren, dass Russland das Baltikum, den „zivilisiertesten Teil des postsowjetischen Raums“, nicht als Chance erkennt. Es lässt sich von „Partnern“ in der GUS als Markt, Öllieferant und Transitraum ausnutzen und missachtet das „europäische Labor“ an der Ostsee. Die Feindschaft Russlands zum Baltikum muss Königsberg ausbaden, das mit dem EU-Beitritt Litauens 2004 zur russischen Exklave wurde und nur mit teuren Visa zu erreichen ist.

> Fast die Hälfte der Russen sieht Balten als Feinde

Wie klug die baltische Westoption war, spürt Russland an seiner Diaspora. Im Baltikum leben 6,9 Millionen Menschen, darunter 1,2 Millionen Russen. Die wollte Putin als fünfte Kolonne der „historischen Heimat“ einsetzen, was sie solange akzeptierten, wie ihnen Moskauer Druck Privilegien in Bildung und anderen Bereichen einbrachte. Das änderte sich nach dem EU-Beitritt, als neue Gesetze Unterricht überwiegend in der Landessprache verordneten. Die Russen nahmen es hin, grundsätzlich zufrieden mit den neuen Chancen baltischer EU-Mitgliedschaft.

Umfragen bezeugen die „schwache Bindung“ der Diaspora-Russen ans Baltikum. Mittlerweile muss Moskaus Außenminister Sergej Lawrow auf Bitten Estlands die dortigen Russen sogar ermahnen, sich im Eigeninteresse politisch und kulturell mehr zu integrieren.

Wolf Oschlies



Wie so vieles ein tristes Erbe der Sowjetunion: Die Stadt- und Konzerthalle in Reval Bild: Archiv

Polen in der Franken-Falle

Kredite in Fremdwährung werden immer teurer

Für die polnische Wirtschaft könnten sich die massenweise noch vor Ausbruch der Finanzkrise abgeschlossenen Fremdwährungskredite als tickende Zeitbombe entpuppen. Acht oder zehn Prozent Zinsen für einen Kredit in polnischen Zloty, oder ein Kredit in Schweizer Franken zu vier Prozent – bis zum Ausbruch der Finanzkrise im Jahr 2008 war für viele Polen klar, wie die Entscheidung ausfällt. Der ständig aufwertende Zloty bot zusätzlich noch die Hoffnung, dass die Kreditraten sich durch einen besseren Wechselkurs in der Zukunft weiter verringern würden. Erst mit Ausbruch der Finanzkrise und der einsetzenden Aufwertung des Schweizer Franken haben viele polnische Kreditnehmer erkannt, auf welche riskante Wette sie sich eigentlich eingelassen haben. Etwa 700000 Privatpersonen haben sich in den letzten Jahren den Traum von der eigenen Immobilie oder dem neuen Auto mit einem Bankkredit in Schweizer Franken erfüllt. Abgeschlossen wurden viele der Kreditverträge noch bei einem Preis von nur 2 bis 2,50 Zloty für den Schweizer Franken.

Bereits im Frühjahr 2009 brachte eine erste Aufwertung des Franken um 25 Prozent nicht nur die Schuldner durch höhere Kreditraten in Bedrängnis. Auch die geldgebenden polnischen Banken saßen auf einem Berg von ausstehenden Krediten in Höhe von 30 Milliarden Franken. Um die polnischen Banken zahlungsfähig zu halten, stellte im Februar 2009 die Schweizer Nationalbank dem polnischen Bankensektor zehn Milliarden Franken zur Verfügung. Inzwischen ist der Wechselkurs von 3,60 Zloty für einen Schweizer Franken erreicht. Unter Berücksichtigung der häufig hohen Bank-Provisionen werden bei den Kreditraten inzwischen bis zu 4 Zloty für den Franken berechnet.

> Belastungen lähmen den Konsum

Die Zahl der Schuldner, die nicht mehr in der Lage sind, die drastisch erhöhten Kreditraten zu bezahlen, steigt immer mehr an. Insgesamt konnten im Jahr 2010 etwa zwei Millionen Polen ihre Darlehen nicht mehr bedienen. Unter dieser Zahl „fauler Kredite“ befinden sich in großem Umfang Fremdwährungskredite.

Die große Masse an Zahlungsausfällen dürfte allerdings erst noch bevorstehen: Bei einer Arbeitslosenquote von 13 Prozent wird bei 17 Prozent der Haushalte inzwischen die Hälfte oder sogar ein noch höherer Anteil des Einkommens für Kredittilgungen fällig. Fast die Hälfte der Haushalte verwendet immerhin mindestens ein Viertel ihres Einkommens für Kreditrückzahlungen. Möglichkeiten für einen Privatkonkurs sind für die Schuldner nur sehr eingeschränkt möglich. Offen steht lediglich die Möglichkeit, die in Schweizer Franken aufgenommenen Darlehen auf Zloty umzustellen. Der Preis dafür ist die Festschreibung des aktuellen hohen Wechselkurses in die neuen, auf Zloty lautenden Verträge. Inzwischen mehren sich die Anzeichen, dass die zunehmenden Zahlungsausfälle und die steigenden Belastungen für die Kreditnehmer sich auf die Konsumlaune der Polen auswirken. Bemerkbar machen sich die Probleme auch durch neuerdings sinkende Immobilienpreise und die deutlich schwächeren Wachstumsprognosen für die Wirtschaft. Die dynamischen Zuwachsraten der polnischen Wirtschaft werden damit zunächst erst einmal der Vergangenheit angehören. *N. Hanert*

Venezuelas Volkstribun zurück

Hugo Chávez stützt sich auf ihm treu ergebene Vertraute

Venezuelas starker Mann, Hugo Chávez, ist heimgekehrt in den Miraflores-Palast in Caracas. Nachdem er sich auf Kuba einer Krebstherapie unterzogen hat, attestieren die Mediziner dem 56-jährigen Volkstribun einen besseren Gesundheitszustand als zuvor; die bösartigen Tumorzellen sind eliminiert.

Lateinamerikas Führer begeben sich nur ungern länger außer Landes. Instabile innenpolitische Verhältnisse und permanente Intrigen lassen sie stets um den Verlust ihrer Macht fürchten. Diese Befürchtung dürfte bei Chávez jedoch nicht aufgekommen sein, gleicht seine Führungsmannschaft doch einem erfolgreich angelegten Großfamilienunternehmen. Venezuelas Streitkräfte stellen hier traditionell einen unverhältnismäßig starken Machtfaktor dar. Aus ihren Reihen ging Chávez als Oberstleutnant der Fallschirmjäger hervor. Der ehemalige Elitesoldat spricht ihre Sprache, kennt ihre Sorgen und Nöte aus eigenem Erleben und beherrscht virtuos die Mechanismen, sich ihre Gunst zu erhalten. Das ist entscheidend in einem Land, dessen Historie von zahlreichen Putschversuchen des Militärs gekennzeichnet ist.

Nach dem klassischen Muster lateinamerikanischer Politiker spielt auch bei Chávez der sogenannte Regionalismo eine bedeutende Rolle. So hat er es verstanden, wichtige Positionen im Lande mit ihm quasi nibelungentreu ergebenen Vertrauten aus dem Bundesstaat Barinas zu besetzen, aus dem seine Familie stammt.

Eine tragende Rolle fällt dabei seinem Bruder Adán zu. Ein Geschwisterpaar, wie es äußerlich ungleicher nicht sein kann. Im Gegensatz zu dem emotionalen und teilweise aufbrausenden Selbstdarsteller Hugo, der sich selbst in der Nachfolge Simon Bolívars sieht, hält sich Adán bedeckt und agiert unspektakulär aus dem Hintergrund. Neben dem wortreichen und vehement gestikulierenden Presidente Hugo Chavéz, der sich ähnlich seinem argentinischen Vorbild Juán Domingo Perón im offenen Wagen inszeniert, wirkt Bruder Adán eher introvertiert. Und dennoch zeichnet er mitverantwortlich für den ideologischen Unterbau der „Revolution“. Und dabei meldet sich sogar eine deutsche Stimme zu Wort. So steht der deutsche Linksintellektuelle Heinz Dieterich (alias Steffan) dem Chávez-Regime beratend zur Seite. Es profitiert von des Soziologieprofessors einschlägiger in Kuba erworbener Erfahrung bei Fidel Castro, desen Revolution er publizistisch wohlwollend begleitet.

> Der ehemalige Elitesoldat hat ein gutes Verhältnis zum Militär

Bereits in jungen Jahren nahm Adán Chávez Kontakt zur Guerillabewegung auf. Derlei prägende Aktivitäten hinterlassen unauslöschliche Spuren. Obwohl das Land über immense Erdölvorkommen verfügt, vertraut er angesichts einer zusehends kubanische Ausmaße annehmenden Mangelwirtschaft nicht allein auf das Votum der mit der Bewegung sympathisierenden Venezolaner. In bewährter Guerrillero-Manier zieht er – für den Fall der Fälle – auch den bewaffneten Kampf ins Kalkül. Ihm und seinen Exkombattanten dürfte nicht entgangen sein, dass der anfängliche Enthusiamus eines Millionenheeres von bedürftigen Anhängern, die täglich um ihr Überleben kämpfen müssen, inzwischen einer Verweigerungshaltung gewichen ist, von kritisch bis ablehnend. Deren Stimmung kann jederzeit kippen. Diese Menschen haben buchstäblich nichts zu verlieren. Sie reisen zu ihrer Genesung auch nicht auf die Zuckerinsel, sondern werden vielmehr medizinisch kostenfrei versorgt von einer Heerschar kubanischer Ärzte, getreu dem Beispiel ihres sozialistischen Entsendungslandes.

Michael Johnschwager

Leben über die Verhältnisse

Frankreich droht wegen des Haushaltsdefizits der Verlust seiner erstklassigen Kreditwürdigkeit

Nur sechs Länder der Euro-Zone besitzen derzeit ein Rating, das ihnen höchste Kreditwürdigkeit bescheinigt. Unter diesen Ländern weist Frankreich die meisten Schulden und das größte Haushaltsdefizit auf. Sollte das Land sein bisheriges Rating verlieren, könnte dies vor allem für Deutschland kostspielige Folgen haben.



Dunkle Wolken über Paris: Bei einer Herabstufung könnte Frankreich ein Fall für den Rettungsfonds werden Bild: Getty

Zehn Monate vor der Präsidentschaftswahl sind Frankreichs Eliten Adressat zahlreicher Ratschläge und Warnungen. Der Internationale Währungsfonds (IWF) mahnt einen verstärkten Schuldenabbau an, damit das Land seine erstklassige Kreditwürdigkeit erhalten kann. Die Rating-Agentur Standard & Poor's hatte bereits im Juni gewarnt, dass Frankreich bis 2020 sein bisheriges „AAA"-Rating verlieren könnte, falls das Land nicht grundlegende Reformen in Angriff nimmt. Der Verlust der Top-Bonität könnte allerdings schon erheblich früher eintreten. Die Statistikbehörde „Insee" hat die Höhe der französischen Staatsverschuldung unlängst auf 82,3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) korrigieren müssen. Bereits im nächsten Jahr wird erwartet, dass die Verschuldung auf 87 Prozent anwächst – falls die Haushaltsplanungen nicht eingehalten werden, droht dieser Rekordwert sogar noch höher auszufallen. Tatsächlich ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass bis zum Wahltermin am 12. Mai 2012 außer dem auf Kredit finanzierten 35-Milliarden-Euro-Programm für „Zukunftsinvestitionen", noch weitere Wahlgeschenke gemacht werden.

Das Centrum für Europäische Politik (CEP) hat angesichts der jüngsten Entwicklungen die Länder der Euro-Zone anhand eines selbst entwickelten Index unter die Lupe genommen. Geprüft wurde die Fähigkeit der einzelnen Länder zur Rückzahlung ihrer Auslandsschulden und damit die Entwicklung ihrer Kreditwürdigkeit. Das ernüchternde Ergebnis der Untersuchung: Neben Italien und Spanien befindet sich Frankreich in der zweithöchsten Risikokategorie. Beigetragen zu diesem Zustand hat eine seit Jahren sinkende Sparquote in Frankreich. Wurden im Jahr 2001 noch 8,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts an Ersparnissen zurückgelegt, ist dieser Wert im Jahr 2010 auf magere 0,9 Prozent abgesunken. Da auch die Investitionsquote seit Jahren kontinuierlich absinkt, bedeutet dies, dass ein immer größerer Anteil des Bruttoinlandsprodukts für Konsumzwecke verwendet wird. Wie weit Frankreich bei der Wettbewerbsfähigkeit mittlerweile von Deutschland abgehängt wurde, lässt sich an den Außenhandelsbilanzen beider Länder ablesen. Während Deutschland im Jahr 2010 ein Plus von 162 Milliarden US-Dollar aufwies, führte Frankreich für 53,29 Milliarden US-Dollar mehr ein, als es exportierte. Für Frankreichs Industrie wird es zunehmend schwieriger, auf dem Weltmarkt Abnehmer zu finden. Das Land rangiert in den Statistiken mittlerweile regelmäßig in unrühmlicher Nachbarschaft zu dauerhaften Netto-Importeuren wie den USA und Spanien.

Die Ursachen der nachlassenden Konkurrenzfähigkeit französischer Firmen sind über Jahre gewachsen. Dass die empfohlenen Gegenmaßnahmen, wie die Verminderung des staatlichen Einflusses in der Wirtschaft, eine Flexibilisierung des Arbeitsmarktes und eine Verlängerung der Arbeitszeit noch in nächster Zeit auf den Weg gebracht werden, ist unwahrscheinlich. Zumindest bis zu den angesetzten Neuwahlen 2012 ist von Präsident Nicolas Sarkozy nicht mehr mit einschneidenden Schritten zu rechnen. Zur Begrenzung des Haushaltsdefizits und zum Schuldenabbau würden ohnehin nur Kürzungen als Gegenmaßnahme übrigbleiben, da laut IWF die französischen Steuersätze bereits jetzt die höchsten in Europa sind.

> Deutschland müsste 1,7 Billionen Euro zahlen

Sollte Frankreich, wie vom IWF befürchtet, tatsächlich seine erstklassige Kreditwürdigkeit verlieren, könnten die Folgen vor allem für Deutschland in Bezug auf den Euro-Rettungsschirm EFSF schwerwiegend sein. Während in Paris und Berlin noch Zuversicht verbreitet wird, dass man mit den Beschlüssen des Euro-Sondergipfels vom 21. Juli die Lage in der Währungsunion stabilisiert habe, wurden in der Finanzbranche bereits mögliche Folgen der Vereinbarungen berechnet: Jacques Cailloux von der Royal Bank of Scotland kommt beispielsweise auf eine Summe von zwei Billionen Euro, die der Euro-Rettungsfonds aufbieten müsste, wenn tatsächlich vorbeugend ein Absturz Italiens und Spaniens an den Märkten verhindert werden soll. Nach Ansicht der Citigroup würde bereits die vollständige Inanspruchnahme eines auf eine Billion Euro aufgestockten Rettungs-Fonds für Frankreich zur Folge haben, dass es sein „Triple-A" Rating verliert. Mit den möglichen Auswirkungen eines schlechteren Ratings von Frankreich haben sich die Analysten von „Bernstein-Research" befasst. Nach ihren Berechnungen würde die deutsche Beteiligung auf 791 Milliarden Euro ansteigen, sollten Italien und Spanien unter den Rettungsschirm schlüpfen.

Und sollte in einem Extrem-Szenario gleichzeitig noch Frankreich sein „AAA"-Rating verlieren, wären die Auswirkungen noch gravierender. Aufgrund der Konstruktion des Rettungsfonds würden auf Deutschland in diesem Fall Zahlungen und Bürgschaften von 1,7 Billionen Euro zukommen.

Norman Hanert

KURZ NOTIERT

Zypern gerät in die Krise: Nach dem Rücktritt der Regierung und einer Rating-Herabstufung durch die Agentur Moody's wird das Land Zypern zunehmend als weiterer Kandidat für den Euro-Rettungsschirm gehandelt. Begründet wird die Bonitäts-Herabstufung auf die Note „Baa1" außer mit der engen Verflechtung der zyprischen Finanzbranche mit dem griechischen Bankensektor auch mit einer anhaltenden Energieknappheit. Die ohnehin angespannte Wirtschaftslage der Insel wird durch die Folgen einer verheerenden Explosion auf einem Marinestützpunkt des Landes verschärft. Bei dem Unglücksfall am 11. Juli wurde das größte Kraftwerk des Landes so schwer beschädigt, dass es seitdem in großen Teilen des Landes zu Stromausfällen kommt. *N.H.*

Griechisches Defizit steigt weiter: Nach Angaben des griechischen Finanzministeriums sind die Steuereinnahmen im ersten Halbjahr 2011 im Vergleich zum vorangegangenem Halbjahr um 8,3 Prozent zurückgegangen. Die Ausgaben stiegen im selben Zeitraum um 8,8 Prozent an. Im Vergleich zum ersten Halbjahr 2010 war beim Gesamtdefizit ein Zuwachs von 27,5 Prozent zu verzeichnen. Die griechischen Haushaltsplanungen wurden damit deutlich verfehlt. *N.H.*

Einbußen durch Währungsschwankungen: Die Folgen von Währungsschwankungen haben die Erträge deutscher Konzerne im zweiten Quartal 2011 branchenübergreifend negativ beeinflusst. Fallen Umsatz und Kosten in US-Dollar an, beeinflussen Wechselkursschwankungen die Umrechnung der Erträge der deutschen Unternehmen. Beispielsweise lag der Gewinn bei Daimler in diesem Zeitraum bei nur noch knapp 2,6 Milliarden Euro. Damit schlugen die negativen Währungseffekte hier mit 209 Millionen Euro zu Buche. Auch Porsche und BMW haben unter der schwachen US-Währung zu leiden. Um den Währungseinfluss zu dämpfen, bauen alle großen Autohersteller ihre Produktion in den USA aus. *J.H.*

Gläserne Konsumenten

Italien kontrolliert zur Vermögensschätzung die Ausgaben seiner Bürger

Je enger es für die Regierungen in der Schuldenkrise wird, umso hemmungsloser werden sie, wenn es darum geht, an das letzte Geld ihrer Bürger zu kommen. Mit der Mentalität von Raubstaaten versuchen sie, dazu mit allen Mitteln an Informationen über deren Einkommen und Vermögen zu gelangen. Während die Bundesregierung ein Gesetz zur Finanzkontrolle auf den Weg bringt und in der Schweiz das stets sakrosankte Bankgeheimnis praktisch zur Disposition gestellt wird (siehe *PAZ* Folgen 29 und 30), sind in Italien die Steuereintreiber nun den Verbrauchern auf den Fersen. Seit kurzem müssen Anbieter von Waren und Dienstleistungen die Daten von Kunden, die mehr als 3600 Euro ausgeben, dem Fiskus melden. Dies gilt für alle Geschäfte, für die keine Rechnung, sondern nur ein Kassenbeleg ausgestellt wird. Unternehmen, die Rechnungen ausstellen, müssen Transaktionen bereits ab 3000 Euro melden. Diese Regelung gilt nicht für Geschäfte, die unbar abgewickelt werden, weil in diesem Fall die Geldinstitute aufzeichnungs- und meldepflichtig sind.

Die neue „Ausgabenkontrolle", eine ausgeklügelte Form der vernetzten Informationsgewinnung, dient der Sammlug zusätzlicher Erkenntnisse über die Steuerpflichtigen, um so deren tatsächliches Einkommen zu schätzen. Die Kontrolle ist lückenlos. Alle Lebensbereiche werden durchleuchtet. Nicht nur Einkäufe werden ausgewertet, sondern auch Versicherungsverträge, der Strom- und Gasverbrauch, Mietzahlungen, Wohneigentum, der Besitz von Fahrzeugen und Luxusgütern, eingezahlte Sozialbeiträge, Schulgeld, die Beschäftigung einer Haushaltshilfe oder Pflgekraft und sogar das Freizeit- und Reiseverhalten sowie der Wohnort. Wer in einer teuren Gegend wohnt, ein großes Auto fährt und seine Kinder auf eine Privatschule schickt, gleichzeitig aber nur ein niedriges Einkommen versteuert, bekommt Schwierigkeiten. Anhand der Ausgaben schätzt die Steuerbehörde nach einem automatisierten Verfahren das Jahreseinkommen. Klafft zwischen gechätztem und versteuertem Einkommen eine Differenz von mehr als 20 Prozent, wird der Steuerpflichtige zu einer Stellungnahme aufgefordert. Gelingt es ihm nicht, die vom Fiskus festgestellte Diskrepanz zwischen seinem Lebensstandard und dem versteuerten Einkommen plausibel zu machen, wird eine Steuernachzahlung verlangt.

> Auch deutsche Touristen sind betroffen

Verbraucherschützer raten, Zahlungen möglichst unbar zu leisten, da diese zur Beweiserbringung problemlos nachvollziehbar seien, und alle Einkommens- und Kaufbelege aufzubewahren. Denn wer keine Nachweise über Einkommen und Ausgaben vorlegen kann, ist den Steuerschätzern des Finanzamtes ausgeliefert.

Auch von deutschen Touristen, die in Italien für über 3600 Euro einkaufen oder eine entsprechend hohe Hotelrechnung begleichen, werden Name, Geburtstag und Geburtsort registriert. Einwände dagegen, beispielsweise mit Hinweis auf den Datenschutz, sind nicht möglich. Da zwischen Deutschland und Italien seit 1989 ein Steuerabkommen besteht, das auch den gegenseitigen Informationsaustausch vorsieht, dürfte bald auch der hiesige Fiskus die in Italien erhobenen Daten deutscher Staatsbürger zur Steuereintreibung nutzen.

Jan Heitmann

Ackermanns Doppelschlag

Bankboss verdrängt Widersacher und wird selbst Aufsichtsratschef

Offenbar gilt der Satz: „Was kümmert mich mein Geschwätz von gestern" nicht nur in der Politik: Noch am 10. April sagte der Vorstandschef der Deutschen Bank, Josef Ackermann, in der „Welt am Sonntag": „Ich werde meinen Vertrag nicht verlängern und auch nicht in den Aufsichtsrat der Deutschen Bank wechseln." Doch schon während er diesen Satz sagte, zog er anscheinend bereits hinter den Kulissen die entsprechenden Strippen, um den amtierenden Aufsichtsratschef Clemens Börsig von seinem Sessel zu stoßen.

Schon seit Monaten übertrafen sich die Wirtschaftspublikationen mit Theorien, wer Nachfolger von Ackermann bei der Deutschen Bank werden und was aus ihm würde, obwohl sein Vertrag erst im Mai 2013 ausläuft. Zeitweilig wurde Ex-Bundesbankchef Axel Weber für den Job gehandelt, nachdem er seine Aufgabe bei der Bundesbank vorzeitig aufgekündigt hatte. Doch obwohl Ackermann Weber umwarb, wurde am 1. Juli bekannt, dass Weber nach seinem Kurzengagement an einer US-Universität im kommenden Jahr in den Verwaltungsrat der Schweizer Bank UBS wechselt. Mit Webers indirekter Absage waren die Weichen für die jetzige Personalplanung gestellt.

Seit Tagen wird nun diskutiert, inwieweit es rechtens ist, dass Ackermann gleich vom Vorstand in den Aufsichtsrat wechselt, obwohl das nach dem Aktiengesetz verboten ist, es sei denn 25 Prozent der Aktionäre sind dafür, auf die sogenannte „Abkühlphase" zu verzichten. Ackermanns Nachfolger, der bereits als Kronprinz gehandelte, indischstämmige und in London tätige Investmentbanker Anshu Jain, besitzt zusammen mit seinem Investmentbanking-Team bereits 20 Prozent der Deutschen Bank und seine Sparte trägt seit Jahren mit 80 bis 90 Prozent zu dessen Gewinn bei. Somit dürfte Ackermann leicht die 25 Prozent Zustimmung erhalten.

> Reibungen mit neuer Doppelspitze sind absehbar

Zusammen mit dem Deutschland-Chef der Deutschen Bank, Jürgen Fitschen, soll der risikofreudige Jain nun in einer Doppelspitze ab nächstem Jahr das größte in Deutschland beheimatete Kreditinstitut leiten, überwacht von Ackermann im Aufsichtsrat. Da Ackermann und Jain gleichermaßen als dominant gelten, zweifeln Wirtschaftsexperten, dass das gutgehen wird. Die Deutsche Bank hat die Finanzkrise recht gut überstanden, weil Ackermann trotz hoher Gewinnerwartungen auch stets das Risiko im Blick hatte. Der 48-jährige Jain hingegen gilt als deutlich risikofreudiger, was für Reibung zwischen Ackermann und Jain sorgen könnte. Auch deswegen ist ihm der 62-jährige Fitschen vorerst bis 2015 zur Seite gestellt. Es heißt aber, dass, sollte Jain bis dahin Deutsch gelernt, sich an seinem neuen Arbeitsplatz in Frankfurt eingelebt, in der Bankenwelt breiter vernetzt und als umsichtiger als erwartet erwiesen haben, er danach allein den Posten des Vorstandschefs übernehmen soll. Für den Fall, dass ihm dies nicht gelingt, hat der Aufsichtsrat, wohl auf Drängen Ackermanns, dem ebenfalls 48-jährigen Rainer Neske, derzeit Privatkundenvorstand, die Position Fitschens ab 2015 in Aussicht gestellt. *Bel*

Nur aufgeschoben

Von Jan Bremer

Je näher der mutmaßliche Stichtag rückte, an welchem die USA ohne Erhöhung der Schuldengrenze zahlungsunfähig sein würden, desto mehr verengte sich der Blick der Kommentatoren: So entstand der Eindruck, dass das US-Schuldenproblem mit einer Einigung der streitenden Lager aus der Welt wäre. Doch das ist eine gründliche Fehleinschätzung.

Eine Anhebung der Schuldengrenze von derzeit umgerechnet rund zehn Billionen Euro bedeutet nicht mehr, als dass ein tiefes Schlagloch auf dem Weg ins Desaster aufgefüllt wurde. Damit ist der sofortige Achsbruch vermieden worden. Danach aber wird der Weg in die Katastrophe nur um so rasanter fortgesetzt.

Die wirtschaftlichen Probleme der USA, die dem Schuldenfiasko zugrunde liegen, sind keineswegs gelöst. Sie sind am überbordenden Handelsbilanzdefizit des Landes abzulesen. Die US-Wirtschaft hat außerhalb einiger Vorzeigebranchen weite Teile ihrer Wettbewerbsfähigkeit eingebüßt. Damit sich dies nicht in schwindendem Wohlstand niederschlägt, wird ein gigantischer Schuldenberg aufgetürmt. Diese Politik muss im Graben enden, früher oder später.

Gleiches Recht!

Von Manuel Ruoff

Nach dem nie aufgeklärten Anschlag auf dem Bahnhof Düsseldorf Wehrhahn im Jahre 2000, bei dem auch sechs Juden verletzt wurden, nahm Gerhard Schröder den „Kampf gegen rechts“ auf. Und nun, da mit Anders Breivik ein offenkundig geistig Verwirrter mit rechtsradikalem Gedankengut ein Massaker in Norwegen angerichtet hat, wird auf breiter Front gefordert, gegen den „Rechtspopulismus“ vorzugehen, der bereits gefährlich weit in die Mitte der Gesellschaft vorgedrungen sei.

Andererseits lernen unsere Kinder im Geschichtsunterricht, die Attentate auf Wilhelm I. des Jahres 1878, von denen der eine Täter, Max Hödel, zeitweise der SPD angehört hat, seien von Otto von Bismarck für seine Sozialistengesetze instrumentalisiert worden und der Brandanschlag auf den Reichstag, der allem Anschein nach mit Marinus van der Lubbe von einem geistig Verwirrten mit linksradikalem Gedankengut begangen wurde, sei 1933 von den Nationalsozialisten missbraucht worden, um ihre kommunistischen Gegner zu verfolgen.

Was dem Bundeskanzler recht ist, sollte dem Reichskanzler doch billig sein. Warum heißt es denn eigentlich nicht, Bismarck habe nach den Mordversuchen auf den Monarchen den Kampf gegen links aufgenommen und die Nationalsozialisten seien nach dem Reichstagsbrand gegen den Linkspopulismus vorgegangen, der schon gefährlich weit in die Mitte der Gesellschaft vorgedrungen war?

Man könnte natürlich auch umgekehrt Schröder wie Bismarck eine Instrumentalisierung und den heutigen Meinungsmachern wie den Nationalsozialisten einen Missbrauch vorwerfen – aber wer will das schon?

Am Kern vorbei

Von Hans Heckel

Der Vorstoß der baden-württembergischen Integrationsministerin Bilkay Öney erinnert an die verfahrene Euro-Rettungspolitik: Wenn ihre Therapie gescheitert ist, überdenken Politiker nicht etwa ihr Handeln. Nein, sie verschreiben einfach noch mehr von der selben Medizin.

Die Senkung der Hürden zur Erlangung der deutschen Staatsbürgerschaft würde die Integrationsbereitschaft junger Zuwanderer enorm steigern, versprachen die Verfechter der Reform vom Jahr 2000. Stattdessen sind die Klagen über mangelnde Integration, über Deutschenhass an Schulen und „Parallelgesellschaften“ in deutschen Großstädten eher noch lauter geworden. Neuerdings rühren die Probleme eben zunehmend von abschätzig als „Passdeutsche“ identifizierten Zuwanderern. Was erreicht wurde, ist, dass der Pass als Ausweis der (auch ideellen) Zugehörigkeit zum deutschen Volk seinen Wert eingebüßt hat.

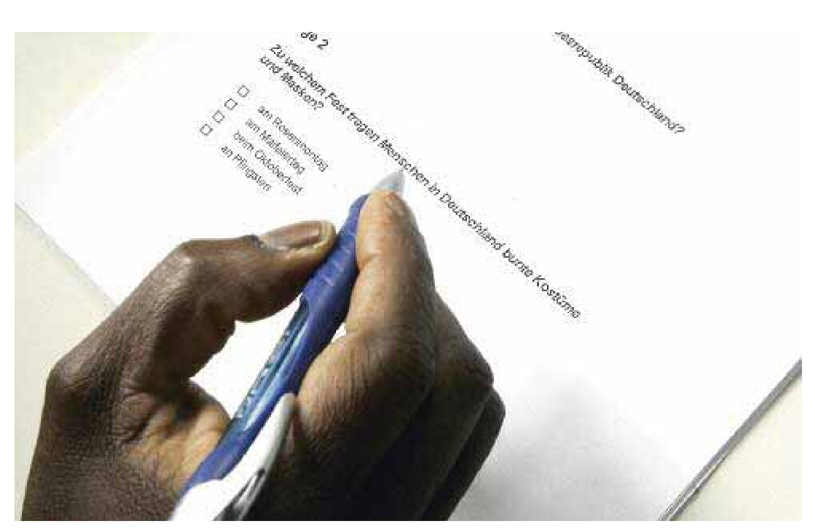
> Staatsbürgerschaft ist mehr als eine Formalie

Dies liegt auch daran, dass die Akteure auf der politischen Ebene sich dagegen wehren, das Problem an seiner eigentlichen Wurzel anzugehen. Geworben wurde für den Erhalt der deutschen Staatsbürgerschaft einzig und allein mit den „praktischen“, soll heißen: materiellen Vorteilen, welche damit verbunden wären. Damit wurden Leute eingeladen, für welche Deutschland nicht mehr bedeutet als ein Instrument zur Erlangung eines persönlichen Profits. Darauf aber kann kein Gemeinwesen bauen, daraus ensteht weder „Integration“ noch ehrlich empfundene Zugehörigkeit, die erst aus dem Fremden einen Heimischen macht.

Fraglich ist jedoch, ob diese Wandlung vom Fremden zum Heimischen überhaupt angestrebt wird von denen, welche die Erlangung des deutschen Passes so einfach wie möglich gestalten wollen. Die politische Linke versteht sich darauf, sich „Randgruppen“ zu angeln und sich ihnen dann als „Anwalt“ anzudienen.

Politische Macht lässt sich daraus indes nur gewinnen, wenn zwei Bedinungen erfüllt sind. Erstens: Die Randgruppe muss den deutschen Pass und das damit verbundene Wahlrecht besitzen. Zweitens: Sie muss „Randgruppe“ bleiben. Ist sie mit der Mitte des Volkes verschmolzen, verliert sie die vermeintlichen Interessen einer „diskriminierten Minderheit“ und fällt als Klient aus.

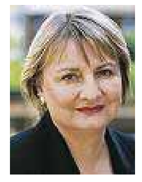
Auch die feindselige Reaktion von links auf den Begriff der „Assimilierung“ stützt den Verdacht, dass es letztlich darum geht, eine große Gruppe im Land in einem Zwischenstadium zwischen „deutsch“ und „ausländisch“ festzunageln. Statt sich allein auf eine Debatte über Pragraphen zu beschränken, wird es Zeit, einmal dieses grundsätzlichen Dinge offen zu diskutieren. Es würde eine spannende, sehr aufschlussreiche Debatte entstehen.



Hürde Einbürgerungstest: Ein Mann aus Ghana füllt den Test-Fragebogen aus

Bild: pa

Gastkommentar



Die Mauer ist tot, was war die Mauer?

Von Vera Lengsfeld

Am 13. August 1961 saß ich neben dem Radioapparat in der Küche meiner Großmutter, als die Meldung von der Schließung der Staatsgrenze in Berlin kam. Nun wurde klar, warum der Familienurlaub an der Ostsee ausgefallen war, weil mein Vater, Offizier der Nationalen Volksarmee, Urlaubssperre bekommen hatte. Ich glaubte als Neunjährige jedes Wort, das die Kommentatoren des DDR-Rundfunks und Fernsehens wiederholten: „Unser Schlag hat gesessen!“ „Militaristen, Imperialisten, Kalte Krieger, Frontstadt-Politiker“ waren endlich „in die Schranken gewiesen“ worden, von unseren „tapferen Soldaten“, die „wie ein präzises Uhrwerk“ ihren „ehrenvollen Kampfauftrag“ erfüllten. Die Grenzen des Landes wurden gesichert, damit „entmenschten Kinderräubern der Weg versperrt“, „Familien vor Spitzeln, Erpressern, Kopfjägern“ geschützt werden könnten. Die Kinderräuber und die Kopfjäger beeindruckten mich am meisten. Schließlich war ich noch ein Kind und wollte meinen Kopf unbedingt behalten. Der Sieg war unser, den Machenschaften des Gegners war ein für alle mal ein kraftvoller Riegel vorgeschoben. Den Ostseeurlaub konnten wir im nächsten Jahr nachholen, bei der Großmutter war es sowieso am schönsten.

Wer sich heute die Nachrichten und Kommentare aus jenen Augusttagen anhört, kann es kaum fassen, wie demagogisch sie sind. Das Vokabular eines Krieges, der latent vorhanden war, nie richtig ausbrach, aber dennoch das Leben bestimmte, besonders das der DDR-Bürger. Am Abend dieses 13. August verkündete der Sprecher der „Aktuellen Kamera“, die DDR hätte von ihrem „Selbstbestimmungsrecht Gebrauch gemacht“ und eine Kontrolle eingeführt, „wie sie an den Grenzen eines jeden souveränen Staates üblich“ seien. Wer in Berlin dabei war oder Westfernsehen sah, wusste, wie groß diese Lüge war. In den nächsten Tagen und Wochen gab es dramatische Fluchtszenen in der ganzen Stadt, besonders da, wo die Grenze mitten durch eine Straße gezogen wurde. Auf der Westseite protestierten aufgebrachte Westberliner. Ihr Bürgermeister Willy Brandt hatte als erster scharf gegen das Zerreißen der Stadt protestiert. Die Maßnahmen bedeuteten nicht nur eine „Art Staatsgrenze“, sondern „dass mitten durch Berlin die Sperrwand eines Konzentrationslagers gezogen“ werde. Der damalige Bundeskanzler Konrad Adenauer reagierte weit zurückhaltender. Erst Tage später, am 21. August, besuchte er die Stadt, ließ die Proteste der Westberliner, die ihn zum Handeln aufforderten, an sich abprallen. Er wusste sich in Übereinstimmung mit dem Amerikanischen Präsidenten John F. Kennedy, der fand, dass die Mauer „keine schöne Lösung, aber tausendmal besser als Krieg“ sei. Der britische Premier McMillen setzte noch eins drauf: „Die Ostdeutschen halten den Flüchtlingsstrom auf und verschanzen sich hinter einem noch dichteren Eisernen Vorhang. Daran ist an sich nichts Gesetzwidriges.“

Die Flüchtlinge hatten allerdings das System fast zum Zusammenbruch gebracht, indem sie mit den Füßen über die Legitimität von Stalins kommunistischem Feldversuch abstimmten. Von Mai 1945 bis zum Mauerbau verließen etwa 3,5 Millionen Menschen die Sowjetische Besatzungszone beziehungsweise die DDR. Dieser Menschenstrom schwoll immer mehr an. In den Augusttagen 1961 flohen täglich 2500 Bürger aus der DDR. Weil sie ihre Bürger nicht halten konnten, dachten die DDR-Machthaber schon seit 1952 über die Abriegelung der Staatsgrenzen, besonders in Berlin, nach. Aber praktisch war die Idee nicht durchführbar, solange der Eisenbahnring um Westberlin nicht fertig gestellt war. Bis dahin war die deutsche Reichsbahn auf die Strecken durch Westberlin angewiesen. Als dieses Hindernis beseitigt war, verdichteten sich die Hinweise auf das Vorhaben, die DDR-Bürger am Verlassen des Landes zu hindern. Sowohl die Alliierten als auch der Bundesnachrichtendienst wussten, was auf die Deutschen zukommen würde. Auch die Presse ahnte etwas. Auf einer „Internationalen Pressekonferenz“ antwortete Staats- und Parteichef Walter Ulbricht im Juni auf die Frage einer Journalistin: „Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu bauen.“ Damit benutzte Ulbricht als erster das Wort Mauer, zwei Monate, bevor sie tatsächlich in Angriff genommen wurde.

> Der Westen hat die Mauer schnell als unabänderlich akzeptiert

Es gab keinen Versuch seitens des Westens, diese Ungeheuerlichkeit zu verhindern. Als sie Realität wurde, blieben seine Proteste moderat. Schließlich wurde die Mauer als unabänderlich akzeptiert, spätestens dann, als es der sowjetischen Propaganda gelang, den Westen davon zu überzeugen, der Friede sei nur durch ein dauerhaft geteiltes Deutschland und Europa zu sichern. Die Last hatten die Menschen im Osten zu tragen. Wer dazu nicht bereit war, versuchte, unter Lebensgefahr zu flüchten. Den ersten Mauertoten, Günter Litfin, gab es am 24. August 1961, den letzten, Chris Gueffroy, am 3.2. 1989. Insgesamt kamen allein in Berlin 192 Menschen zu Tode. Als der junge Maurer Peter Fechter am 17. August 1962 angeschossen wurde und unter den Augen hunderter Westberliner verblutete, weil er auf DDR-Territorium lag und ihm vom Westen aus nicht geholfen werden konnte, wollten wütende Demonstranten die verhasste Grenze stürmen. Die Westberliner Polizei und amerikanische GIs verhinderten das und sicherten den „Antifaschistischen Schutzwall“.

Es war das Volk, das sich nie mit der Mauer abgefunden hat. Wenn es nach Politik und Meinungsmachern gegangen wäre, stünde sie heute noch. Im Osten gingen nach Aufforderung durch die Partei zahlreiche Schauspieler, Schriftsteller und Künstler zu den „Grenzorganen“, um mit ihren Darbietungen die Genossen bei der Erfüllung ihres „Kampfauftrags“ moralisch zu unterstützen. In den folgenden Jahrzehnten konnte man aus diesen Kreisen mit dem größten Verständnis für das Grenzregime rechnen. Übertroffen wurde das höchstens von den westdeutschen Links-Intellektuellen, die in der Teilung Deutschlands eine gerechte Strafe für die nationalsozialistischen Verbrechen sahen und alles für opportun hielten, was die DDR stabilisierte, weil sie sicher sein konnten, diesen Staat nie selbst aushalten zu müssen.

40 Jahre lang war ein Teil der Deutschen eingemauert und lebte mit der Erwartung, dass dies immer so bleiben würde. Die „blutende Wunde“ unseres Volkes war tatsächlich, wie Willy Brandt es 1961 bei seinem dramatischen Appell aus Westberlin an die Völker der Welt befürchtet hatte, „mit Stacheldraht und genagelten Stiefeln“ verschlossen worden. Dass die Grenzanlagen der DDR denen eines KZ glichen, sah man nur von außen. Im Laufe der Jahre hatte sich die Grenze immer weiter von den Menschen entfernt. In Berlin gab es vor der eigentlichen Mauer ab den 70er-Jahren eine zweite, die das Grenzregime den Blicken entzog. In der Republik sorgte ein tief gestaffeltes Sperrgebiet dafür, dass man der Grenze nicht zu nahe kam. Nur vom Westen aus waren die Anlagen mit ihrem Stacheldraht, den Kolonnenwegen, den Laufleinen für Bluthunde, den Selbstschussanlagen, den geharkten Erdstreifen, den Wachtürmen mit den MP-bewaffneten Soldaten gut zu sehen.

Es war eine Schandgrenze. Selbst die Partei ihrer Erbauer ist sich dessen bewusst. Nach dem Mauerfall sorgte die damalige Baustadträtin der PDS vom Prenzlauer Berg dafür, dass die Maueranlage in der Bernauer Straße, die zum Erhalt für eine zukünftige Gedenkstätte vorgesehen war, abgerissen wurde. Sogar der Wachturm verschwand. Was übrig blieb, sieht so harmlos und unecht aus, dass sich Besucher fragen mögen, wieso eine solche Anlage echtes Leid verursachen konnte. Das ist bedenklich, denn nur, wer der Vergangenheit ins Auge sieht, ist für die Zukunft nicht blind.

Gekommen, um zu bleiben

Ehrgeiziger Manager will das Traditionsunternehmen Meissen wieder zur Weltmarke machen

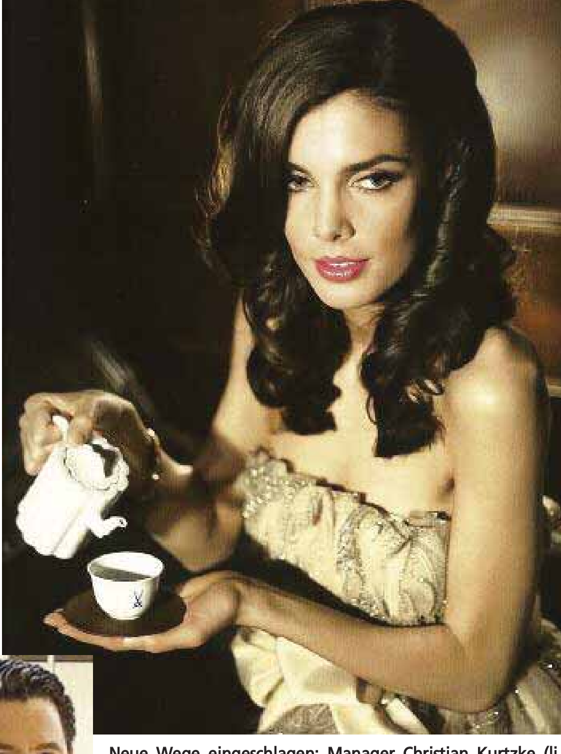
Als Christian Kurtzke die alteingesessene Meissener Porzellanmanufaktur übernahm, deckten die Einnahmen gerade noch die Lohnkosten. Personalentlassungen, ein strikter Sparkurs und ein neues Verkaufskonzept sowie neue Produktlinien brachten den dringend notwendigen Erfolg.

„Sie haben das gleiche Sternzeichen wie mein Hund“, stellt die reiche, ältere Kundin in der Berliner Meissen-Boutique Unter den Linden gegenüber dem Vorsitzenden der Geschäftsführung der Meissen-Porzellan-Manufaktur freudig fest. Für einen Moment sieht man, wie Fassungslosigkeit

Neben Porzellan auch hochwertiger Schmuck und Möbel

sich in dem Gesicht des 48-Jährigen einschleicht, doch schnell hat er sich wieder unter Kontrolle. Charmant lächelt er die Dame, ihren wertvollen Schmuck und dann ihren Mops an und betont, dass es für ihn wohl eine Ehre sei, dass gleiche Sternzeichen wie der Hund zu haben. Ja, Christian Kurtzke hat manche Hindernisse zu überwinden bei seinem Versuch, die berühmte, im Staatsbesitz befindliche Porzellan-Manufaktur Meissen vor dem Ruin zu retten. Alten, reichen Damen und ihren vierbeinigen Lieblingen zu gefallen, gehört da eher zu den einfachen Übungen. In der Sendung „Chefsache“ bei n-tv, in der die Mops-Szene gezeigt wurde, gelang es Kurtzke demzufolge auch, die im vergangenen Jahr 300 Jahre alt gewordene Marke Meissen neu zu präsentieren.

Kurtzke war lange Unternehmensberater bei Boston Consulting. Er kennt sich mit Bilanzen und Wirtschaftsdaten jeglicher Art aus. Als er 2008 bei der Porzellan-Manufaktur einstieg, um diese zu sanieren, musste er feststellen, dass der Glanz des 1710 von August dem Starken als „Königlich-Polnische und Kurfürstlich-Sächsische Porzellan-Manufaktur“ gegründeten Unternehmens Patina angesetzt hatte. Die traditionsreichen Produkte, die Meissen bei seinem Einstieg ausschließlich im Angebot hatte, entsprachen schon seit Jahren nicht mehr dem Geschmack der Zeit, und jene, die handgefertigte Produkte aus Meißen kauften, weil sie sich bewusst für den großen Namen und die ruhmreiche Geschichte entschieden und kaufen wollten, was einst bei Kaisern und Königen auf der Tafel stand, starben aus. Kaiser und Könige gibt es hierzulande schon lange nicht mehr und auch das Großbürgertum, was ihnen nacheiferte, wandelte sich und Meissen verlor seine Kunden. Und da die Firma 2008 bei einem Umsatz von 32 Millionen Euro ganze 28 Millionen Euro Lohnkosten hatte, musste Kurtzke als erstes 180 Mitarbeiter entlassen. Ohne zusätzliches Geld sollte er schließlich das traditionsreiche Unternehmen wieder auf Erfolgskurs bringen, also blieb ihm nur Sparen, um die Kosten zu senken und Geld für die Umsetzung seines neuen Konzeptes zu haben.



Neue Wege eingeschlagen: Manager Christian Kurtzke (li.) entwickelte Vertriebswege und Produkte, die das marode Unternehmen nach vorn brachten Bilder: Meissen-Porzellan-Manufaktur

Mit nun noch 600 Mitarbeitern und von außen hinzugekauften Dienstleistungen von Experten im Bereich Design und Werbung hat Kurtzke schon einiges erreicht: Neue Verkaufsstellen und Vertriebswege, neue Produkte und Produktlinien und vor allem eine neue Präsentation der Marke mit den zwei gekreuzten Schwertern. Die Kataloge sind nicht nur hochwertig und mit vielen Informationen wie jener, dass das berühmte blaue Meißner-Zwiebelmuster gar keine Zwiebel, sondern einen Granatapfel zeigt, versehen, sondern treffen auch den heutigen Geschmack, ohne dass Meissen dabei sich selbst verrät, denn Kurtzke hat aus dem umfangreichen Repertoire von über 200000 Produkten neue gestalten lassen. Es wurde in den Archiven gestöbert und altes Design mit neuem kombiniert. Zudem: Meissen war nie eine reine Porzellan-Manufaktur. So lieferte das Unternehmen bereits zur Weltausstellung 1893 in Chicago Möbel. Auch diese Produktlinie will Kurtzke demnächst wieder mit neuem Leben füllen. Und der kleine, heute Diamant-verzierte Porzellan-Mops aus der neuen Schmuckkollektion soll auch schon 1740 bei Meissen im Programm gewesen sein.

Der hochwertige, kreative Schmuck, die neuen Tafelservice-Serien und die moderne Präsentation alter Kunstwerke sollen neue, vermögende Kunden ansprechen, die es chic finden, wenn hochmodernes Design von Historischem durchbrochen wird. Da Luxuswaren weltweit zweistellige Zuwachsraten erfahren, setzt Meissen darauf, auch etwas von diesem Kuchen abzubekommen. Gerade in Asien erhofft man neue Zielgruppen zu erreichen. Aber nicht nur Kurtzkes Neuausrichtung des Unternehmens sorgte für viel Wirbel: Auch die im vergangenen Herbst stattgefundene Zerstörung alter Warenbestände machte Schlagzeilen. Betriebswirtschaftlich sei es unumgänglich gewesen, so der Chef über diese von vielen als Frevel bezeichnete Aktion, diese steuerwirksamen Vermögensgegenstände, die sich allerdings als unverkäuflich erwiesen hätten, zu zerschlagen, um so Steuern zu sparen.

Trotz aller teils radikalen Veränderungen wirkt es größenwahnsinnig, wenn man hört, dass Kurtzke den Umsatz der Marke in den nächsten Jahren auf 70 Millionen verdoppeln will, aber vielleicht gelingt es dem aalglatt wirkenden Manager ja wirklich, die Marke neu zu beleben. Immerhin schreibt Meissen wieder schwarze Zahlen. Und man muss Kurtzke und seine Art ja nicht mögen, doch es scheint fast so, als sei Meissen ihm ein Herzensanliegen – und gut für sein Ego. „Meissen ist nicht einfach ein Job, ein Projekt für mich“, so Kurtzke in einem Interview. „Das ist was Besonderes, eine Lebensaufgabe. Es gibt keine zweite Marke mit dieser Geschichte, dieser Zukunft. Meine Vision: Ich will den einzigen deutschen Luxus- und Lifestyle-Konzern aufbauen. Und langfristig über die 100-Millionengrenze kommen. Ich bin gekommen, um zu bleiben.“

Rebecca Bellano

MELDUNGEN

Parzinger erhält Orden

Auf der diesjährigen Versammlung des Ordens Pour le mérite für Wissenschaften und Künste wurde Hermann Parzinger, Präsident der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, zum neuen Mitglied gewählt. Der Orden wird gemäß seiner Satzung an Personen verliehen, „die sich durch weite Anerkennung ihrer Verdienste in der Wissenschaft und der Kunst einen ausgezeichneten Namen erworben haben.“ Parzinger leitete zahlreiche Ausgrabungen in Spanien, der Türkei, dem Iran, Russland, Usbekistan, Kasachstan, Tadschikistan und der Mongolei. Die Entdeckun-

Zahlreiche Ausgrabungen geleitet

gen eines skythischen Fürstengrabes mit fast 6000 Goldobjekten 2001 und der Eismumie eines skythenzeitlichen Kriegers im Altai 2006 machte ihn auch über die Fachwelt hinaus bekannt. Seit 2008 ist Hermann Parzinger Präsident der Stiftung Preußischer Kulturbesitz.

Der Ursprung des zunächst ausschließlich an Offiziere vergebenen Ordens Pour le mérite liegt in einer Stiftung Friedrichs des Großen im Jahr 1740 für herausragende militärische und zivile Leistungen. Auf Anraten des Naturforschers und preußischen Staatsrates Alexander von Humboldt gründete Friedrich Wilhelm IV. 1842 eine Friedensklasse des Ordens. Diese sollte eine enge Verbindung und den steten Austausch zwischen den Wissenschaften und den Künsten etablieren. Der Orden nimmt höchstens 40 inländische und gleich viele ausländische Männer und Frauen auf. Zurzeit gehören ihm 40 deutsche und 35 ausländische Mitglieder an. Der runde Halsorden ist aus Gold gefertigt. Er zeigt in der Mitte den preußischen Adler und achtfach die Initialen Friedrichs des Großen.

SPK

In Stein gemeißelte Erinnerung

Der 400 Jahre alte jüdische Friedhof in Hamburg-Altona wurde zum Unesco-Weltkulturerbe erklärt

Es regnet. Leise fallen die Tropfen auf das dichte Laubdach der Bäume und netzen das Moos auf den alten Grabsteinen. Außer dem Gezwitscher der Vögel und dem Summen der Insekten stört kein Geräusch die Ruhe der Toten auf dem jüdischen Friedhof an der Königstraße. Bei diesem trüben Wetter haben sich nur wenige Besucher an dem „guten Ort“ eingefunden. So nannten die aus Portugal stammenden Juden jenes Areal, das sie im Jahre 1611 vom Grafen Ernst III. von Holstein-Schauenburg und Sterneberg erwarben, um hier ihre Toten nach sephardischem Ritus zu bestatten. Am 31. Mai wurde dieser älteste jüdische Friedhof in Nordeuropa, der gleichzeitig als einer der bedeutendsten seiner Art weltweit gilt, 400 Jahre alt. Seit Langem gibt es Bestrebungen, ihn als Unesco-Weltkulturerbe vorzuschlagen. „Das wäre mehr als verdient“, sagt der Mann mit dem grauen Vollbart, der ganz in der Nähe wohnt und gelegentlich hier meditiert. Nein, er ist nicht salomonischen Glaubens, findet aber die Grabsteine mit ihren Gravuren und die in altem Portugiesisch und Hebräisch gehaltenen Inschriften sehr anrührend. Manches kann er als Altphilologe sogar entziffern. Die Grabinschrift des Rabbiners David Cohen de Lara, der um 1600 zu Hamburg geboren wurde, be-ginnt mit den Worten: „Eine Sonne ging auf, um der Welt Licht zu geben.“

Bereits am streng bewachten Eingang – die Pforte öffnet sich nur auf Klingelzeichen – wird der Besucher auf Wunsch von einer jungen Historikerin in Geschichte und Besonderheiten des Friedhofs eingestimmt. Die männlichen Besucher ersucht sie, eine Kippa aus schwarzem Samt aufzusetzen, wie fromme Juden sie tragen. Das gebietet der Respekt vor den Toten. Viele der Grabsteine aus Marmor und Sandstein sind stark verwittert, manche fast gänzlich mit Moos überzogen. Auf dem Gang über das knapp zwei Hektar große Areal fällt das harmonische Ne-beneinander von Grabstätten sephardischer (iberostämmiger) und aschkenasischer (mittel- und osteuropäischer) Juden auf. Während die aschkenasischen Steine in Reih und Glied stehen, mit hebräischen Inschriften bedeckt und oft mit eingravierten Rosen, Löwen und segnenden Händen geschmückt sind, liegen die portugiesischen flach am Boden. Sie zieren Kronen, Hirsche und Totenköpfe. Von besonderem Reiz sind die mit einem floralen Schmuckband verzierten sephardischen Zeltgräber, die an die Zelte der Altvorderen während ihrer Wanderungen durch die Wüste erinnern sollen. Manch ein Besuchern wundert sich, dass jüdische Friedhöfe bar jeglichen Blumenschmucks sind. „Pflanzen sind etwas Lebendiges, und die gehören nach jüdischem Verständnis nicht auf die Stätte eines Toten“, erklärt die Führerin. Es entsprach der Tradition, Steine auf ein Grab zu legen – ein Brauch, der wohl noch aus der Zeit stammt, als die Hebräer ihre Toten in der Wüste bestatteten.



Ein Besucher studiert Inschriften: Jüdische Grabsteine in Altona Bild: Uta Buhr

Besonders interessant ist der Teil des Friedhofs links vom Eingang. Hier befinden sich nicht nur einige bizarr geformte Grabsteine – unter anderem mit verschlungenen Mustern verzierte kleine Säule und ein Bienenkorb mit Gravuren – sondern zahlreiche Grabmäler mit deutschen Inschriften. Eines ist Esther von Halle, geborene Lindnau, gewidmet, die nach jüdischer Zeitrechnung im Jahre 5584 verstarb. Etwas kleiner darunter ist Anno Domino 1824 verzeichnet. An der Stirnseite im hinteren Abschnitt, dort, wo man durch die eisernen Gitterstäbe einen Blick auf den Verkehr einer belebten Straße werfen kann, haben berühmte Hanseaten jüdischen Glaubens ihre letzte Ruhestätte gefunden. Da sind die Mendelssons, die legendären Warburgs, einst ehrfurchtsvoll „Könige von Hamburg“ genannt, und nicht zuletzt Samson Heine, der Vater des Dichters Heinrich Heine, dem seine Familie folgenden Grabspruch widmete: „Nun liege ich und schlafe, erwache einst, denn der Herr erhält mich. Hier ruht Samson Heine aus Hannover, gest. im 64. Jahre seines Alters den 2. Dezember 1828. Ruhe sanft, edle Seele, Vater Heinrich Heine's.“

Die etwa eineinhalbstündige Führung an Sonntagen erfreut sich wachsender Beliebtheit. Während des Rundgangs ersteht jüdisches hanseatisches Leben vor dem geistigen Auge der Besucher. Jüdische Mitbürger haben das wirtschaftliche und geistige Leben der Stadt über Jahrhunderte entscheidend mitgeprägt. Es ist ein Glücksfall, dass der Friedhof die NS-Zeit glimpflich überstanden hat. Die Zerstörung jüdischer Friedhöfe sei von den braunen Machthabern nicht expressis verbis angeordnet worden, erklärt die Historikerin. Allerdings wurde der Teil, auf dem die Gräber der Mitglieder der Hamburger Jüdischen Gemeinde lagen, seinerzeit eingeebnet und zum Fußballplatz für die Hitlerjugend umfunktioniert. Die Wiedereröffnung des Jüdischen Friedhofs vor vier Jahren hat umfangreiche Sanierungsarbeiten nach sich gezogen. Grabsteine werden vermessen, gereinigt und liebevoll restauriert, damit dieses einzigartige „Archiv aus Stein“ auch künftigen Generationen erhalten bleibt.

Uta Buhr

Kontakt: Eduard-Duckesz-Haus und Jüdischer Friedhof Altona, Königstraße 10a, Öffnungszeiten April bis September: Di, Do, 15 bis 18 Uhr, So 14 bis 17 Uhr, Oktober bis März: Di, Do, So 14 bis 17 Uhr. Führungen: Jeden Sonntag um 12 Uhr – außer an jüdischen oder gesetzlichen Feiertagen

Wo Friedrich der Große glücklich war

Die letzten vier Jahre seiner Kronprinzenzeit residierte der spätere König von Preußen im Schloss Rheinsberg

„Das Unglück hat mich immer verfolgt. Ich bin nur in Rheinsberg glücklich gewesen." Vor 275 Jahren bezog der älteste Sohn des „Soldatenkönigs" mit seiner Ehefrau das am Grinericksee gelegene Wasserschloss.

Dass er seine glücklichsten Jahre in Rheinsberg verlebte, will man Preußens berühmtestem König gerne glauben. Sicherlich ist das Leben sozusagen als Reservemonarch in der Regel unbeschwerter denn das eines Regenten. Und die Kindheit Friedrichs unter der Aufsicht des gestrengen Vaters war sicherlich kein Zuckerschlecken. Gleiches gilt für die Festungshaft und die Zeit der Bewährung in Küstrin. Nachdem der verstoßene Sohn wieder in Gnaden aufgenommen war, erhielt der Kurprinz entsprechend der Tradition im Kurfürstentum Brandenburg ein Amt überwiesen. In seinem Falle war es das Amt Ruppin. Dazu erhielt er das Kommando über das dorthin verlegte frühere Regiment zu Fuß von der Goltz. In Neuruppin erhielt er eine Unterkunft, die eines jungen ledigen Regimentskommandeurs würdig war, aber Friedrich wollte als Kur- und Kronprinz, der er auch noch war, Hof halten. Die Möglichkeit dazu gab ihm sein Vater, nachdem er in die Vernunftehe mit Elisabeth Christine von Braunschweig-Wolfenbüttel-Bevern eingewilligt hatte.

Friedrich hatte, indem er die mit dem Kaiserhaus verwandte Prinzessin geheiratet hatte, einem Wunsche seines Vaters entsprochen und es wurde erwartet, dass die beiden nun eine Familie gründeten. Da schien Friedrich Wilhelm I. der Wunsch seines Sohnes nach einem standesgemäßen Familiensitz nicht unstatthaft. Friedrich hatte durch seinen Dienst in Ruppin die Offiziersfamilie von Beville kennengelernt. Diese besaß unweit von Ruppin das Schloss Rheinsberg. Mehr als einmal besuchte Friedrich mit dem ihm befreundeten Baumeister, Maler und Architekten Georg Wenzeslaus von Knobelsdorff das idyllisch inmitten märkischer Seen sowie Kiefern- und Buchenwälder gelegene Landschlösschen. Es gefiel Friedrich. Vor allem hatte es einen Vorteil: „Rheinsberg von Berlin aus zu erreichen ist nicht leicht", um es mit Theodor Fontane zu sagen. Hier sah sich Friedrich der Kontrolle seines Vaters und Königs weitgehend entzogen.

Bestärkt durch Pläne seines Freundes Knobelsdorff, was man aus dem Landsitz alles machen könnte, bat Friedrich seinen Vater um Rheinsberg. Der Vater willigte ein. 1734 wechselte die Herrschaft ihren Besitzer. Zu der Kaufsumme von 75 000 Talern steuerte der König 55 000 bei. Den Rest entnahm Friedrich wohl zu großen Teilen der Mitgift seiner Ehefrau.

Auf Kosten des Kronprinzen ließ der König nun eine Erweiterung des anfänglich vergleichsweise bescheidenen L-förmigen, einstöckigen Baus mit hohem Dach durch den Hofbaumeister Johann Gottfried Kemmeter vornehmen. Kemmeter, der von seinem Auftraggeber zur äußersten Sparsamkeit verpflichtet worden war, setzte dem Bau ein zweites Stockwerk auf, verlängerte den kurzen Ostflügel um 25 Meter und baute ihn zum Haupttrakt aus. Im Sommer 1736 war der Umbau so weit gediehen, dass der Kronprinz und seine Ehefrau ihre neue Residenz am 6. August jenes Jahres beziehen konnten.

Nach seinem Einzug übernahm der neue Hausherr die Regie und ersetzte Kemmeter durch dessen Schüler Knobelsdorff. Knobelsdorff baute nun, teilweise nach Plänen Kemmeters, weiter. Entsprechend dem Ideal der Symmetrie baute er an das Nordende des Ostflügels einen zum Südflügel analogen Nordflügel, in dem vor allem Staats- und Repräsentationsräume untergebracht waren. Analog zum alten Südflügel erhielt auch der neue Nordflügel an seinem Westende einen mehrstökkigen Rundturm. Diese beiden Türme, von denen Fontane meinte, dass sie „mehr eine Eigentümlichkeit als eine Schönheit bilden", geben Rheinsberg seinen besonderen und unverwechselbaren Charakter. Durch diese drei Flügel entstand ein ursprünglich zum Grinericksee hin offener Ehrenhof, der durch eine Kolonadenverbindung zwischen den beiden Türmen im Osten abgeschlossen wurde. Eine an der Ostseite des Haupttraktes angebrachte Inschriftenkartusche gibt 1739 als das Jahr der Vollendung des Außenbaus an.

Im Inneren dauerten die Bauarbeiten bis 1740 fort. In jenem Jahr signierte auch Antoine Pesne sein Deckengemälde im Großen Saal. „Solches stellt", um es mit Friedrich zu sagen, „den Aufgang der Sonne dar. Auf der einen Seite erblickt man die Nacht, verhüllt in ihrem Schleier, umringt von ihren traurigen Vögeln ... Sie selbst scheint sich zu entfernen und der Morgenröte Platz zu machen." Bereits die Zeitgenossen interpretierten das Kunstwerk als Allegorie: „Der junge Leuchteprinz vertreibt den König Griesegram." Im Jahr der Fertigstellung von Gemälde und Schloss war es soweit. Die Zeit in der Reserve war beendet, der Dienst auf dem Thron begann. Friedrich zog als König von Rheinsberg nach Berlin-Potsdam um und kehrte nie mehr für längere Zeit in sein geliebtes Refugium zurück.

„Gewidmet Friedrich, der die Muße pflegt", lesen wir über der Zahl 1739 auf der Scheitelkartusche des Rheinsberger Schlossportals. Das stimmt nicht ganz, denn Friedrich gab sich in seinen letzten Kronprinzenjahren nicht dem Müßiggang hin. Vielmehr versuchte er in Rheinsberg, all das vor allem an Bildung nachzuholen, wozu ihn sein Vater in seiner Kindheit nicht hatte kommen lassen. Das führte soweit, dass Friedrich sich sogar das Schlafen abzugewöhnen versuchte, um die ihm verbliebenen Kronprinzenjahre intensiver nutzen zu können. Es waren also keine Jahre der Muße. Aber es waren wohl die einzigen selbstbestimmten seines Lebens. Und von daher kann man verstehen, dass sie dem ersten Diener seines Staates als die glücklichsten erschienen.

Manuel Ruoff



Schloss Rheinsberg: Darstellung aus dem 19. Jahrhundert von der Seeseite mit den beiden charakteristischen Rundtürmen Bild: Archiv

Eidgenossen im Dienste des Reiches

Warum Schweizer im Zweiten Weltkrieg auf deutscher Seite kämpften und wie es ihnen anschließend erging

Während des Zweiten Weltkrieges dienten mehrere hunderttausend ausländische Freiwillige in den Streitkräften und paramilitärischen Organisationen des Dritten Reiches. Ab Beginn des Russlandfeldzuges taten sie dieses vornehmlich in den Reihen der Waffen-SS. Mit dabei waren auch etwa 900 Schweizer: Nationalsozialisten, Antikommunisten, Arbeitslose, Problemflüchtlinge und Abenteurer. Dabei handelte es sich allerdings nur um den kleineren Teil der Schweizer Kriegsteilnehmer.

Während die Zahl der Schweizer Freiwilligen in der Waffen-SS aufgrund im SS-Hauptamt (SSHA) erstellter und um die Jahreswende 1944/45 durch Verrat in den Besitz der Schweizer Behörden gelangter Namenslisten ziemlich genau feststeht, ist diejenige der Auslandschweizer Kriegsteilnehmer, häufig regulär eingezogener Doppelbürger, nur ansatzweise bekannt. Sie beläuft sich auf mindestens 1100 Personen. Darunter befinden sich auch einige Frauen, die als Wehrmachts- und SS-Helferinnen, Dolmetscherinnen oder DRK-Schwestern Dienst leisteten.

Die sich oft überlagernden Beweggründe der Schweizer Freiwilligen waren mannigfach. Der nach reiflicher Selbstprüfung gefasste Entschluss, sich als Soldat Hitler anzuschliessen, stand jedoch bei Weitem nicht im Vordergrund. So hatte etwa jeder fünfte spätere SS-Freiwillige die Schweiz lediglich auf Arbeitsuche verlassen und sich erst in der Auffangstelle „Panoramaheim" Stuttgart zum Waffendienst überreden lassen. Und den nicht wenigen, vielfach minderjährigen Problemflüchtlingen hatte sich einfach ein willkommenes Schlupfloch aufgetan. Oder wie es der im April 1942 zu Hause ausgerissene SS-Schütze Hans Rudolf D., Jahrgang 1924, aus Winterthur im Kanton Zürich später vor dem Militärgericht ausdrückte: „Damals bot die Auswanderung nach Deutschland die einzige Möglichkeit, gewissermassen in eine neue Umgebung zu kommen." Bis dahin war einfach das Dépôt

Mindestens 2000 Schweizer kämpften für das Reich

der Légion Etrangère (Fremdenlegion) im Marseiller Bas-Fort St. Nicolas angesteuert worden – so wie wieder nach dem Zweiten Weltkrieg. Vom wirtschaftlichen Aufschwung des Dritten Reiches, von den meisterhaft inszenierten Nürnberger Parteitagen, den glanzvollen Paraden der Wehrmacht und deren Blitzsiegen der Jahre 1939/40 geblendet waren aber die meisten Bewerber. Mit Haut und Haar dem Nationalsozialismus verschrieben hatten sich indes nur die Aktivisten der sogenannten frontistischen, eine politische und soziale Reform der Schweiz anstrebenden „Erneuerungsbewegungen".

In aller Regel hatten die Freiwilligen das Land auf illegalem Weg über die sogenannte grüne Grenze verlassen. 42 Prozent der Schweizer standen beim Eintritt in deutsche Kriegsdienste im jugendlichen Alter von 16 bis 20 Jahren. Rund 87 Prozent dienten in der Waffen-SS. Der Rest verteilte sich im Wesentlichen auf die Organisation Todt, den Reichsarbeitsdienst und das Nationalsozialistische Kraftfahrkorps. Dienstleistungen in der Wehrmacht ergaben sich nur selten, da diese mit dem Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit verbunden waren. Von den Auslandschweizern andererseits hat nur etwa die Hälfte der Waffen-SS angehört. Beim Heer waren es 31 Prozent, bei der Luftwaffe und Kriegsmarine je etwa sieben.

Bis zum Frühjahr 1942 waren die Schweizer größtenteils der SS-Division „Das Reich", zuletzt als 2. SS-Panzer-Division „Das Reich" bekannt, zugeteilt worden. Danach finden wir diese zumeist bei der an der finnisch-sowjetischen Front eingesetzten und 1945 in der Pfalz im Feuer der Amerikaner untergegangenen 6. SS-Gebirgs-Division „Nord". Über die Verluste liegen keine abschließenden Zahlen vor. Am 1. September 1944 hatte die Dienststelle DI/3h SSHA 91 gefallene und vermisste Schweizer und Liechtensteiner registriert. Bekannt ist auch, dass etliche in sowjetische Gefangenschaft geratene Kriegsfreiwillige bereits Ende 1945, zusammen mit aus Ostdeutschland in die UdSSR verschleppten Auslandschweizer Zivilpersonen, im Austausch gegen russische Internierte repatriiert wurden.

Gemäss Artikel 94 des Militärstrafgesetzes von 1927 ist allen Schweizer Bürgern, die Frauen stillschweigend eingeschlossen, der „Eintritt in fremden Militärdienst" untersagt. Vom Verbot ausgenommen ist lediglich die 1506 gegründete Päpstliche Schweizergarde. Diese gilt zwar als militärisches Korps, versieht aber ausschliesslich Wach-, Schutz- und Repräsentationsdienst. Straflos bleiben auch die Auslandschweizer mit doppelter Staatsbürgerschaft.

Entgegen anders lautender Behauptungen waren in den Jahren 1939 bis 1945 auch die Dienstleistungen auf alliierter Seite gerichtlich verfolgt worden. Dass es hier im Anschluss an die üblichen sogenannten Kontumazialurteile jedoch nur selten zu ordentlichen Verfahren kam, lag allein darin begründet, dass es sich fast ausschliesslich um Auslandschweizer handelte, die nach dem Krieg in ihr Gastland zurückkehrten und damit der Militärjustiz entzogen blieben.

Den Schweizern drohten harte Strafen in der Heimat

Bei den während und nach dem Krieg geführten Prozessen ist zu unterscheiden zwischen der Masse der ausschliesslich fremden Militärdienst betreffenden Verfahren und solchen, in denen auch politische oder nachrichtendienstliche Delikte zu beurteilen waren. Wobei sich gerade die Militärrichter um größte Sachlichkeit bemühten. Bei der Strafzumessung fand der zivile und militärische Leumund ebenso Berücksichtigung wie die Motive, die zum Eintritt in deutsche Kriegsdienste geführt hatten. Der Fremddienst eines unbescholtenen Minderjährigen oder Arbeitslosen wurde folglich nachsichtiger beurteilt als derjenige eines aktiven Wehrmanns oder zivil vorbestraften Ausreißers.

In ihrer Gesamtheit fielen die Urteile aber recht hart aus, da der Eintritt in fremden Militärdienst in Zeiten äußerer Bedrohung schwerer gewichtet wird als in Friedenszeiten. So lag das Strafmaß in etwa sechs von zehn Fällen zwischen einem und zwei Jahren Gefängnis. Für einen 27-jährigen Obersturmführer (Oberleutnant) aus Zürich endete der spektakuläre politische Prozess des Bundesstrafgerichts gegen Mitarbeiter des SSHA am 20. Dezember 1947 sogar mit der in Abwesenheit des Angeklagten ausgesprochenen Höchststrafe von 18 Jahren Zuchthaus. Offiziere wurden generell degradiert und aus der Armee ausgeschlossen. Junge ehemalige Kriegsfreiwillige, die in der Schweizer Armee noch keinen Dienst geleistet hatten, absolvierten später den üblichen Militärdienst und avancierten zuweilen sogar zu Unteroffizieren. Ausgesprochen milde Richter fanden die heimgekehrten Auslandschweizer. Die Urteile beliefen sich hier generell auf einige Wochen oder Monate Gefängnis zur Bewährung.

Vincenz Oertle

Der Verfasser dieses Artikels ist Autor des Buches „‚Sollte ich aus Russland nicht zurückkehren ...' Schweizer Freiwillige an deutscher Seite 1939–1945. Eine Quellensuche", Egg im Kanton Schwyz 1997.

Eldorado für Entdecker

Das Schloss Gusow mit seinem Museum der Brandenburg-preußischen Geschichte

Preußens Innenpolitik setzte auf einen starken Landadel, der seine Herrenhäuser oftmals in architektonische Kostbarkeiten verwandelte. Mit der „Wende" begann deren Renaissance sowie die Suche nach neuen Besitzern und neuen Nutzungen. Zu den Schlössern, bei denen die Suche erfolgreich verlief, zählt Gusow. Seit 1992 gehört das Objekt einem Berliner Architekten, der sich in das Abenteuer Schlossbesitzer stürzte und dabei für eine ganz persönliche Note sorgt.

In einer wohl einmaligen Mixtur führt das „Museum der Brandenburg-preußischen Geschichte" im Erdgeschoss von der Urzeit bis zur „Wende". Dazwischen, im wahrsten Sinne des Wortes, verfolgen Zinnfiguren-Dioramen Preußens Geschichte bis zu Albrecht dem Bären, ab 1157 erster Markgraf von Brandenburg, zurück. Die Sammelleidenschaft des Hausherrn treibt dabei, so scheint es, kuriose Blüten. „Im Zusammenwirken mit den Zinnfirgurendioramen sind für jede Darstellung Originalexponate ausgestellt. Damit ist das Museum das einzige, welches die gesamte Brandenburgisch-preußische Geschichte auf diese Art darstellt", ist auf einem Faltblatt zu lesen. Dadurch erhält das Sammelsurium, das sich zwischen Dingen des alltäglichen Lebens, Möbeln und Historie bewegt und dabei kaum ein Sammlungsgebiet auszulassen scheint, aus Ausstellersicht seinen Sinn. Der Besucher allerdings weiß gar nicht, wohin überall er seine Blikke lenken soll. Das Prädikat „einzigartig" kann sich das Museum in jedem Fall auf die Fahnen schreiben: ein Dorado für Neugierige und Entdecker!

Preußens Gloria begann auf Gusow mit Generalfeldmarschall Georg Freiherr von Derfflinger, der nach dem Ende des Dreißigjährigen Krieges die Tochter des Hauses heiratete und das Schloss kaufte. An den damaligen Hausherrn, der mit seinem Sieg 1675 in Fehrbellin Preußens Herrscher zum Großen Kurfürsten machte, erinnert ein ganzer Raum im Inneren des Hauses, genauso wie das üppige Epitaph in der kleinen wiedererrichteten Dorfkirche.

Auf Gusow erfährt man, dass Derfflinger durch Heirat, Schenkung und Kauf bis zu seinem Tod erheblichen Besitz erworben hatte, neben den märkischen Gütern Gusow, Platkow, Wulkow und Hermersdorf unter anderem auch Land jenseits der Oder und in Ostpreußen. Und weiter, dass er als rechte Hand des Kurfürsten Kommandeur aller Festungen, Kriegsrat und Diplomat war sowie Großes beim Aufbau der brandenburgischen Armee leistete, die in seiner Zeit ihr erstes stehendes Heer erhielt. Auch wird Derfflinger die Erfindung des geschlitzten Reitermantels zugeschrieben und damit die des Fracks.

Um Derfflinger, der wohl ein echter Haudegen gewesen war, ranken sich so manche Geschichten. Nicht zuletzt erzählt man sich, dass zu DDR-Zeiten seine Gebeine an einem Baum aufgehängt worden seien und die Kinder mit seinem Schädel Fußball gespielt hätten. Möglich ist es schon. Derfflinger war in Gusow verstorben und hatte in der Familiengruft in der von ihm ausgebauten Dorfkirche seine letzte Ruhe gefunden. Heute blickt man bei dem Grab nur noch in ein leeres Loch.



Heimat zahlreicher Zinnfiguren: Schloss Gusow am Rande des Oderbruchs Bild: Helga Schnehagen

„In Gusow, einem der alten Wendendörfer, erinnert alles an den alten Derfflinger", beschrieb bereits Theodor Fontane das kleine Dorf am Rand des Oderbruchs und der Seelower Höhen. Und in seinen „Wanderungen durch die Mark Brandenburg" widmet er dem Schloss und dessen früheren Besitzern sogar ein eigenes Kapitel. Den von ihm erwähnten „Tanzenden Faun" kann man sogar wieder im Museum betrachten, so man ihn findet. Der Ort ist heute noch stolz auf den Dichter und ehrt ihn mit einer Stele unweit des Schlosses. Spielen doch bereits Teile seines ersten Romans „Vor dem Sturm" auf Schloss Gusow.

Äußerlich hat Schloss Gusow Derfflingers Zeit weit hinter sich gelassen. Seit seinem letzten Umbau um 1870 besticht es als malerische Dreiflügelanlage im englischen Burgen- und Landhausstil. Aus der offenen Tür wehen sanfte Pianoklänge in den Innenhof. Jeden dritten Sonntag von Mai bis Oktober verwöhnt Manfred Lindenberg zwischen 14 und 17 Uhr die Besucher mit Kaffeehausmusik. Im weißen Dinnerjacket sitzt er an dem schwarzen Flügel im Gartensaal und lässt populär gebliebene Schlager erklingen. Davor biegt sich das Kuchenbüffet unter selbstgebackenen Köstlichkeiten. Serviert wird bei schönem Wetter auf der Terrasse, die einen Blick in den Park erlaubt, wo schon König Friedrich I. 1710 gejagt hat. Ein Geweih gleichen Datums im Schloss Wusterhausen soll dies bezeugen.

Genauso bunt und üppig wie die Exponate, welche die zehn Säle des Museums füllen, ist das Nutzungsangebot, mit dem Schloss Gusow um Besucher wirbt. Da findet man etwa Wochenendveranstaltungen mit Vorträgen und Rundfahrten zum Thema Preußen, Schlösser und Schriftsteller im Oderland sowie Gärten und Parks, kann sich mit Kunst, Literatur und kulinarischen Genüssen die Zeit vertreiben, „leibhaftige" Soldaten in alten Uniformen betrachten und selber an einem historischen Ball teilnehmen, Schlosskonzerte genießen und selbstverständlich im Schlosshotel übernachten, feiern und sich trauen lassen.

Das Abenteuer Schloss Gusow setzt sich munter fort. Schließlich kann es auf bald 600 Jahre abwechslungsreiche Geschichte zurückblicken. 1336 wurde erstmals ein „Festes Haus" am heutigen Standort erwähnt. 1648 erwarb Derfflinger die Besitzung und ließ ein Herrenhaus errichten, von dessen Aussehen es jedoch keine Überlieferungen gibt. Knapp 80 Jahre später gelangte es 1724 an Heinrich Karl von der Marwitz und wurde unter seinen Nachkommen zu einer der schönsten Barockanlagen Brandenburgs; später ließen andere es klassizistisch und dann neugotisch überformen. In der Zeit von 1943 bis 1992 schließlich hat das Schloss mehr als 30 verschiedene Nutzungen über sich ergehen lassen müssen. Man kann davon ausgehen, dass den Betreibern auch in Zukunft die Ideen nicht ausgehen und Gusow alle ihm gestellten Aufgaben weiterhin treu erfüllen wird. *Helga Schnehagen*

Festschrift für Bernhart Jähnig

Die Copernicus-Vereinigung für Geschichte und Landeskunde Westpreußens bietet bis zum 14. August eine Aufsatzsammlung zum 70. Geburtstag Bernhart Jähnigs zum Subskriptionspreis von 35 Euro einschließlich Versandkosten an. Die von Hans-Jürgen und Barbara Kämpfert herausgegebene Festschrift trägt den Titel „Vorträge und Forschungen zur Geschichte des Preußenlandes und des Deutschen Ordens im Mittelalter". Sie umfasst etwa 500 Seiten mit 36 Abbildungen und wird später im Laden rund zehn Euro teurer sein. Nähere Informationen erteilt die Copernicus-Vereinigung für Geschichte und Landeskunde Westpreußens, Mühlendamm 1, 48167 Münster, Telefon (02506) 305750, Fax (02506) 305761, E-Mail: Landsmannschaft-Westpreussen@t-online.de.

Bernhart Jähnig, der langjährige frühere Vorsitzende sowohl der Copernicus-Vereinigung für Geschichte und Landeskunde Westpreußens als auch der Historischen Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung, vollendet am 7. Oktober sein 70. Lebensjahr. Bereits vor fünf Jahren endete seine jahrzehntelange Betreuung der Bestände des Historischen Staatsarchivs Königsberg im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz in Berlin, während seine Lehrtätigkeit an der Freien Universität Berlin noch andauert.

Subskription bis 14. August

Angesichts dieser Verdienste Jähnigs beschlossen die Vereinigung und die Kommission, aus Anlass seines runden Geburtstages eine Auswahl von 20 bisher in Aufsatzform veröffentlichten Arbeiten aus vier Jahrzehnten, ein wenig aktualisiert, in Buchform erneut vorzulegen. Bernhart Jähnigs wissenschaftliche Arbeiten beschäftigen sich schwerpunktmäßig mit der mittelalterlichen Geschichte des Preußenlandes (Ost- und Westpreußen) und des Deutschen Ordens. Bearbeitet wurden Themen der politischen, der ordensinternen und der Bevölkerungsgeschichte, auch Livland ist nicht zu kurz gekommen. *PAZ*

Bis zur Schlössernacht soll sie wieder offen sein

Die zum Parterre im Park Sanssouci führende Tritonenbrücke aus der Regierungszeit Friedrich Wilhelm III. wird restauriert

Zur diesjährigen Schlössernacht am 20. August soll die sogenannte Tritonenbrücke wieder als ein Hauptzugang zum Parterre im Park Sanssouci geöffnet sein. Bereits seit Beginn dieses Jahres wird die nach ihren Geländermotiven benannte Brücke, die als südlicher Zugang zum Französischen Rondell und den Weinbergterassen den Parkgraben überquert, von der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg (SPSG) restauriert.

Aufgrund starker Schäden, welche die Dauerhaftigkeit des Bauwerks in Frage stellten, war eine Grundinstandsetzung beziehungsweise eine Teilerneuerung der Brücke unumgänglich. Dank der Förderung der Maßnahme im Rahmen des Investitionsprogramms nationale Unesco-Welterbestätten 2010 bis 2014 durch das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Stadtentwicklung über die Landeshauptstadt Potsdam konnte die SPSG mit den Bauarbeiten beginnen. Die Baukosten belaufen sich auf rund 565000 Euro.

Die 1835 aus Eisengusselementen montierte Brücke war der erste dauerhafte Übergang an dieser zentralen Stelle im Park. Der Bauherr von Sanssouci, König Friedrich der Große, und sein Nachfolger, König Friedrich Wilhelm II., hatten vorher nur provisorische Holzkonstruktionen herstellen lassen.

Erst als vom Landschaftsarchitekten Peter Joseph Lenné die ursprünglich am Parkgraben endende Gartenanlage nach Süden erweitert wurde, gab der Großneffe Friedrichs des Großen, Friedrich Wilhelm III., seinem Architekten Ludwig Persius den Auftrag, eine solide Eisenbrücke zu entwerfen. Aus Kostengründen wurden die Brückenteile damals nicht in Berlin, sondern in einer schlesischen Hütte gegossen.

Seit Beginn der Arbeiten im Januar 2011 unternimmt die SPSG nach 176 Jahren nun erstmalig eine grundhafte Instandsetzung. Nach ihrer Demontage erhalten die zum größten Teil noch aus der Bauzeit stammenden gusseisernen Brückenelemente eine umfassende Konservierung. Schadhafte oder nicht mehr tragfähige Bauteile werden neu gegossen. Nach Ertüchtigung der Gründung und Reparatur der Widerlager erfolgt die Montage der restaurierten Gussteile. Abschließend erhält die Brücke ihren ursprünglichen Kiesbelag und den Farbton aus der Bauzeit zurück.



Tritonenbrücke: Neuer Anstrich für das Gusseisen Bild: Archiv

Mit der kompletten Demontage und Zerlegung der gusseisernen Brükke in alle Einzelteile konnte erst das volle Ausmaß der Schäden erfasst werden, so dass die Maßnahmen zur Sanierung bei einzelnen Bauteilen konkretisiert werden konnten. Entgegen der ursprünglichen Annahmen mussten an der Gründung – Balkenrost mit Pfahlgründung – nur geringfügige Reparaturen ausgeführt werden. Zehn der insgesamt zwölf vorhandenen Stützengrundkörper mussten neu gegossen werden. Die Stützenfüße und Blendrahmenelemente der Stützen konnten wiederverwendet werden. Es genügte eine Freilegung der einbetonierten Stützen an den Widerlagern und die Entfernung von starken Muschelverkrustungen. Die Querträger (Trapezgurte) waren zwar stark geschädigt, konnten nach Reparaturschweißungen von Rissen und Bruchstellen allerdings ebenfalls wiederverwendet werden. Des weiteren wurde eine Stützkonstruktion zur Übernahme der Lasteintragung aus den Längsträgern eingebaut. Der Altanstrich wurde entfernt und im wasserberührten Bereich wurde ein modernes Korrosionschutzsystem aufgebaut. Wo irgend möglich, wurden auch die noch vorhandenen bauzeitlichen Verbindungsmittel wie Schrauben und Muttern wiederverwendet. Die Brückenwiderlager wurden repariert und es erfolgte eine Anpassung der Anschlüsse für den Wegebau nach historischem Vorbild als durchlaufende wassergebundene Wegedecke. Mittlerweile ist die Brücke wieder vollständig montiert. In der 29. Kalenderwoche wurde schließlich mit der noch ausstehenden Montage der Brückengeländer begonnen.

Zurzeit sind folgende Arbeiten in der Ausführung: Nach historischem Vorbild wird auf alle sichtbaren Oberflächen der Brückenkonstruktion eine Bronze imitierende grüne Lasur aufgebracht. Die Brückenwiderlager werden zum Aufbringen der wassergebundenen Wegedecke überarbeitet. Ebenso findet eine Überarbeitung der Uferbereiche links und rechts der Brückenwiderlager statt. Der Montage der Brükkengeländer folgt der Wegebau auf der Brücke sowie beidseitig als Anschluss an die vorhandenen Wege. Als weiterführende Maßnahme ist die Wegerneuerung bis zum Ökonomieweg geplant, so dass in diesem Abschnitt der stark geschädigte Asphaltweg ebenfalls durch eine wassergebundene Wegedecke ersetzt wird. *PAZ*

Die Zeit der großen Gesten ist vorbei

20 Jahre deutsch-polnischer Nachbarschaftsvertrag – Fachtagung der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen in Königswinter

Um ein Fazit vorwegzunehmen: Die mit rund 100 Teilnehmern trotz Ferienzeit sehr gut besuchte Veranstaltung am Wochenende des 22. und 23. Juli in Königswinter am Rhein konnte dank eines hochkarätigen Referentenkreises tatsächlich Kontrapunkte setzen zur häufig inhaltsleeren Darstellung der Beziehungen der beiden größten mitteleuropäischen Länder.

Bevor man sich der Bilanzierung von zwei Jahrzehnten Nachbarschaftsvertrag widmete und die auf der Einladung gestellte Frage „Haben sich die Erwartungen erfüllt?“ zu beantworten versuchte, bekamen die Teilnehmer eine Einführung in die juristischen Rahmenbedingungen. Gilbert Gornig, Professor für Öffentliches Recht, Völkerrecht und Europarecht an der Universität Marburg, lieferte eine kenntnisreiche „Rechtswissenschaftliche Betrachtung der aus dem Nachbarschaftsvertrag erwachsenen Regelungen zum Minderheitenrecht und zur Pflege des kulturellen Erbes“.

Gornig verwies auf die Beschwörung völkerrechtlicher Standards in Paragraf 2 des Vertrages vom 17. Juni 1991 und die Ausführungen zum Minderheitenschutz in Paragraf 20 beziehungsweise zum Kulturgüterschutz in Paragraf 28. In aller Deutlichkeit erteilte er der von Warschau geforderten Gleichbehandlung der polnischstämmigen deutschen Staatsbürger als „Minderheit“ mit den heimatverbliebenen Deutschen jenseits von Oder und Neiße eine Absage. Die große Mehrheit der „preußischen Polen“, die an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert ins Ruhrgebiet zugewandert ist, hätte längst keine Verbindung zur polnischen Identität mehr und die völlige Vereinnahmung der oberschlesischen Aussiedler sei ohnehin abwegig.

Nur jene im Bundesgebiet sesshaft gewordenen Angehörigen der nach 1981 in Folge der Verhängung des Kriegsrechts gen Westen geflüchteten Polen sowie die nach 1996 zugezogenen Arbeitsmigranten hätten einen zweifelsfrei polnischen Hintergrund. So leben Gornig zufolge gegenwärtig 419 000 Polen auf deutschem Staatsgebiet, die, seinen aufschlussreichen Erläuterungen zum Minderheitenbegriff folgend, jedoch keinem einzigen objektiven oder subjektiven juristischen Kriterium für die Anerkennung als ethnokulturelle Minderheit genügten.

Darüber hinaus skizzierte Gornig die noch immer ungeklärte Frage der Rückführung kriegsbedingt verlagerter Kulturgüter – sprich: den Streit über „Beutekunst“ wie die in Krakau lagernden Bestände der Preußischen Staatsbibiothek (einschließlich des Originals des „Liedes der Deutschen“ von Fallersleben; die *PAZ* berichtete) – und widerlegte unter Hinweis auf die Rechtslage polnische Sachentschädigungsforderungen für gezielte Zerstörungen seitens des Dritten Reiches. Nicht zuletzt habe der von den USA und Großbritannien nach 1945 ausdrücklich abgelehnte und von Frankreich nur kurzzeitig vertretene Kompensationsgedanke auch keinen Eingang in den deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrag gefunden.

Der an der Universität Bromberg (Bydgoszcz) lehrende polnische Historiker Prof. Albert Kotowski zitierte in seinem „Rückblick auf die deutsch-polnische Nachbarschaft“ den Ministerpräsidenten Donald Tusk, indem er feststellte, dass die „Zeit der großen Gesten“ vorbei sei und nunmehr nationale Interessenpolitik im Vordergrund stehe. Diese werde indes von beiden Seiten nicht überzeugend geleistet und entspreche schon gar nicht dem, was sich Berlin nach der Ablösung der Kaczynski-Regierung erhofft hatte, zumal die vormalige Kritik an den bundesstaatlichen Tendenzen der Europäischen Union nach Ansicht Kotowskis auch unter der Regierung Tusk weitergeführt werden dürfte. In sensiblen Fragen wie der Ostseepipeline oder dem Zentrum gegen Vertreibungen sei „immer noch eine unglaubliche Empfindlichkeit der polnischen Öffentlichkeit“ zu beobachten, was das weitgehende Verstummen entsprechender grenzübergreifender Diskussionen erkläre. So mögen die Beziehungen eingedenk der „staatsmännisch-beruhigenden“ Jubiläumsrede von Präsident Tusk in Berlin am 17. Juni zwar entspannt erscheinen, doch die „Probleme sind geblieben“.

Ähnlich fiel der Tenor des Vortrags von Professor Karol Sauerland aus, einem in der DDR aufgewachsenen Sohn deutsch-jüdischer Emigranten, seines Zeichens Ex-Chefredakteur der polnischen Untergrundzeitschrift „Europa“ und aktuell Leiter der Abteilung für Literaturwissenschaft an der Warschauer Universität. Sauerland spickte seine Reflexionen über „Die derzeitigen deutsch-polnischen Beziehungen im europäischen Kontext“ mit Insiderwissen und anregenden persönlichen Bewertungen, wobei seine äußerst russlandkritische Grundhaltung in der Behauptung gipfelte, dass „das, was Deutschland und Polen teilt“, der „Blick auf den Osten“ sei.

Die hier lebenden Polen genügen keinem juristischen Kriterium, um als Minderheit anerkannt zu werden

Bedauerlicherweise übernehme die von ihm auch deshalb abgelehnte Tusk-Regierung tendenziell die – im peinlichen Hickhack um die Verleihung des Quadriga-Preises an Wladimir Putin deutlich gewordene – „deutsche Vogel-Strauß-Politik“ hinsichtlich der undemokratischen Entwicklungen in der Russischen Föderation. Überhaupt sei die derzeitige Führung in Warschau eine „liberale Regierung im schlechtesten Sinne“, die alles privatisiere und kommerzialisiere.

Die gemeinsame Deutsch-Polnische Erklärung vom 12. Juni dieses Jahres bildete anschließend den Ausgangspunkt für eine kontroverse Debatte über die Zukunft der deutschen Volksgruppe in der Republik Polen. Während die Ministerialrätin Maria Therese Müller in Vertretung von Staatssekretär Dr. Christoph Bergner, dem Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedler- und Minderheitenfragen, in ihrem Grußwort die erfreulichen Aspekte der in Rundtischgesprächen ausgehandelten Erklärung hervorhob – namentlich die festgeschriebene stärkere Förderung von Objekten der deutschen Minderheit (insbesondere des Hauses der deutsch-polnischen Zusammenarbeit in Gleiwitz), die in Aussicht gestellten Hilfen beim Ausbau des muttersprachlichen Unterrichts sowie die Aufarbeitung „undemokratischer Praktiken“ des kommunistischen Polens gegen die deutschen Bürger – markierte der Schlussvortrag des ersten Tagungsabends die Gegenposition. Tobias Körfer, der frisch gewählte Vorsitzende der AGMO e. V., sprach gegen die allgemeine „Jubelberichterstattung“ und den unverbindlichen Charakter der „Absichtserklärungen“ an.

Der mütterlicherseits aus einer oberschlesischen Familie stammende Körfer rückte auf eloquente Weise die Problematik des (Wieder-) Erwerbs des Deutschen als Muttersprache in den Mittelpunkt seiner Analysen zur „Sprach- und Identitätsproblematik der deutschen Volksgruppe in der Republik Polen“ und erntete dafür viel Beifall. Es gab aber auch Kritik, gerade von Kennern der heutigen Verhältnisse, wegen der vorgetragenen „Maximalforderungen“ und eines bisweilen „aggressiven Tons“.

Erscheinen die deutsch-polnischen Beziehungen nun als halb volles oder halb leeres Glas? Sind die mit Blick auf die deutsche Volksgruppe erreichten Fortschritte seit 1989 als mutmachender Erfrischungstrunk zu werten oder als Schierlingsbecher, der – sofern nicht bald radikale Veränderungen einsetzen – den schleichenden kulturellen Tod zur Folge hat? Die Antwort ist schwierig und liegt irgendwo zwischen beiden Polen, zumal die Fakten widersprüchlich sind.

So lässt sich auf polnische Meinungsumfragen hinweisen, wonach im vergangenen Jahr nur noch 14 Prozent der Einwohner eine „Bedrohung des eigenen Landes durch Deutschland“ sahen, während sich 2006 rund 23 Prozent und 1990 immerhin 88 Prozent vor dem westlichen Nachbarn ängstigten. Und es gibt erstaunliche Veränderungen im Kleinen wie das jüngste offizielle Lob des Vizemarschalls der Woiwodschaft Ermland-Masuren für die Zusammenarbeit mit der Landsmannschaft Ostpreußen auf deren Sommerfest in Hohenstein (Olsztynek) Ende Juni 2010. Das Interesse jüngerer polnischer Akademiker an den deutschen Hinterlassenschaften in den historischen Ostgebieten ist groß, das Lehrangebot an den Universitäten beachtlich und die Reaktion auf Gespräche mit ostdeutschen Vertreibungszeitzeugen zum Beispiel in Schulen oft sehr positiv.

Hochkarätige Referenten, engagierte Tagungsteilnehmer: Mitglieder der OLV waren auch dabei Bild: Ernst Gierlich

Andererseits hat Tobias Körfer Recht, wenn er hervorhebt, dass die Minderheit „institutionell zwar umfassend abgesichert“ sei, was aber nicht dazu führe, „die Sprach- und Identitätsproblematik zu klären“. Auf der Basis vertraglicher Zusicherungen des polnischen Staates müsse die Bundesrepublik Deutschland im Zusammenwirken mit den örtlichen Vertretern der deutschen Volksgruppe deshalb schnell ein flächendeckendes Angebot an muttersprachlichen deutschen Schulen und Kindergärten in Trägerschaft der Minderheit durchsetzen.

Doch dies werde, so der AGMO-Vorsitzende, von beiden Regierungen nicht angestrebt, deren Erfolge sich nur auf „schmerzfreie Zonen“ erstreckten. Der Ausbau bilingualer Bildungsstätten sowie die forcierte Einrichtung der sogenannten „Samstagsschulen“, von denen es mittlerweile über 50 gebe, seien völlig „unzureichende Konzepte“.

Diese Einschätzung wurde von mehreren Diskussionsteilnehmern als „wirklichkeitsfern“ zurückgewiesen, da es bei einer kurzfristigen Bereitstellung flächendeckender muttersprachlicher Kindergärten und Schulen – selbst wenn die nötigen Gebäude und die erforderlichen Gelder vorhanden wären – an geeigneten Lehrern und vor allem den nötigen Schülerzahlen mangeln würde. Dass eine Strategie, die die Folgen der jahrzehntelangen Zwangspolonisierung und die ohnehin schwierige Identitätslage im gemischtnationalen Oberschlesien außer Acht lässt, zum Scheitern verurteilt wäre, machte nicht zuletzt der Eingangsvortrag des zweiten Tagungstages deutlich.

Bernard Gaida, der Vorsitzende des Verbandes der deutschen Gesellschaften in Polen (VdG), verteidigte in seinen Ausführungen „Zur aktuellen Situation der deutschen Volksgruppe in Polen“ auf ebenso kenntnisreiche wie sympathische Art die Notwendigkeit zweisprachiger Bildungsangebote für die nach eigener Schätzung über 300 000 Angehörigen seiner Volksgruppe, „denn Eltern müssen ihre Kinder auch zum Deutschunterricht schicken“. Trotz des bedauerlichen Fehlens eigener Schulen und Kindergärten seien Signale einer Öffnung der Berliner Politik für die Belange der Minderheit zu beobachten, was im Wortlaut der Erklärung vom 12. Juni immerhin angedeutet würde. Auch habe die polnische Seite mit der Ratifizierung der Europäischen Charta für Minderheitenrechte die deutsche Sprache im Land ausdrücklich als schützenswertes Kulturgut anerkannt und sich zu Fördermaßnahmen verpflichtet. Leider sei die Grundphilosophie der Charta in Polen jedoch „noch immer nicht richtig verstanden“ und der deutschen wie auch den anderen Minderheiten fehle der Zugang zu den überregionalen Medien, um den Umdenkungsprozess beschleunigen zu können.



Folgen jahrzehntelanger Zwangspolonisierung und schwierige Identitätslage im gemischtnationalen Oberschlesien

Gaida betonte die Notwendigkeit eines ergänzenden heimatbezogenen Geschichts- und Landeskundeunterrichts in den Minderheitensiedlungsgebieten sowie die Finanzierung eines eigenen deutschsprachigen Radiosenders und kritisierte den anhaltenden Vandalismus gegen zweisprachige Ortsschilder in Oberschlesien, ohne dass die Behörden einschritten. Er lobte die Leistungen des Minderheitenbeauftragten Christoph Bergner und die Rede von Staatspräsident Bronislaw Komorowski beim jüngsten Gedenken anlässlich des 90. Jahrestages der Annabergkämpfe. Komorowski hatte auch jenen Schlesiern seine Anerkennung ausgesprochen, die seinerzeit gegen die polnischen Aufständischen und für eine Zukunft im Rahmen des Deutschen Reiches stritten.

Außerdem würdigte der Sprecher der deutschen Volksgruppe in der Republik Polen die jüngsten „moralischen Unterstützungen“ durch Bundeskanzlerin Merkel und den niedersächsischen Ministerpräsidenten McAllister (CDU) sowie durch dessen Amtskollegen Kurt Beck (SPD), der im September das mit Rheinland-Pfalz in einer Regionalpartnerschaft verbundene Oppelner Schlesien besuchen möchte.

Abschließend bekam das Auditorium die Ausführungen des selbst nicht anwesenden Prof. Witold Stankowski (Universität Krakau) über „Fortschritte und Hindernisse bei der Erforschung der gemeinsamen Geschichte von Deutschen und Polen“ durch dessen Doktorandin Edyta Zyla Pilch vorgetragen, ergänzt um spannende eigene Erfahrungen bei der Erforschung der Regionalhistorie des Teschener Schlesiens sowie einen Kurzvortrag von Aleksandra Kmak-Pamirska über „Die Wahrnehmung des Danziger Bischofs Carl Maria Splett [Amtszeit von 1939-45] durch die deutsche und polnische Gesellschaft“.

Eine gesonderte ausführliche Wiedergabe verdiente der ausgezeichnete, völlig frei gehaltene Vortrag Dr. Peter Schabes von der erst 2007 gegründeten Deutsch-Polnischen Stiftung Kulturpflege und Denkmalschutz (Görlitz) über die „Pflege von ehemaligen deutschen Kulturgütern und Denkmälern in Polen als Bestandteile des gemeinsamen europäischen Kulturerbes“.

In aller Kürze seien hier nur die von Schabe referierten abweichenden Ansichten zur Denkmalpflege genannt, die in Deutschland auf die „Bewahrung historischer Schichten“ unter bewusster Inkaufnahme von „Wunden“ hinausliefen, während man in Polen geschichtliche Gesamterscheinungsbilder wiederherzustellen trachte. Als Fallbeispiel eines aktuellen Großvorhabens ging Schabe auf die Renovierungsbemühungen am ostpreußischen Schloss Steinort (Stynort) ein. Die Görlitzer Denkmalschützer und ihre Warschauer Partnerstiftung bissen sich an der kostspieligen Instandsetzung des einstigen Domizils der Familie von Lehndorff und den schwierigen Besitzverhältnissen wiederholt „die Zähne aus“. Sie konnten aber auch erste Erfolge erzielen und hoffen nun auf befriedigende Kompromisse bei der Ausgestaltung als regionales Geschichtsmuseum.

Überraschend waren die vom Redner zitierten Kritiken polnischer Denkmalpfleger am üblicherweise hochgelobten Wiederaufbau der Danziger Altstadt nach dem Zweiten Weltkrieg. Es sei zu groben Fälschungen gekommen, denn man habe Danzig „zwar wiederaufgebaut, aber die deutschen Zitate weggelassen“.

Obwohl die Tagungsteilnehmer in Königswinter die Frage nach der Bewertung von zwei Jahrzehnten deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrags weitaus kritischer als die bundesdeutsche Politik und Medienöffentlichkeit beantworteten, wiesen erhebliche Meinungsunterschiede im Detail auf die Notwendigkeit einer offenen Diskussion hin. An dieser sollten nicht zuletzt die mit der Thematik unmittelbar konfrontierten ostdeutschen Vertriebenen und deren Organisationen teilhaben. Vielleicht lässt sich dann ja in fünf Jahren eine erfreulichere Bilanz ziehen, wenn die von Tagungsleiter Hans-Günther Parplies halb ernst-, halb scherzhaft in den Raum gestellte Veranstaltung zum 25-jährigen Jubiläum des Nachbarschaftsvertrages Wirklichkeit werden sollte.

Martin Schmidt

Das Ostpreußenblatt

Nr. 31 – 6. August 2011

MELDUNGEN

Warnsystem für Wassersportler

Allenstein/Angerburg/Lötzen – Ein modernes Wetterwarnsystem wurde an den beliebtesten Wassersportorten der Masurischen Seen installiert. Es besteht aus 17 25 Meter hohen Säulenmasten entlang der ganzen Wasserroute auf den Masurischen Seen. Die an der Spitze dieser Maste installierten leistungsstarken Lampen sollen bei herannahendem Wettersturz ein Gelblicht ausstrahlen, das bei guter Sichtweite im Umkreis von acht Kilometern sichtbar werden soll. Bei guten Wetterbedingungen werden diese Lampen 40-mal pro Minute Signale senden und bei Gefahr soll ihre Frequenz auf bis zu 90 Blitzeinheiten pro Minute ansteigen. Das ganze System wird ferngesteuert werden und die Kommunikation zwischen dem Wetter-, Wasser- und Rettungsdienst soll per E-Mail beziehungsweise SMS erfolgen. Die Maste mit den Warnlampen wurden unter anderem auf dem Mauersee in Angerburg, auf dem Löwentinsee in Lötzen, an drei Stellen am Spirdingsee sowie am Beldahnsee aufgestellt. Mit dem Warnsystem reagierte die Regierung auf ein verhängnisvolles Unwetter auf den Seen vor vier Jahren. Die orkanartigen Böen und die überaus hohen Wellen hatten damals mehrere Yachten und Boote umgekippt. Zwölf Segler kamen dabei ums Leben. Die Hauptursache für dieses bislang größte Wassersportunglück war ein fehlendes Warnsystem, das über plötzliche Wetterstürze informiert. Zusätzliche Ursache für die vielen Todesfälle waren Waghalsigkeit und die Missachtung von Sicherheitsmaßnamen während der Segelfahrt. Die meisten der bei dem als „weißer Seesturm“ bezeichneten Unwetter Ertrunkenen hatten nämlich nicht die vorgeschriebenen Rettungswesten angelegt. *G.S.*

Kinotechnikum gerettet

Tilsit – Über die Zukunft des Kinotechnikums, das sich in dem imposanten Gebäude der früheren Tilsiter Polizeidirektion befindet, wird seit Jahren gerätselt. Der Lehranstalt drohte wegen veralteter, noch aus der Sowjetzeit stammender Studienprofile und Lehrinhalte die Schließung. Nun hat Russlands Premier Wladimir Putin persönlich eine weitreichende Entscheidung herbeigeführt. Das Kinotechnikum wird der staatlichen Gerassimow-Universität für Kinematografie in Moskau angegliedert und in deren Außenstelle umgewandelt. Der Rektor der renommierten Universität, Wladimir Malyschew, der zum Besuch des Filmfestivals „Baltische Saison“ im Königsberger Gebiet weilte, gab seine Absicht bekannt, den wissenschaftlich-schöpferischen Charakter der Studiengänge grundlegend zu verstärken, um die künftigen Tilsiter Absolventen zum Hochschuldiplom zu führen. *H.Dz.*

»Bundesregion Königsberg« geplant

Moskaus Exklave soll aus der »Nordwestlichen Bundesregion« um Sankt Petersburg herausgelöst werden

Vergangenen Sonntag, dem diesjährigen „Feiertag der russischen Kriegsmarine“, weilte Präsident Dmitrij Anatoljewitsch Medwedjew in Königsberg, dem „westlichsten Vorposten Russlands“. Einen Tag später wartete die Moskauer „Nesawisimaja Gaseta“ (Unabhängige Zeitung) mit der Sensation auf, dass der Präsident dem Gouverneur der Region, Nikolaj Zukanow, die Bildung einer „Bundesregion Königsberg“, russisch „Kenigsbergskij federalnyj okrug“, versprochen habe, samt der Zusage, er werde „Dynamik bei der Lösung dieser Frage entwickeln“.



Bild: Archiv

Regierungsgästehaus in Neukuhren: Bei seinem Besuch des Königsberger Gebiets weihte Medwedjew auch den Neubau ein

Im Grunde schmückten sich Präsident und Gouverneur mit fremden Federn, aber das nahmen die eigentlichen Ideengeber um Solomon Ginsburg, Abgeordneter der regionalen Duma, nicht weiter übel. Ihr Aktivist, Duma-Abgeordneter Konstantin Doroschok, gab sich zufrieden: „Das ist positiv, denn daraus wird eine Autonomie im Gebiet Kaliningrad erwachsen. Um den Begriff autonome Region wird es in der Föderation einigen Ärger geben, aber früher oder später wird man sich damit abfinden. Schon heute kommen Investoren nicht nach Kaliningrad, legen Unternehmer hier kein Geld an, weil das Gesetz über die Ökonomische Sonderzone 2016 ausläuft, so dass unsere Wirtschaft gegenüber dem restlichen Russland ins Hintertreffen gerät und nicht konkurrenzfähig ist.“

Königsberg ist ökonomisch so unter Druck, dass Gouverneur Zukanow dem Präsidenten ultimative Forderungen stellte: Das Bernsteinkombinat, einstiges Kronjuwel der Region, ist „praktisch heruntergewirtschaftet“, es soll entweder privatisiert oder der regionalen Regierung überantwortet werden. Unbedingt muss jene Bürde schwinden, die russische Medien derzeit deutlich nennen: „Es muss eine Verteidigung der regionalen Wirtschaft gegen die Willkür von Bundesbeamten her, die den ökonomischen Aufschwung stören.“ Die beste „Verteidigung“ wird der Status als Bundesregion sein, dann genießt man ökonomische Entscheidungsfreiheit, die Wohlstand und Arbeitsplätze bringt. Königsberg mag klein sein, aber sein Selbstvertrauen ist staunenswert groß.



Eine Bundesregion ist direkt den staatlichen Zentralorganen der Föderation unterstellt

Noch gehört Königsberg zur „Nordwestlichen Bundesregion“ um Sankt Petersburg, die immerhin 1,6779 Millionen Quadratkilometer misst und 13,5 Millionen Einwohner zählt, damit aber noch hinter den Spitzenreitern Fernost und Sibirien zurücksteht. Jeder dieser Riesen umfasst Dutzende „Föderalsubjekte“, darunter ganze „Republiken“, die alle größer als das winzige Königsberg sind, was dem herzlich egal ist. Dort zählt allein die Selbstständigkeit, die per definitionem garantiert ist: „Eine Bundesregion ist eine administrativ-territoriale Einheit, direkt unterstellt den staatlichen Zentralorganen, ohne Föderalsubjekt zu sein.“ Königsbergs künftiger „Sonderstatus“ wird die Region „vom Strom bürokratischer Instruktionen“ bewahren, wofür Gouverneur Zukanow in seiner neuen Rolle als „russischer Vize-Präsident für Verwaltungsfragen“ sorgen soll.

Niemand zweifelt in Königsberg am Gelingen dieser schönen Aussichten. Die einzige Frage ist, wie rasch sie realisiert werden. Die bislang letzte Bundesregion im Nordkaukasus wurde am 19. Januar 2010 von Medwedjew per Ukas aus der Süd-Bundesregion herausgelöst. Derzeit rätselt Russland, ob die „hauptstädtische Bundesregion“ im aus den Nähten platzenden Moskau oder die „Bundesregion Königsberg“ eher entsteht. Mit einiger Sicherheit wird Königsberg das Rennen machen, weil es seinen geografischen Nachteil in einen politischen Vorteil verwandelte: Die Region ist eine russische Exklave, umgeben von den EU-Staaten Litauen und Polen. Die EU hat Sorgen mit ihren Außengrenzen im Osten, die durch bevorstehende Sportereignisse – Fußball-WM in Polen und der Ukraine – zusätzlich belastet werden. In einer solchen Lage handelt Königsberg wie ein souveräner Staat, wo Mitte Mai 2011 die obersten Grenzschützer der EU und Russlands, Ilkka Laitinen und Wladimir Pronitschew, ein Kooperationsabkommen für 2011/12 signierten. Kleiner Grenzverkehr mit Polen und Litauen und visafreie Tagesreisen sind im Gespräch. Vermutlich noch diesen Monat wird ein Abkommen über Grenzkooperation mit Polen unterzeichnet, was Königsberg und ganz Russland als Vorleistung für Visumfreiheit im Umgang mit der EU gewertet sehen wollen. Zu Medwedjews Kummer denkt die EU nicht daran, allen Russen die Visa zu erlassen. Sie hat nur die bestehenden Vorschriften zur Visumerteilung gemildert und die Visagültigkeit auf fünf Jahre verlängert. In dieser Situation hat der Abgeordnete Ginsburg einen listigen Zug angeregt, der erstaunlicherweise in das Gesetzesprojekt der Bundesregion Eingang fand, obwohl er Zweifel an Ginsburgs staatsbürgerlicher Loyalität weckte: „Es wäre nicht schlecht, in einseitiger Weise die Einreisevisa für EU-Länder aufzuheben, das heißt unabhängig von Russland.“ Zum Entsetzen von Moskauer Vertretern eines harten politischen Kurses agiert Königsberg schon „nicht mehr als einzelne Bundesregion, sondern als Einzelstaat“. Das finde Zustimmung in Deutschland, Polen und den Baltenstaaten, die daran interessiert sind, „dass sich das Gebiet Kaliningrad mit der Zeit immer mehr von Russland absondert“. Was natürlich Unsinn ist, wie gerade Präsident Medwedjew weiß: „Wir erwarten und hoffen, dass unsere Partner, vor allem die in der Europäischen Union, dasselbe Gefühl von Verantwortlichkeit wie wir zeigen. Die Aufgabe mit den Visa ist wirklich lösbar, nur hängt diese Lösung nicht von uns ab.“

Tatsache ist, schrieb im Dezember 2008 der Publizist Alexej Denisenkow in einer sehr geistvollen Königsberg-Reportage, dass die Stadt von Moskau, Sankt Petersburg und anderen so schäbig behandelt wird, beispielsweise mit überteuerten Fahrkarten für lahme Dampfer nach Sankt Petersburg, dass ihr gar nichts anderes übrig bleibt, als sich an die EU-Nachbarn anzulehnen. In Russland wird das anerkannt, zähneknirschend oder nicht, und scharfsinnig erkannte Ginsburg bereits vor Jahren künftige Alternativen: föderaler Sonderstatus der Region oder deren Verlust, zumal sich, so Denisenkow, allenthalben schon „eine Mischung russischer und westlicher Lebensstile“ zeigt. Wobei der Russe Denisenkow Beobachtungen machte, bei denen man ihm kaum widersprechen mag: „Die Kaliningrader sehen sich mit allem Ernst als die Fortsetzer der Kultur und der Traditionen von Königsberg. In der Region wird alles geachtet, was mit der alten Pregel-Stadt verbunden ist. Die erhaltenen deutschen Häuser werden nicht abgetragen, wie man es beispielsweise mit alten Häusern in Moskau macht, sondern für teures Geld erworben und restauriert. Die neue Königsberger Architektur ist größtenteils ein Abklatsch der alten Königsberger Architektur oder überhaupt der Norddeutschlands. Läden und Gasthäuser tragen deutsche Namen: Oberteich, Frau Elsa, Reichsstraße.“

Lange Jahre hat die offizielle Moskauer Politik Front gegen die Osterweiterung von Nato und EU gemacht. Das war keine Königsberger Politik, denn dort wusste man, was die EU bedeutet, wie nötig Russland Kontakte mit der EU hat, wie rasch sie EU-„Hausaufgaben“ machen muss: Kenntnis von EU-Normen und Standards, Übernahme von EU-Rechtsordnungen, Anbahnung von Kooperationen in Energie, Wirtschaft und Umweltschutz, Einfügung in den EU-Informationsraum und vieles mehr, was Königsberg früher als andere begriffen hatte und nun als neue Bundesregion in eigener Regie umsetzen kann. „Kaliningrad ist das Tor zu Groß-Europa“, schrieb bereits im Dezember 2004 Sergej Kortunow, Vizepräsident der Russischen Außenpolitischen Gesellschaft.

Die »Bundesregion Königsberg« wäre eine Abkehr von Michail Kalinin und »Kaliningrad«

Das ganze Projekt der Bundesregion Königsberg steht weithin im Zeichen Medwedjews, der hier ein ehrliches, aber auch gewagtes Manöver für seine Wiederwahl im März 2012 exekutiert. Sein Hauptgegner wird Premier Wladimir Putin sein, der weiß Gott kein Freund von Westannäherung und Unabhängigkeit à la Königsberg ist. Putin hat sich (noch) nicht zu dem Projekt Bundesregion Königsberg geäußert, dafür ließen sich die üblichen Schreihälse hören: „Bundesregion Ostpreußen Königsberg, künftig neues Bundesland Deutschlands. Was hat man euch dafür geboten?“ „Der nächste Schritt ist Republik Königsberg in der Russischen Föderation, dann Referendum, Abtrennung, Vereinigung mit Deutschland“, „So entlegenen föderalen Subjekten sollte man keinen so hohen Autonomiestatus geben, das schafft nur Probleme“, „Nicht nur Probleme, das ist der Anfang vom Ende“. Und so weiter, aber nicht nur so. Königsberg war in Russland immer berühmt wegen seiner hübschen Frauen – Äußerungen wie die folgende weisen es auch als Heimat kluger Köpfe aus: „Aus allen Kommentaren ist ersichtlich, dass kein einziger Kaliningrader dabei war. Ein Sonderstatus für die Region Kaliningrad ist keine Laune, sondern eine Art zu überleben, dabei die einzig mögliche Art. Die Spezifik unseres Gebiets ist die, dass ohne Sonderpräferenzen seine Ökonomie binnen weniger Monate abstürbe. Was immer hier ein- oder ausgeführt wird, muss beim Zoll deklariert werden und wird mit hohen Abgaben belegt. Dazu die Transitkosten durch Litauen und Belarus. Wo gibt es denn noch so eine Region, wo für eine Reise in eine andere russische Region Auslandspässe und Visa nötig sind? Bei uns entstehen laufend Probleme, die an Ort und Stelle gelöst werden müssen, anstatt zu warten, bis Moskau uns erlaubt, sich zu kratzen. Das können Nicht-Kaliningrader nicht verstehen. Übrigens: Separatismus gibt es bei uns nicht, aber wenn Russland weiterhin unsere Existenz vergisst, wird es ihn geben.“

Wolf Oschlies

Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

es gibt in unserer Familienpost immer mehr Briefe, die befassen sich nicht mit einer kleinen Anfrage, mit einem in Kurzform gebrachten Suchwunsch oder einer knappen Mitteilung, sondern füllen ganze Seiten. Wenn sie von älteren Leserinnen und Lesern geschrieben werden, die über die gravierenden Ereignisse in ihrem langen Leben berichten, ist oft der Wunsch federführend, endlich einmal das alles niederschreiben zu können, wofür man im engeren Umfeld bisher kein Verständnis fand. Aber nun habe ich ein Schreiben bekommen, das vier eng beschriebene Seiten umfasst, und es kommt aus der Enkelgeneration, von einer Nachfahrin ostpreußischer Vertriebener. Es hat mich sehr berührt, nicht nur, weil auch unsere Ostpreußische Familie darin eine Rolle spielt, sondern auch weil die Schreiberin ihre enge Verbundenheit mit der Heimat ihrer Vorfahren und ihrer in dieser fest verwurzelten Familie so engagiert bezeugt, dass man kaum glauben kann, dass sie eine Nachgeborene ist. Dieser Brief von Frau **Mathilde Klüppelberg** ist ein wunderbares Beispiel dafür, wie lebendig Familiengeschichte auch fern der Heimat bleibt, wenn sie von Generation zu Generation weitergetragen wird. Es ist ein Brief wie aus einem Guss und ich habe lange überlegt, welche Ausführungen ich für unsere Kolumne nehmen kann, bis ich mir sagte: Kein Stückwerk, wir bringen das ganze Schreiben. Und hier ist es:

„Sehr geehrte Frau Geede, seit langem nahm ich mir vor, Ihnen bezüglich meiner Suche nach der Familie meines Großvaters und Großonkels zu schreiben. Nachdem ein Urlaub beendet ist, sagte ich mir ‚Nuscht is nu all!', und der Antrieb war gegeben, einige Stationen meiner Suche zu schildern. Denn, wenn man wie Sie und die vielen anderen regen Ostpreußen überall tatkräftig bis ins fortgeschrittene Alter wirkt, warum sollte es dann mir, einer Enkelin und Tochter einer Ostpreußin, deren Vorfahren gewiss bereits zur Ordenszeit in dem geheimnisvollen und fordernden Land Ostpreußen weilen, nicht gelingen, endlich mein Vorhaben umzusetzen?

2009 und 2010 waren Sie so freundlich und setzten meine Suchanzeigen in Ihre Rubrik ‚Die ostpreußische Familie'. Nun, neue Erkenntnisse zum Lebenslauf meines Opas, **Gustav Herbst**, und seiner Familie hat es nicht gegeben. Dafür aber viele nette Kontakte mit großartigen Menschen. Einer davon war die Diakonisse **Else Scheffler**, die mit ihren Brüdern Spielgefährten meiner Mama und deren Geschwister waren. Leider verstarb die bemerkenswerte Frau in diesem Jahr. Meine für sie nach ‚oben' gerichteten Wünsche sind die allerbesten. Möge sie ihre Liebsten in fröhlicher Runde wieder um sich versammeln können.

Es war eben eine gute Nachbarschaft in Antbudupönen/ Vormwalde. Es wurde geneckt, gelacht. Man hatte einen blauen Himmel über sich, die Weite der Landschaft und scheinbar alle Freiheiten dieser Welt – bis die Eltern ernst schauten. Da gab es nur ein zufriedenes Folgen. Und wie sagte meine Mutter immer verschmitzt lächelnd: ‚Egal, wie wir uns abmühten, die Nachbarskinder waren immer besser, schneller und geschickter.' Gegenüber lag der Hof ihrer besten Freundin **Greta Himmert** und deren Brüder und Eltern. Im Gegensatz zu meiner dunkelhaarigen und grünäugigen Mutter eine helle und strahlende Person, etwas stabil, mit dikken blonden Zöpfen. Der Lehrer meinte zu meiner Mutter: ‚Ihr habt bestimmt Franzosen in der Ahnenreihe!' Wie auch immer: In der Großen Wildnis spielte die Herkunft keine Rolle. Hier zählte nur eines: Anpacken, wo es nötig war, und niemals den Lebensmut sinken lassen. Sehr froh bin ich über diese Prägung noch heute. Es kamen keine leichten Zeiten für die vielen bäuerlichen Familien, die sich doch nur ein geregeltes, ruhiges Leben wünschten. Auch für die Nachkommen der Vertriebenen und Flüchtlinge nicht. Dennoch, egal wie hart das Schicksal zuschlug, meinte meine Oma: ‚Morgen ist ein neuer Tag. So Gottchen will, wird es ein besserer Tag!' Wenn es knapper wurde, sagte Oma: ‚Was frag' ich viel nach Geld und Gut, wenn ich zufrieden bin.' Solche erbaulichen Verse kannte sie zur Genüge. Danach wurde gelacht und gescherzt. Einen Klaps auf den Dups gab es nicht, der wurde nur angekündigt. Gäste erhielten das Beste zum Essen. Sie haben sicher bemerkt, dass auch ich gut im Plachandern bin.



Bei der Siedlungsarbeit in Ostpreußen: Salzburger Auswanderer Bild: privat

Aber nun zu meinen Ausführungen bezüglich der Suche nach meinem Großonkel **Otto Franz Bergau** aus Erubischken/Hopfendorf, Schuhmacher und Bruder meiner liebsten Oma Minna Herbst. Leider überlebte er den Zweiten Weltkrieg nicht und das Schicksal seiner Frau und das ihrer Kinder war bis vor kurzem nicht geklärt, sie galten als verstorben. Den letzten Blickkontakt hatte meine Mutter während der Flucht auf einem Bahnsteig. Eine Odyssee über verschiedene Etappen folgte. Die Angehörigen waren nicht vergessen, es gab aber neben großen gesundheitlichen Problemen auch viel zu tun. So geschah es, dass meine Oma und meine Mutti verstarben, ohne je ihre Heimat wiedergesehen zu haben, um offene Fragen klären zu können. Doch meine ich, dass sie die Heimat in ihren Herzen trugen. Schließlich hatten meine Schwester und ich – ‚Hemske' genannt – immer ein offenes Ohr für ihre Geschichten. Wenn wir dann mit der typischen ‚chen'-Endung angesprochen wurden, fühlten wir uns wohl. Wo sonst hieß es im Rheinland ‚Karolachen' und ‚Martinchen'? All den Erzählungen lauschend und auch den feuchten Glanz in den lieben Augen bemerkend prägte ich mir die genannten Namen ein, Namen, die zu Verwandten führten. Zu einem Dorf namens Jodeglienen, später in Moosheim umbenannt. Dort gab es jede Menge Verbindungen, von Krusen bis nach Wingern.

Die Familie Bergau war einmal aus Österreich gekommen. Ich befasste mich eingehender mit der Geschichte Ostpreußens. Welche grausamen und schrecklichen Heimsuchungen erlitt dieses Land: Kriege, Hungersnöte, Pest, Tatareneinfälle, Versklavung, Kindstod, Seuchen – ich war geschockt. Das war also das Land, dessen Verlust uns soviel Herzeleid brachte? Langsam aber, je mehr ich mich der Wahrheit näherte, erkannte ich: Das Kind, welches man mit größter Mühe und Arbeit auf den rechten Weg brachte, wird oft am meisten geliebt! Die Menschen, woher sie auch kamen, vereinte die Freiheits- und Naturliebe. Sie brauchten das Blau des Himmels, den Schrei der ziehenden Kraniche, das Werden und Vergehen. Sie lebten intensiver, je mehr sie den festen Boden spürten. Sie waren einfach ein Stück der Natur. Dazu aber auch Bildung, Kultur. Wenn man jung und kräftig war, gab es nichts, von dem man meinte, es nicht überwinden zu können.

Solche Gedanken gingen mir während der zwei Jahre intensiven Nachfragens und Forschens durch den Kopf. Leider fehlten mir noch immer die wichtigsten Daten zu dem Bruder meiner Oma. Angeregt durch den Kontakt zu ehemaligen Nachbarn aus Ostpreußen und ihren Erzählungen fragte ich noch einmal bei Frau **Renate Wiese** in Winsen/Aller bezüglich meines Großonkels nach. Ich wusste, dass er in ein Dorf in der Nähe des Wohnorts meiner Oma eingeheiratet hatte. Das erste in Frage kommende Dorf erwies sich nicht als richtig. Dort hatte er wohl nur eine Freundschaft mit einem Marjellchen. Oder war er doch gar verlobt gewesen?

Nun kam Frau Wiese zum Zuge. Und das, muss ich sagen, machte mich wirklich glücklich. Sie durchsuchte die Seelenlisten der nahe liegenden Dörfer und fand tatsächlich meinen Großonkel in Neu Skardupönen/Grenzwalde. Ich erfuhr den Namen seiner Ehefrau. Und auch, dass sie mit den Kindern überlebt hatte. Danach war ich geradezu gedopt. Viele Ämter wurden angeschrieben, viele Fragen gestellt. Ein Beamter eines Einwohnermeldeamtes fragte mich, warum ich mir das überhaupt antue, ich sollte doch lieber mein Leben genießen! Was würde es schon bringen, wenn die eine oder andere aus der Verwandtschaft überlebt hatte!

Aber hartnäckig verfolgte ich Stück für Stück den Weg der Ehefrau und Kinder meines Großonkels. Gebühren wurden fällig. Und nicht überall traf man auf hilfsbereite Menschen. Dann führten die Recherchen von drei Beamten zu der richtigen Adresse. Die letzte Anfrage erfolgte bei einer Mitarbeiterin eines Einwohnermeldeamtes. Sie war sehr kundig und zeigte sich als überaus kreativ. Genau gesagt: Sie war brillant! Es dauerte eine Dreiviertelstunde, dann hatte sie die von mir so heiß gesuchte Anschrift herausgesucht. Nun, sie durfte mir nicht allzu viel sagen. Wir verfielen in ein diskretes Frage- und Antwortspiel. Dieser Dame und den anderen hilfsbereiten Mitarbeitern ist es zu verdanken, dass ich demnächst Kontakt zu der mittlerweile 46-jährigen Enkeltochter meines Großonkels aufnehmen kann. Ich habe meinen inneren Frieden gefunden, die Familie meiner Oma ist wieder vereint.

Die ostpreußische Familie

Ruth Geede Bild: Pawlik

Nun schaue ich auf das einzige Bild meines Opas Gustav Herbst, ein kleines Passbild. Nach unendlich viel Kleinarbeit liegt mir inzwischen eine Kopie seiner Sterbeurkunde vor. Von ihm weiß ich leider nur wenig. Von seinen Eltern kenne ich weder die Vornamen noch den Mädchennamen der Mutter, sie lebte im Grenzland, ihr Hof brannte im Ersten Weltkrieg nieder. Ein Teil der Familie dürfte in das Ruhrgebiet gegangen sein, andere sind wohl ausgewandert oder während des Ersten Weltkrieges verstorben. Es schmerzt schon, in sein Gesicht auf dem kleinen Foto zu blicken und zu wissen, dass es wohl keine Klärung auf meine Fragen geben wird. Was bewog seinerzeit seine Familie dazu, in die Große Wildnis zu gehen? Gewiss die Hoffnung auf ein besseres Leben. Einen jungen Mann von 45 Jahren sehe ich auf dem Foto, von der Arbeit und den Schmerzen seiner Verletzung aus dem Ersten Weltkrieg gezeichnet. Nicht wissend, dass sein Leben bald beendet sein wird. Nachdem er sich freiwillig – leider umsonst! – als Grenzsoldat gemeldet hatte, um seinen eigenen Sohn vom Militäreinsatz fernzuhalten, verstarb er im Februar 1940 an der Verletzung aus dem Ersten Weltkrieg im Krankenhaus der Barmherzigkeit in Königsberg.

Vielleicht war das gut so. Er hing so sehr an seinem hart erarbeiteten Hof. Er war dunkelhaarig, gelockt, die Augen dunkelbraun. Ein humoriger Mensch. Ich wünsche nicht nur ihm, dass er in einer anderen Welt seinen Frieden gefunden hat. Vielleicht kann er dort seiner Lieblingsbeschäftigung nachgehen: sich in einem blühenden Bauerngarten auf einer Decke ausstrecken, um sich nach harter Arbeit auszuruhen – dem Spiel der Wolken zuschauend, dem Zwitschern der Vögel und dem Summen der Insekten lauschend.

Dies ist das Ende meiner kleinen Geschichte. Eine Geschichte über seine Verbindung zwischen dem, was war und dem, was ist. Wir sind ohne unsere Wurzeln nichts. Wir sind ein Teil derer, die vor uns waren. Wir werden ein Teil derer sein, die nach uns kommen. Ein Hauch prussischen Geistes füllt auch anscheinend meinen Geist."

Soweit der Brief von Frau Klüppelberg, dem sie noch ihren Dank an unsere Arbeit für die Ostpreußische Familie anschließt, aus dem auch weiterhin hervorgeht, wie stark sie mit ihrer Urheimat Ostpreußen verbunden ist. Ich habe – bis auf einige unwesentliche Passagen – ihre Zeilen unverändert gebracht. Zu einigen offenen Fragen oder zu solchen, die man zwischen den Zeilen spürt, werde ich persönlich Stellung nehmen. Vor allem zu solchen, die die Siedlungsgeschichte der ehemaligen „Großen Wildnis" betreffen, denn auch meine Vorfahren sind ja dort aus Salzburg eingewandert, um als Glaubensflüchtlinge eine sichere Heimstatt zu finden. Die dann zur Heimat wurde für alle, die nach ihnen kamen. Frau Klüppelberg nennt Ostpreußen ein „geheimnisvolles und forderndes Land" – ich empfinde dies als eine geglückte und beglükkende Formulierung. Dafür sage ich Mathilde Klüppelberg meinen Dank.

Eure

Ruth Geede

Ruth Geede

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Aus den Heimatregionen

Bewusstsein für Kulturerbe wächst

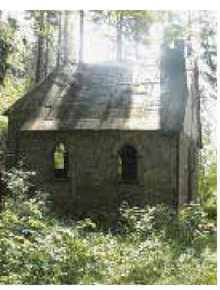
Es besteht Hoffnung für den heruntergekommenen Kalvarienberg von Liebau in Niederschlesien

Niederschlesien ist berühmt für seine herrlichen Barockkirchen und katholischen Wallfahrtsorte. Bei den Pilgern weit über die Grenzen hinaus bekannt sind die Marienwallfahrtsorte Maria Schnee in Wölfelsgrund (Miedzygórze) im Glatzer Schneegebirge, Wartha (Bardo) bei Glatz, das „schlesische Jerusalem" Albendorf (Wambierzyce) am Fuße des Heuscheuergebirges sowie die ehemalige Zisterzienserabtei Mariä Himmelfahrt in Grüssau (Krzeszow) mit ihrem überirdisch schönen Gnadenbild der Muttergottes. Auch um die umgebende Landschaft in das Heiligtum der Kirche miteinzubeziehen, wurden Wegekreuze und Kapellen angelegt, Dörfchen mit Namen aus dem Heiligen Land versehen, Hügel zu Kalvarienbergen umgestaltet. Die Tempel und Skulpturen an den Kreuzwegstationen in Albendorf und Grüssau, die als Perle unter den sakralen Kunstdenkmälern Niederschlesiens gelten dürfen, sind gut erhalten und werden ausgezeichnet gepflegt.

Ein Bild des Jammers bietet hingegen der Heilige Berg bei Liebau (Lubawka), der vielleicht zwei Stunden Fußmarsch vom Kloster Grüssau entfernt und wie dieser im Kreis Landeshut liegt. Schon im 18. Jahrhundert suchten viele Pilger den östlich der Kleinstadt gelegenen Hügel auf. Der Weg führt an steinernen Kreuzwegstationen und Kapellen vorbei auf den Gipfel, den einstmals eine um 1822 durch den Bildhauer Johann Sühardt geschaffene überlebensgroße Kreuzigungsgruppe krönte. Was von dem sakralen Ensemble heute übrig geblieben ist, spottet jeder Beschreibung. Der Wandersmann trifft auf völlig verwüstete Kapellen. Leere Fenster- und Türhöhlen, abgerissene Fußböden, beschmierte Wände, abgeblätterter Putz, Mauerschwamm. An Stelle der Altäre – zerschlagene Steine und Müll. An den Wegrändern liegen umgestürzte Sandsteinfiguren mit verstümmelten Gliedern, von Gräsern überwuchert. Einzig die Wandmalereien an Decken und Apsiden haben sich großteils erhalten, der rauen Witterung getrotzt. In einer Kapelle breitet ein Engel segnend die Flügel aus, in einer anderen sind die vier Evangelisten noch gut zu erkennen.

Ein Müllhaufen an der Stelle des Altars

„Ich habe noch Kindheitserinnerungen an die Kapellen auf dem Heiligen Berg, da waren sie noch in Ordnung", verriet die 51-jährige Landrätin der Kreisstadt Landeshut, Ewa Kocemba, der *PAZ*. Während des Wahlkampfes um das Bürgermeisteramt in Liebau im letzten Winter wurde auch der beklagenswerte Zustand des Kalvarienberges thematisiert, in Diskussionsrunden wie in der örtlichen Presse Möglichkeiten erörtert, den Kreuzweg wiederherzustellen. Die gebürtige Liebauerin Kocemba hatte sehr für die Wiedergewinnung des Ensembles geworben und einen Plan entworfen, den Heiligen Berg in eine Gesamtkonzeption für die Tourismusförderung einzubinden. „Es stimmt einfach nicht, dass ein Wiederaufbau der Kapellen unmöglich ist, man muss nur wollen und konsequent auf das Ziel hinarbeiten", sagte Kocemba. Was die Angelegenheit sehr erschwere, sei allerdings der unklare Rechtszustand der Objekte. Unter vier potenziellen Besitzern würden sich Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten verhedern. Der Grund, auf dem die Kapellen stehen, gehört nicht der Gemeinde Liebau, sondern dem Forstamt Landeshut, erklärte die Landrätin gegenüber der *PAZ*.



Am Heiligen Berg bei Liebau Bild: Rudolf

Auf die verworrene Rechtslage verweist auch Marek Janicki. Der Ortsvorsteher von Buchwald (Bukowka) hat im Wahlkampf viele Leute kennengelernt, die der ruinöse Zustand der Kapellen schmerzt. „Wir haben sie geerbt, aber selbst auch zerstört", sagte der 52-Jährige. Ende der 70er-Jahre war er aus Zoppot hergezogen. Der *PAZ* erzählt er von der Heldentat seines Kollegen Sławek, wie er selbst von der Küste: Dem taten als gläubigen Katholiken die heruntergekommenen Kirchlein so in der Seele weh, dass er um 1979/80 eine davon auf eigene Kosten renovierte: Während eines Jahres reparierte Sławek das Dach und erneuerte die Außenfassade. „Dessen Kraftakt war unvorstellbar", sagt Janicki. Nur bei schwereren Arbeiten habe ihm ein Einheimischer geholfen. Auch auf dem Hintergrund dieser Erfahrung ist sich der Ortsvorsteher sicher: „Mit ein bißchen Willen lässt sich was bewirken." Wo Gefahr ist, wächst eben das Rettende auch.

Christian Rudolf

Wir gratulieren ...

ZUM 104. GEBURTSTAG

Amonat, Gustav, aus Rotbach, Kreis Lyck, jetzt 46483 Wesel am Rhein, am 9. August

ZUM 101. GEBURTSTAG

Popp, Anneliese, geb. **Reuter**, aus Ebenrode, jetzt Eulaliastraße 2a, 53229 Bonn, am 8. August.

ZUM 99. GEBURTSTAG

Schminowski, Fritz, aus Kyschienen, Kreis Neidenburg, jetzt Murmansker Straße 5c, 06130 Halle, am 12. August.

ZUM 98. GEBURTSTAG

Schmidt, Herbert, aus Gedwangen, Kreis Neidenburg, jetzt Renteilichtung 8-10, 45134 Essen, am 9. August

Siemund, Fritz, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, jetzt Feldstraße 138, 24105 Kiel, am 13. August

ZUM 94. GEBURTSTAG

Löther, Hildegard, geb. **Beckmann**, aus Tewellen, Kreis Elchniederung, jetzt Görl, Zentrum 30 A/40, 50829 Köln, am 9.August

ZUM 93. GEBURTSTAG

Demmler, Lieselotte, geb. **Brix**, aus Lyck, jetzt 56170 Bendorf, am 12. August

ZUM 92. GEBURTSTAG

Eidam, Käthe, geb. **Wargalla**, aus Braunfels, Kreis Treuburg, jetzt Leuner Straße 1, 35619 Braunfels, am 13. August

Habedank, Erich, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Mörscher Straße 9, 76185 Karlsruhe, am 13. August

Korsch, Ruth, geb. **Browarzyk**, aus Markgrafsfelde, Kreis Treuburg, jetzt Malteserstraße 9a, 12247 Berlin, am 12. August

Rabe, Hildegard, geb. **Lalla**, aus Bartossen, Kreis Lyck, jetzt Anton-Bruckner-Straße 5, 63179 Obertshausen, am 11. August

Schätzke, Otto, aus Wosnitzen, Kreis Sensburg, jetzt Kolpingstraße 21, 48329 Havixbeck bei Münster, am 15. Juli

Seidel, Hildegard, geb. **Pillich**, aus Ortelsburg, jetzt Breslauer Straße 2, 56170 Bendorf, am 12.August

Stürzl, Käte, geb. **Glitz**, aus Neurich, Kreis Elchniederung, jetzt Haydnstraße 12, 69245 Bammental, am 11. August

ZUM 91. GEBURTSTAG

Boden, Emma von, geb. **Kelch**, aus Lisken, Kreis Lyck, jetzt 22179 Hamburg, am 10. August

Flemming, Helmut, aus Rodenau, Kreis Lötzen, jetzt Im Hasenwinkel 15, 30827 Garbsen, am 9. August

Franke, Martha-Maria, aus Buschwalde, Kreis Neidenburg, jetzt Geschwister-Scholl-Straße 12, 33813 Oerlinghausen, am 13. August

Grolla, Erna, geb. **Dornbusch**, aus Grünwehr, Kreis Heiligenbeil, jetzt Melde 67, DA 7891 Klazinaveen/Niederlande, am 11. August

Hartmann, Elisabeth, geb. **Pohl**, aus Ortelsburg, jetzt Ovelackerstraße 40, 44892 Bochum, am 11. August

Lowitzki, Emilie, geb. **Hensel**, aus Gedwangen, Kreis Neidenburg, jetzt Hagener Straße 367–369, Seniorenheim, 58285 Gevelsberg, am 8. August

Rimek, Erich, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, jetzt Dürerstraße 13, 47447 Moers, am 11. August

Schweiger, Edith, geb. **Merten**, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, jetzt 56414 Wallmerod, am 11. August

ZUM 90. GEBURTSTAG

Barth, Heinz, aus Gallinden, Kreis Osterode, jetzt Th.-Müntzer-Sdlg. 44, 09661 Hainichen, am 8. August

Bernhard, Christel, geb. **Papies**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Adolf-Merkel-Str. 5, 75179 Pforzheim, am 12. August

Draasch, Käthe, aus Pillau, Kreis Samland, jetzt Langer Rehm 20, 24226 Heikendorf, am 9. August

Hartmann, Luci, geb. **Deckmann**, aus Argemünde, Kreis Elchniederung, jetzt Ulmenstraße 18, 27721 Ritterhude, am 11. August

Hill, Gerda, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, jetzt K+S Seniorenresidenz, St. Georg Straße 2, 27367 Sottrum, am 1. August

Jelinski, Ellen, aus Lötzen, jetzt Hermannstr. 5, 27283 Verden/Aller, am 9. August

Kadelka, Marie, geb. **Niklas**, aus Kechlersdorf, Kreis Lyck, jetzt 27356 Rotenburg, am 9. August

Koch, Irmgard, geb. **Lamm**, aus Königsberg, jetzt Mecklenburger Landstraße 2–12, Apt. 333, 23570 Travemünde, am 10. Juli

Koropp, Sönnlin, geb. **Hilger**, aus Dullen, Kreis Treuburg, jetzt Im Gehege 20, 29331 Lachendorf, am 11. August

Kurrat, Kurt, aus Finkenhagen, Kreis Tilsit-Ragnit, jetzt Seniorenzentrum Betanien, Auf der Höhe 169–175, 42699 Solingen, am 14. August

Michaelis, Elisabeth, geb. **Ziemens**, aus Herzogshöhe, Kreis Treuburg, jetzt Eichberg 15, 22143 Hamburg, am 10. August

Motikat, Grete-Maria, aus Wildwiese, Kreis Elchniederung, jetzt Christianstraße 2, 45470 Mülheim an der Ruhr, am 12. August

Radtke, Hedwig, geb. **Böhm**, aus Prostken, Kreis Lyck, jetzt 16321 Bernau, am 9. August

Redetzky, Horst, aus Kleindünen, Kreis Elchniederung, jetzt Teppichstraße 13, 27751 Delmenhorst, am 14. August

Scheibner, Anneliese, geb. **Hoppe**, aus Germau, Kreis Samland, jetzt Erich-Eichelbergstraße 2, 29221 Celle, am 12. August

ZUM 85. GEBURTSTAG

Antoni, Lieselotte, geb. **Wilczek**, aus Königsberg-Juditten, jetzt John-Brinckmann-Straße 8, 18230 Rerik, am 3. August

Buck, Liselotte, aus Ulleschen, Kreis Neidenburg, jetzt Heimstättenstraße 2, 72336 Balingen, am 14. August

Czybulka, Emmy, aus Treuburg, jetzt Haufenstraße 46, 58285 Gevelsberg, am 9.August

Droischt, Erika, geb. **Schäfer**, aus Miswalde/Abbau, Kreis Mohrungen, jetzt Eckermann-Straße 21, 21423 Winsen/Luhe, am 11.August

Epting, Hildegard, geb. **Blasko**, aus Treuburg, jetzt Wiesenbacher Straße 51, 69151 Neckargmünd, am 14. August

Fortak, Heinz, aus Ittau, Kreis Neidenburg, jetzt Edithstraße 14, 14169 Berlin, am 11. August

Grygorowicz, Genowefa, geb. **Krull**, aus Kadzie, Morag/Mohrungen am 13. August

Kaufmann, Elsbeth, geb. **Gurstig**, aus Ebenrode, jetzt Am Radeland 8, 21244 Buchholz, am 13. August

Kirchen, Anna, geb. **Koose**, aus Gerhardsgrund, Kreis Elchniederung, jetzt Friedhofstraße 21, 54293 Trier, am 8. August

Lanäus, Grete, geb. **Soujon**, aus Kleschen, jetzt Ringenstraße 45, 51067 Köln, am 10.August

Olschewski, Heinz, aus Langenhöh, Kreis Lyck, 25451 Quickborn, am 12. August

Peter, Irma, geb. **Grill**, aus Ellerbach, Kreis Ebernwerde, jetzt Twistering 17 B, 21147 Hamburg, am 13. August

Pleli, Draute, geb. **Stinski**, aus Schwanis, Kreis Heiligenbeil, jetzt Uhlandstraße 4a, 78315 Radolfzell, am 15. August

Plessow, Christel, geb. **Melenk**, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, jetzt Hirschberger Straße. 10, 44532 Lünen, am 14. August

Pokern, Irene, Geb. **Först**, aus Kreis Samland, jetzt Hauptstraße 52, 55234 Ober-Flörsheim, am 14. August

Pukrop, Werner, aus Krassau, Kreis Lyck, jetzt 73760 Ostfildern, am 10. August

Richau, Käthe, geb. **Balk**, aus Hanffen, Kreis Lötzen, jetzt Scharpwinkelring 35, 44653 Herne, am 10. August

Samulowitz, Walter, aus Kl. Schläfken, Kreis Neidenburg, jetzt Helmstedter Weg 11, 38464 Groß Twülpstedt, am 11. August

Weber, Ingeborg, geb. **Sloboda**, aus Ortelsburg, jetzt Schweriner Straße 3, 19230 Hagenow, am 12. August

Wenzel, Hildegard, geb. **Wysotzki**, aus Fließdorf, Kreis Lyck, jetzt 30657 Hannover, am 12. August

ZUM 80. GEBURTSTAG

Brimm, Herta, geb. **Kaschmann**, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, jetzt Im Schommer 28, 47445 Moers, am 2. August

Eisele, Erika, geb. **Schmidt**, aus Heiligenbeil, jetzt 1310 Dr. Crestridge, Oceanside, CA 92054 /USA, am 14. August

Fehlau, Helmut, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, jetzt Osterdamm 13, 24983 Handewitt, am 14. August

Fleischmann, Magdalena, geb. **Komning**, aus Spallwitten, Kreis Samland, jetzt Langeoogstraße 51, 26384 Wilhelmshaven, am 12. August

Gall, Renate, geb. **Regehr**, aus Schreitlacken, Kreis Samland, jetzt Finkenweg 21 a, 22926 Ahrensburg, am 8. August

Goerke, Hans-Joachim, aus Neidenburg, jetzt Neuenweg 4, 35390 Gießen, am 9. August

Hechler, Eva, geb. **Barnowwki**, aus Grünhausen, Kreis Elchniederung, jetzt am Tiefen Born 8, 61184 Karben, am 10. August

Jerosch, Magdalene, geb. **Elian**, aus Tawe, Kreis Elchniederung, jetzt Im Fuchsbau 3, 45699 Herten, am 8. August

Kathev, Alfred, aus Guttstadt, Kreis Heilsberg, jetzt Schwartower Straße 21, 19258 Boizenburg, am 28. Juili

Kraft, Elfriede, geb. **Gentz**, aus Soffen, Kreis Lyck, jetzt 65468 Trebur, am 10. August

Kruyk, Ilse, geb. **Schramma**, aus Monetken, Kreis Johannisburg, jetzt Reginharstraße 4, 51429 Bergisch Gladbach-Beusberg, am 7. August

Lewandrowski, Heinz, aus Neidenburg, jetzt Im Sande 13, 21698 Harsefeld, am 9. August

Müller, Meta, geb. **Thurau**, aus Gr. Hasselberg, Kreis Heiligenbeil, jetzt Werdauer Straße 26, 08451 Crimmitschau, am 13. August

Perkuhn, Christa, geb. **Kranke**, aus Alexwangen, Kreis Samland, jetzt Hindenburgdamm 56, 25421 Pinneberg, am 14. August

Pomowski, Kurt, aus Laukitten, Kreis Heiligenbeil, jetzt Puschkinweg 14, 19273 Güstrow, am 5. August

Schierstein, Ursula, geb. **Jopp**, aus Schelasken, Kreis Lyck, jetzt 67319 Wattenheim, am 10. August

Scholl, Maria, geb. **Gwiasda**, aus Laurentanhof bei Rummau, Kreis Ortelsburg, jetzt Westheide 77, 44577 Castrop-Rauxel, am 10. August

Senf, Erna, geb. **Kalcher**, aus Ebenrode, jetzt Hinterdorf 1, 98617 Hermannsfeld, am 9. August

Spycher, Waltraud, geb. **Glaeske**, aus Kl. Hanswalde, Kreis Mohrungen, jetzt Heidligstraße 609, CH 8173 Neerach, am 13. August

Stoltenberg, Lydia, geb. **Plew**, aus Großheidekrug, Kreis Samland, jetzt Alpenrosenweg 7 d, 22523 Hamburg, am 8. August

Tüschen, Renate, aus Schiwek, Kreis Grünheide, jetzt Rommerscheider Straße 3, 51069 Köln, am 10. August

Unruh, Fritz, aus Heiligenbeil, Bismarckstraße 61, und Drausenhof, Kreis Pr. Holland, jetzt Am Rennschloot 17, 26810 Westoverledingen, am 9. August.

Westphal, Helga, aus Gr. Hanswalde, Kreis Mohrungen, jetzt Ahornstraße 24, 45134 Essen, am 9. August

Wolff, Günther, aus Warskillen, Kreis Elchniederung, jetzt Plankenweg 20, 04600 Altenburg, am 8. August



Lürtzener, Anton und Hanna, geb. **Regenbrecht**, aus Heiligenbeil, jetzt Pfitznerweg 1, 65812 Bad Soden, am 9. August

TERMINE DER LO

Jahr 2011

30. September bis 2. Oktober: 8. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein

10. bis 16. Oktober: Werkwoche in Bad Pyrmont

15./16. Oktober: 4. Deutsch-Russisches Forum in Nürnberg und Ellingen

28. bis 30. Oktober: Schriftleiterseminar in Bad Pyrmont

5./6. November: OLV in Bad Pyrmont

7. bis 11. November: Kulturhistorisches Seminar in Bad Pyrmont

Auskünfte bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 4140080.

LO-Seminar für Frauen

Vom 7. bis 11. November 2011 findet im Ostheim in Bad Pyrmont wieder ein Kulturhistorisches Seminar für Frauen statt.

Unter dem Titel „Vom deutschen Orden zum Haus Hohenzollern“ beschäftigt sich diese Veranstaltung mit markanten Wendepunkten der ostpreußischen und preußischen Geschichte. Seminarleiterin ist Frau Uta Lüttich, die Bundesvorsitzende der ostpreußischen Frauenkreise.

2011 begeht das Haus Hohenzollern sein 950. Jubiläum. Aus diesem Anlass wird Prof. Dr. Wolfgang Stribrny einen Überblick über die bewegte Geschichte des bedeutenden deutschen Herrscherhauses geben. Im Anschluss daran spricht der Direktor des brandenburgischen Landes-Hauptarchivs, Privatdozent Dr. Klaus Neitmann, anlässlich des 600. Jahrestages des 1. Thorner Friedens über die Niedergangszeit des Deutschen Ordens. Auch ein Blick auf ein herausragendes Ereignis der ostpreußischen Geschichte im 16. Jahrhundert darf in diesem Jahr nicht fehlen: Dr. Martin Treu, Bereichsleiter der Stiftung Luthergedenkstätten in Sachsen-Anhalt, wird über die Wahl Albrechts von Brandenburg-Ansbach zum Hochmeister des Deutschen Ordens berichten, die sich 2011 zum 500. Male jährt.

Weitere Beiträge beschäftigen sich mit dem 350. Geburtstag des preußischen Generalfeldmarschalls und Diplomaten Alexander Burggraf und Graf zu Dohna, dem 700. Todestag des Hochmeisters Siegfried von Feuchtwangen und der Gründung des Deutschen Jugendherbergswerkes durch Richard Schirrmann, der aus dem Landkreis Heiligenbeil stammte.

Hans-Joachim v. Leesen spricht in einem Vortrag über das brisante Thema „Zensur in Deutschland“.

Die Teilnahme am Seminar kostet 150 Euro. Die Unterbringung erfolgt in Doppelzimmern. Einzelzimmer sind auf Anfrage gegen Zuschlag erhältlich. Fahrtkosten werden nicht erstattet.

Anmeldungen nimmt die Landsmannschaft Ostpreußen, Frau Christiane Rinser, Buchtstraße 4 in 22087 Hamburg, Telefon (040) 41 40 08 26, Fax: (040) 41 40 08 19, rinser@Ostpreussen.de gerne entgegen. *We*

HÖRFUNK & FERNSEHEN

SONNABEND, 6. August, 14 Uhr, 3sat: Deutsche Spurensuche im Gebiet Königsberg.

SONNABEND, 6. August, 22.15 Uhr, N24: Hiroshima – Der Tag danach.

SONNTAG, 7. August, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und Neue Heimat.

SONNTAG, 7. August, 13.30 Uhr, 3sat: Die Nervenprobe. Kuba-Krise 1962.

SONNTAG, 7. August, 21.20 Uhr, Phoenix: 1980 – Der Streik von Danzig.

SONNTAG, 7. August, 23.40 Uhr, MDR: Wo ist die Mauer?

MONTAG, 8. August, 17 Uhr, 3sat: Lettland – Wildnis zwischen Russland und Riga. 17.45 Uhr: Estland – Wölfe, Biber, Bären. Natur-Dokumentionen.

MONTAG, 8. August, 20.15 Uhr, ZDF: An die Grenze. TV-Drama zum 50. Jahrestag des Mauerbaus.

MONTAG, 8. August, 22.05 Uhr, MDR: Ernst Thälmann – wie er wirklich war.

DIENSTAG, 9. August, 13.15 Uhr, 3sat: Hauptsache rüber (1–6/6).

DIENSTAG, 9. August, 20.15 Uhr, ZDF: Geheimakte Mauerbau. „Die Nacht der Entscheidung“.

DIENSTAG, 9. August, 22.15 Uhr RBB: Mauerjahre – Leben im geteilten Berlin. Das Jahr 1988.

MITTWOCH, 10. August, 20.15 Uhr, 3sat: Museum des Lebens – Das Wiener Naturhistorische.

MITTWOCH, 10. August, Mauerjahre. Das Jahr 1989.

DONNERSTAG, 11. August, 22.15 Uhr, ZDF: Die Schönen des Ostens. St. Petersburg – Die Stolze.

DONNERSTAG, 11. August, 23.05 Uhr, MDR: Karl Liebknecht – Der Märtyrer der Revolution.

FREITAG, 12. August, 14.15 Uhr, RBB: 50 Jahre Mauerbau. Gedenkveranstaltung aus der Sacrower Heilandskirche.

Landsmannschaftliche Arbeit Landesgruppen



BUND JUNGES OSTPREUSSEN

Vorsitzender: Stefan Hein, Gst.: Buchtstr. 4, 22087 Hamburg, Tel.: (040) 4140080, E-Post: schmelter@ostpreussen-info.de, www.ostpreussen-info.de.

Sonntag, 7. bis Dienstag, 16. August: Sommerfahrt nach Ostpreußen. Der BJO unternimmt eine Reise in den Kreis Angerburg. Auf dem Programm stehen unter anderem ein Segeltörn auf den masurischen Seen, ein Ausflug in die Rominter Heide sowie Kontakt zur deutschen Volksgruppe. Auskunft unter (02451) 912926 (Schmelter) oder www.ostpreussen-info.de. – Der neue FRITZ ist da! Die „Junge Zeitschrift für Ostpreußen“ enthält viele interessante Beiträge, unter anderem Masurische Menschen im Laufe der Geschichte, Volksabstimmung im südlichen Ostpreußen 1920, Königsberger Schloss, spannende Berichte über Veranstaltungen des BJO. Bestellung: Telefon/Fax (02451) 912926 (Schmelter) oder www.ostpreussen-info.de.



BADEN-WÜRTTEMBERG

TVors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Ludwigsburg – Donnerstag, 25. August, 15 Uhr, im Krauthof, Beihinger Straße 27: Die Gruppe feiert ihr Sommerfest.

Weinheim an der Bergstraße – Mittwoch, 10. August, 14.30 Uhr, Café Wolf: Treffen der Frauengruppe. An diesem Nachmittag wird sich die Gruppe eingehend mit dem Ermland, mit seiner Geschichte, seinem Leben, Wirken und Schicksal der Bewohner näher befassen. Das Ermland war eine katholische Insel im evangelischen Ostpreußen.



BAYERN

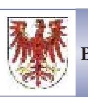
Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Kitzingen – Freitag, 19. August, 14.30 Uhr, „Deutscher Kaiser“: Gustav Patz hält ein Referat über das Thema „Die Senioren- und Behindertenarbeit im Landkreis“.

Landshut – Dienstag, 16. August, 14 Uhr, „Insel“: Zusammenkunft der Gruppe.

München – Jeden Montag 18 bis 20 Uhr: Ostpreußischer Sängerkreis. Ansprechpartner: Dr. Gerhard Graf, Offenbachstraße 60, 85598 Baldham, Telefon (08106) 4960.

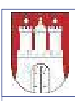
Ulm/Neu-Ulm – Sonnabend, 20. August, 14.30 Uhr, Ulmer Stuben: Treffen der Gruppe zum Schabbern.



BRANDENBURG

Vors.: Elard v. Gottberg, Zarnekauer Siedlung 8a, 23701 Süsel, Mobil (0173) 6254277, Fax (04361) 508219.

Oranienburg – Sonnabend, 13. August, 14 Uhr, Regine-Hildebrandt-Haus in Oranienburg Sachsenhausener Str. 1: Die Landsmannschaft der Ostpreußen, Kreisgruppe Oberhavel führt eine Informationsveranstaltung mit anschließender Diskussionsrunde zum Thema: „Organisation der Deutschen im heutigen Ostpreußen“ durch. Referent ist Hans-Jörg Froese, Mitglied des Bundesvorstands der LO. Anschließend wird ein Imbiss gereicht. Fragen beantwortet Horst Trimkowski unter Telefon (03301) 58 24 96.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Hans Günter Schattling, Helgolandstr. 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

LANDESGRUPPE

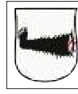
Sonnabend, 27. August, 7.45 Uhr, ZOB Hamburg (Abfahrt): **Busfahrt mit dem Landesverband der vertriebenen Deutschen (LvD) nach Berlin** zur zentralen Auftaktveranstaltung zum „Tag der Heimat“ im ICC Berlin. Diesjähriges Leitwort: „Wahrheit und Dialog – Schlüssel zur Verständigung.“ Gesamtpreis inklusive Fahrt und Teilnahme am Programm (wird im Bus verteilt) 35 Euro. Informationen und Anmeldungen bei Willibald Piesch, Telefon (040) 6552304 oder unter Telefon (040) 346359 von 10 bis 14 Uhr im Haus der Heimat, Teilfeld 8.

Neuer Termin: Sonnabend, 1. Oktober, 10 bis 17 Uhr, Gerhart-Hauptmann-Platz: Heimatmarkt der ost- und mitteldeutschen Landsmannschaften.

BEZIRKSGRUPPE

Billstedt – Die Gruppe trifft sich jeden ersten Dienstag im Monat außer Juli und August im Vereinshaus Billstedt-Horn, Möllner Landstraße 197, 22117 Hamburg (Nähe U-Bahn-Station Steinfurter Allee). Gäste sind willkommen. Informationen bei Anneliese Papiz, Telefon (040) 73926017.

KREISGRUPPE



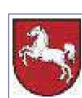
Sensburg – Sonntag, 14. August, 15 Uhr, Polizeisportheim, Sternschanze 4, 20357 Hamburg: Gemütliches Beisammensein. Gäste sind herzlich willkommen.



HESSEN

Vorsitzender: Dietmar Strauß, Jahnstraße 19, 68623 Lampertheim, Tel. (06206) 4851.

Darmstadt – Sonnabend, 13. August, 15 Uhr, Luise-Blücher-Haus Am See, Neu-Kranichstein, Grundstraße 10 (EKZ): Monatstreffen. Nach der Kaffeetafel hält Erwin Balduhn einen Vortrag über „Die Wolfskinder“.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Göttingen – **Busfahrt nach Friedland zum Ökumenischen Gottesdienst**, 3. September: 62 Durchgangslager Friedland, Tag der Heimat. Eingeladen sind alle Ostpreußen, Pommern, Schlesier, Danziger, Sudetendeutsche und Gäste. Programm: 11 Uhr, Beginn mit Begrüßung im Caritas-Haus, 12.30 Uhr, Mittagessen in der Lager-Kantine (Königsberger Klopse), 13.30 Uhr, Führung durch das Lager Friedland durch Mitarbeiter des Lagers, 14.30 Uhr, Ökumenischer Gottesdienst in der Pfarrkirche St. Norbert. Anschließend Kranzniederlegung am Heimkehrer-Denkmal, 15.30 Uhr, Kaffee und Kuchen. Ein Unkostenbeitrag für das Mittagessen sowie Kaffee und Kuchen in Höhe von 12,50 Euro wird von jedem Gast erhoben. Abfahrtszeiten für den Bus: 10.05 Uhr, Holtenser Landstraße, 10.20 Uhr, Zentraler Omnibusbahnhof/Zoologisches Institut, 10.30 Uhr, Bürgerstraße, 10.35 Uhr, Kiesseestraße/“Zur Linde“. Anmeldungen erbeten bis spätestens 27. August bei Werner Erdmann, Holtenser Landstraße 75, 37079 Göttingen.

Rinteln – Donnerstag, 11. August, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Hotel Stadt Kassel, Klosterstraße 42 in Rinteln. Dr. Hans-Walter Butschke aus Lemgo wird zum Thema „Welche Kräfte treiben die Evolution?“ referieren. Auch interessierte Gäste sind herzlich willkommen. Der Eintritt ist frei. – Im September findet keine öffentliche Veranstaltung statt. – Informationen zu den regelmäßig stattfindenden Treffen und zur landsmannschaftlichen Arbeit in Rinteln gibt es bei Ralf-Peter Wunderlich unter Telefon (05751) 3071 oder bei Joachim Rebuschat unter (05751) 5386. – Vom 20. bis 26. Oktober wird eine siebentägige Busreise „Begegnung mit Königsberg / Kaliningrad (und Kurische Nehrung)“ mit Professor Heinz Schürmann, Bielefeld, und Joachim Rebuschat, Rinteln, stattfinden. Vorgesehen sind kultur-, literatur- und architekturhistorische Spurensuche mit Erkundungen und Entdeckungen zwischen Vergangenheit und Gegenwart, Besichtigungen von Museen und Kirchen in und um Königsberg, eine Schiffstour auf dem Pregel sowie ein Ausflug auf die Kurische Nehrung. Bei Bedarf gibt es Raum zur Muße und die Gelegenheit zu eigenen Unternehmungen; Übernachtungen auf Hin- beziehungsweise Rückfahrt in Stolpmünde und Kolberg sowie in Königsberg in einem renovierten deutschen Haus. Informationen bei Joachim Rebuschat, j.rebuschat@web.de oder Telefon (05751) 5386

NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstr. 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bad Godesberg – Mittwoch, 17. August, 17.30 Uhr, Stadthalle Bad Godesberg, Erkerzimmer: Treffen der Gruppe zum Stammtisch.

Bielefeld – Donnerstag, 18. August, 15 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock: Literaturkreis.

Dortmund – Montag, 15. August, 14.30 Uhr, Ostdeutsche Heimatstuben Landgrafenschule Ecke Märkische Straße: Treffen der Gruppe.

Düsseldorf – Bund der Vertriebenen zur Ausrichtung eines Parlamentarischen Abends im Landtag von Nordrhein-Westfalen eingeladen. Am 12. Juli 2011 trafen die Spitzen des Bundes der Vertriebenen (BdV) und seiner Landsmannschaften in Nordrhein-Westfalen mit dem Beauftragten der CDU-Fraktion für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, Bodo Löttgen MdL, im Düsseldorfer Landtag zusammen. Landtagspräsident Eckhard Uhlenberg (CDU) hatte dem Abgeordneten zuvor signalisiert, dass das Landtagspräsidium der Ausrichtung eines Parlamentarischen Abends durch die Verbände der deutschen Heimatvertriebenen und Spätaussiedler in Nordrhein-Westfalen aufgeschlossen gegenüber stehe. Ziel der Zusammenkunft war es, Wünsche und Anregungen zur Ausgestaltung der Veranstaltung aufzunehmen, zu diskutieren sowie die Möglichkeiten und Vorschläge der einzelnen Verbände zu koordinieren. Bodo Löttgen eröffnete den Anwesenden die Ziele und Chancen des Vorhabens: „Das ganze dient sowohl der Vorstellung der eigenen speziellen Wünsche, die mal auf einer anderen Ebene an Parlamentarier herangetragen werden sollen, als auch dem gemeinsamen Zeichnen eines Bildes: Wie sieht denn heute in Nordrhein-Westfalen die Arbeit der Vertriebenenverbände aus? Ich glaube, da könnten Sie mit sehr vielen latent oder nicht latent vorhandenen Vorurteilen aufräumen!“ Nach den Karnevalisten, Schützen und Vertretern verschiedener Landesteile sei es an der Zeit, dass auch die große Gruppe der Vertriebenen und Aussiedler in NRW die Gelegenheit erhalte, sich im Landtag zu präsentieren, so der Landtagsabgeordnete. Die weitere Organisation und übergreifende Abstimmung der einzelnen Beiträge wird der nordrhein-westfälische Landesverband des Bundes der Vertriebenen in Abstimmung mit der Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus übernehmen. Im Anschluss an die Gespräche konnten weitere spezifische Sachverhalte diskutiert werden, unter anderem der aktuelle Stellenwert des Kulturgutes des deutschen Ostens und des Themas „Flucht und Vertreibung“ im schulischen Unterricht. Zeitgleich hielt sich auch die ehemalige Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth (CDU) im Landtagsgebäude auf. Sie war es, die im Mai 1990 die Fahnen der historischen deutschen Ostprovinzen aus dem Ostflügel des Reichstags hatte entfernen lassen, welche dort bis dahin zur Erinnerung und Mahnung gemeinsam mit den Fahnen der Länder der Bundesrepublik Deutschland gehangen hatten.

Ennepetal – Donnerstag, 18. August, 17 Uhr: Monatsversammlung mit Grillen.

Gütersloh – Jeden Montag, 15 bis 17 Uhr, Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13, 33330 Gütersloh: Ostpreußischer Singkreis. Kontakt und Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343.

Witten – Montag, 15. August, 15 Uhr, Ev.-Lutherische Kreuzgemeinde Witten, Lutherstraße 6–10: Verdienstvolle Persönlichkeiten aus Ost- und Westpreußen – 50 Jahre Mauerbau Berlin.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Mainz – Mittwoch, 17. August: Schiffs-Kaffeefahrt in den Rheingau mit der Primus-Linie, Abfahrt ab Mainz-Fischtor, Anlegestelle der Primus-Linie um 14.30 Uhr, Rückkehr gegen 17.20 Uhr (Ankunft in Mainz/Fischtor).

Donnerstag, 18. August, 15 Uhr, Café Zucker, Bahnhofstraße 10, 55116 Mainz: Heimatlicher Kaffeenachmittag der Damen.

Freitag, 19. August, 13 Uhr, Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz: Treffen der Gruppe zum Kartenspielen.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Mölln – Sonnabend, 27. August, Fahrt des Bundes der Vertriebenen zur Festveranstaltung zum **„Tag der Heimat“ in Berlin** im Internationalen Congress Centrum. Die Veranstaltung findet von 12 bis 14 Uhr statt und steht unter dem Leitwort „Wahrheit und Dialog – Schlüssel zur Verständigung“. Anschließend wird das Schloss Cäcilienhof besichtigt. Der Bus fährt um 5.45 Uhr in Ratzeburg, Schweriner Straße, ab. Zusteigemöglichkeiten gibt es um 6 Uhr in Mölln und um 6.30 Uhr am Rastplatz Talkau. Anmeldungen ab sofort möglich bei Klaus Kuhr, Mölln, Telefon (04542) 89874, und Margot Kindermann, Ratzeburg, Telefon (04541) 3813, und Peter Gerigk, Schwarzenbek, Telefon (04151) 4352.

Mittwoch, 31. August: **Fahrt nach Gifhorn (Südheide)**. Besichtigung des Mühlen-Freilicht-Museums, das 16 funktionstüchtige Mühlen aus verschiedenen Ländern beherbergt, zum Beispiel aus Russland, Portugal und anderen. Anschließend geht es zum Otter-Zentrum in Hankensbüttel. Dort sind nicht nur Fischotter zu sehen, sondern auch Steinmarder, Dachse und Hermeline. Die Fahrt kostet für Mitglieder 10 Euro, für Nichtmitglieder 20 Euro einschließlich Fahrt und Eintritt. Das Mittagessen kann anhand einer Liste bereits im Bus bestellt werden. Der Bus fährt am 31. August ab: um 6.45 Uhr an der Feuerwehr, 6.55 Uhr Waldstadt, 7 Uhr Wasserkrügerweg/Behaimstraße, 7.15 Uhr ZOB Mölln. Die Rückkehr nach Mölln ist für 19 Uhr geplant. Anmeldungen für diese Fahrt nimmt Bruno Schumacher unter Telefon (04542) 5044 entgegen.

Lesung mit Jenny Schon

Die Autorin liest am 14. August um 17 Uhr aus ihrem Buch. Mit der Geschichte Berlins ist das Datum 13. August 1961 verwoben. Vor 50 Jahren wurde Berlin durch den Mauerbau der DDR in zwei Teile geteilt. Die Menschen hüben wie drüben mussten ihr Leben unter diesen unsäglichen Umständen einrichten und gestalten. Eine früh aus Westdeutschland Angeworbene und nach West-Berlin Zugezogene hat zu diesem Anlass ein Buch herausgebracht, in dem sie „faszinierende Geschichten versammelt hat“, so Thomas Krüger, Präsident der Bundeszentrale für Politische Bildung. Veranstalter: Kladower Forum e.V. Der Eintritt ist frei.

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Aus den Heimatkreisen

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



EBENRODE (STALLUPÖNEN)

Kreisvertreter: Dr. Gerhard Kuebart, Schiefe Breite 12a, 632657 Lemgo, Telefon (05261) 8 81 39, E-Mail: gerhard.kuebart@googlemail.com.

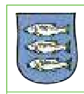
Ortsatlas Trakehnen. Ein Exemplar des druckfrischen „Ortsatlas Trakehnen – Das Hauptgestüt, seine Vorwerke und das Dorf – siedlungsgeschichtliche Dokumentation“ überreichte die Autorin Daniela Wiemer am 22. Juni der Leiterin der Museums-Stube im Landstallmeisterhaus Trakehnen. Es wird dort für alle Besucher zugänglich ausgelegt werden. Auch Natascha Janzen erhielt ein Freiexemplar. Sie hatte die Autoren mit Auskünften und Informationen unterstützt. Auf ihre Initiative und ständige Förderung konnte im vorigen Jahr das neue Bethaus der Baptisten-Gemeinde erweitert werden, das ihrem Engagement zu verdanken ist. Sie führt mit ihrem Mann die Zahnarztpraxis des Dr. Warwas fort, die sie seit nahezu 20 Jahren mit großem Erfolg mitaufgebaut hat.



LABIAU

Kreisvertreterin: Brigitte Stramm, Hoper Straße 16, 25693 St. Michaelisdonn/Holstein, Telefon (04853) 562, Fax (04853) 701. info@strammverlag. de, Internet: www.labiau.de.

Flugreise 2011 in den Heimatkreis. Die einzige Reise im Jahr 2011 fand vom 14. bis 19. Juli statt. Fast alle Reiseteilnehmer trafen sich auf dem Flughafen Hamburg, um mit der polnischen Fluglinie LOT über Warschau nach Königsberg zu fliegen. In Warschau trafen wir auf die beiden Mitreisenden aus Berlin. Mit reichlich Verspätung flogen wir dann nach Königsberg ab. Ostpreußens Hauptstadt war zumindest an dem Tag nicht das erklärte Reiseziel vieler Menschen. Unser Stützpunkt war die Hotelanlage Forsthaus in Groß Baum, die Gott sei Dank nach dem Wasserschaden 2010 wieder in Betrieb ist. Zimmer, Verpflegung, alles in Ordnung – und die Hauptsache: Wir haben wieder unser Quartier im Heimatkreis. Am nächsten Tag war gleich der Taxitag angesetzt, an dem alle in ihre Heimatorte beziehungsweise zu sonstigen Punkten des Interesses aufbrachen. Ziele waren: Popelken, Mehlauken und Orte in der Elchniederung, Kreis Wehlau, Laukischken und Gertlauken. In den kleinen Ortschaften ist nach wie vor Trostlosigkeit vorzufinden. In unserer Kreisstadt Labiau fand ich doch einige renovierte Objekte vor, zum Beispiel die Häuser Königsberger- / Ecke Bismarckstraße. Dort wurde eine Reihe von Geschäften renoviert und auch das Äußere der Häuser sah ansprechend aus. Ebenso die gegenüberliegenden Wohnhäuser. Im ehemaligen Schlossgarten fand ich einen ganz neuen Kinderspielplatz vor, der eifrig von den Kindern genutzt wurde. In Laukischken konnten wir ins Innere des ehemaligen Schlosses Biberstein gelangen, das als Schule genutzt wird; dort wurde gerade renoviert. Die Eingangshalle und das Treppenhaus schienen in altem Zustand zu sein. Im Gebäude befindet sich auch ein Museum, das die Eroberung des Gebietes 1945 mit den dazu gehörenden „Helden“ zeigt. Ich hatte gehofft, Fotos des Gebäudes von innen und außen aus der Zeit um 1945 zu finden – leider nichts. In Gertlauken besuchten wir die Schule, die durch Marianne Peyinghaus Bedeutung erlangte, außerdem das Forsthaus. Beide Gebäude werden genutzt und befinden sich in gutem Zustand. In Dedawe / Deimehöh, dem ehemaligen Gutsbetrieb, in dem sich heutzutage ein Nonnenkloster befindet, konnten wir ungestört über das gepflegte Gelände bummeln. Der zum Gästehaus umgebaute Stall ist jetzt fertiggestellt. Die gesamte Anlage macht einen wohltuend gepflegten Eindruck. Anschließend fuhren wir nach Gilge, um dort noch ein wenig (fast) richtige Ostpreußenstimmung zu erhaschen. Die Straße dorthin ist nach wie vor sehr schlecht, als wolle man den dorthin Reisenden das Fahrziel von vornherein vermiesen. Gelang bei uns aber nicht. Zielstrebig machten wir uns auf den Weg und kehrten bei Leni Ehrlich ein. Sie war in großen Vorbereitungen für eine Hochzeit für 60 Personen, die zwei Tage lang dauern sollte. Alles war hübsch eingedeckt und auch die Vorspeisen standen schon auf den Tischen. Trotzdem wurden wir noch mit Kaffee und Fladen bewirtet. Auch in Gilge hat sich etwas getan, einige Häuser sind inzwischen renoviert worden. Wir wollten noch schauen, ob Hilde Joswig zu Hause ist, erfuhren aber von Monika: „Hilde kaputt“, das heißt, sie ist leider verstorben. Wir wanderten noch ein Stückchen Richtung Gilge-Mündung, bis es nicht mehr weiter ging. Eine himmlische Ruhe dort, einfach wohltuend. Am Stadtfest am 16. Juli nahm ich, wie in den Jahren zuvor, auch teil. Der offizielle Teil mit diversen Ansprachen fand auf einer Bühne statt, deren Dekoration das Labiauer Schloss in seiner ursprünglichen Form darstellte. Auch hier wieder stellte man fest: Ohne „unsere“ Historie sieht es dort sehr schlecht aus. In meiner Ansprache wünschte ich der Stadt und dem Kreis viele Besucher, die die wunderschöne Natur dort genießen und achten und überreichte für das Museum eine Bildertafel mit Motiven aus einem Labiauer Fremdenverkehrsprospekt von 1939. Unsere Gruppe hatte Gelegenheit das Museum im Schloss in den Räumen des ehemaligen Heimatmuseums zu besuchen. Als Neuigkeit fanden wir die Abbildungen der Kirchen aus dem Kreis Labiau mit deutscher und russischer Beschreibung, angefertigt von LM Helmuth Krautien, Gilja, vor. Auch Motive, die es genau wie die auf der großen Bildertafel in der Jetztzeit zumeist nicht mehr gibt. Das Stadtfest ist ohne Zweifel einer der Höhepunkte im Jahresablauf. Früher war es das Labiauer Schützenfest, das mehrere Tage dauerte und weit über die Kreisgrenzen bekannt war. Besonders für die Kinder wurde viel geboten, eine Hopsburg, viele Verkaufsstände waren vertreten und Boot fahren war auch möglich, sogar der Wettergott war uns wohlgesonnen, wie überhaupt auf der gesamten Reise. Ausflüge auf die Kurische Nehrung, ins Samland und nach Königsberg sind ein Muss bei unseren Ostpreußen-Reisen und erfreuten alle Teilnehmer. Der Rückflug stellte unsere Geduld auf eine harte Probe, er führte uns noch von Warschau über München nach Hamburg. Schließlich dort gut gelandet waren sich alle einig: Es war eine tolle Reise. Der ausführliche, bebilderte Reisebericht wird im Dezember-Tohus-Heft stehen. Die nächste Bus-Reise findet übrigens vom 8. bis 17. Mai 2012 statt. *Brigitte Stramm*



LÖTZEN

Kreisvertreter: Dieter Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, Fax: (040) 60890478, E-Mail: KGL.Archiv@gmx.de

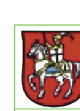
Masuren in Neumünster. Besondere Veranstaltung am Sonnabend, den 20. August 2011, im Lötzener Heimatmuseum in Neumünster! Von 10 bis 16 Uhr sind die fünf Ausstellungsräume dieses ostpreußischen Heimatmuseums in der Brachenfelder Straße 23 (unweit Rathaus) geöffnet. Zu sehen ist, neben der ständigen Ausstellung zur Geschichte und Kultur von Stadt und Kreis Lötzen in Masuren, die Sonderausstellung „Die vier Jahreszeiten in Ermland und Masuren“. Gezeigt werden 40 großformatige, unübertrefflich schöne und eindrucksvolle Landschaftsaufnahmen des polnischen Fotografen Mieczyslaw Wieliczko (Allenstein). Sie bleiben bis Ende Oktober im Lötzener Heimatmuseum. Zur Ausstellung ist ein Katalog erschienen, der zum günstigen Preis erworben werden kann. – Um 16.15 Uhr beginnt im Veranstaltungsraum der Vortrag „Der Ostpreuße Ernst Wiechert und seine Märchen“. Dieter und Ute Eichler, Hamburg, stellen die Entstehungsgeschichte dieser Märchen vor und lesen Beispiele. Der Eintritt ist – wie immer – frei.



LYCK

Kreisvertreter: Gerd Bandilla, St. Agnes-Straße 6, 50374 Erftstadt-Friesheim. Stellvertreter und Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim. Kreisältester: Alfred Masuhr, Reinickendorfer Straße 43a, 22149 Hamburg.

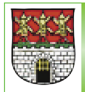
Am 27. August 2011, 14.30 Uhr, findet im Ratssaal des Rathauses der Stadt Hagen in Westfalen, Rathausstraße 13, eine öffentliche **Sitzung des Kreistages** der Kreisgemeinschaft Lyck mit folgender Tagesordnung statt: 1. Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlußfähigkeit, 2. Totengedenken, 3. Ehrungen, 4. Genehmigung der Niederschrift über die KT-Sitzung vom 28. August 2010, 5. Berichte a) aus dem Kreisauschuss, b) Kreisvertreter, c) Karteiwart, d) Beisitzer für Seniorenkartei, e) Archiv- und Kulturwarin, f) Bücherversand, g) Redaktion Hagen-Lycker Brief, Rückblick und Ausblick, h) Berliner Gruppe, i) Mittlere Generation, 6. Erbschaft Rowlin, a) Grundsatzbeschluss, b) Anmietung der Wohnung Elbersufer 20 in Hagen, c) Bekanntgabe weiterer Beschlüsse des Kreisausschusses, 7. Jahresabschluss 2010, a) allgemeiner Haushalt, b) Erbschaft Rowlin, 8. Bericht der Kassenprüfer und Entlastung des Kreisauschusses, 9. Haushaltsplan 2011, 10. Diesjähriges Kreistreffen, 11. Veranstaltungen in 2012, a) 24.-26. Februar Seminar „Masuren, Geschichte und Sprache“ in Bad Pyrmont, b) Regionaltreffen Nord in Lübeck,c) 28. Mai Großes Ostpreußentreffen in NRW, d) 25./27. August Kreistreffen in Hagen.



OSTERODE

Kreisvertreter: Dieter Gasser, Friedrich-Lamp-Straße 8, 24306 Plön, Tel. (04522) 593580. Geschäftsstelle: Martin-Luther-Platz 2, 37520 Osterode am Harz., Tel. (05522) 919870. KGOeV@t-online.de; Sprechstunde: Di. 9–12, Do. 14–17 Uhr.

Einladung zur Mitgliederversammlung 2011 am Sonnabend, 10. September 2011, 14 Uhr, in die Stadthalle Osterode am Harz, Stadthallen-Restaurant „da Capo“, im Zusammenhang mit dem diesjährigen Hauptkreistreffen. Tagesordnung: Eröffnung, Genehmigung der Niederschrift über die Mitgliederversammlung am 4. September 2010 in Osterode am Harz, Entgegennahme des Jahresberichts des Kreisvertreters, Erteilung der Entlastung des Vorstandes, Verschiedenes.



SCHLOSSBERG (PILLKALLEN)

Kreisvertreter: Michael Gründling, Große Brauhausstraße 1, 06108 Halle/Saale. Geschäftsstelle: Renate Wiese, Tel. (04171) 2400, Fax (04171) 24 24, Rote-Kreuz-Straße 6, 21423 Winsen (Luhe).

Michael Gründling erhält das Silberne Ehrenzeichen der LO. In Würdigung des langjährigen Einsatzes für Heimat und Vaterland verleiht die Landsmannschaft Ostpreußen das Silberne Ehrenzeichen an Michael Gründling. Am 6. November 1965 wurde Michael Gründling in Halle (Saale) geboren. Seine ostpreußischen Wurzeln hat Gründling durch seine Vorfahren aus Uschpiaunen/Kiesdorf und Erubischken/Hopfendorf im Kreis Pillkallen. Dort lebte unter anderem seine Großmutter, Emma Bajorat, aus Uschpiaunen. Von 1972 bis 1980 besuchte Gründling die Polytechnische Oberschule und darauf die Erweiterte Oberschule (EOS): Seine schulische Ausbildung schloss er im Jahre 1984 mit dem Abitur ab. Danach leistete er bis 1987 seinen Wehrdienst bei der NVA ab, nahm dann eine kaufmännische Ausbildung auf mit Abschluss im Jahre 1989. Seit dieser Zeit ist er ununterbrochen in der Stadtverwaltung Halle (Saale) tätig. Im Jahre 1991 übernahm Michael Gründling das Amt des Vorsitzenden der Ost- und Westpreußen-Gruppe Halle und ist Mitglied im Landesverband Sachsen-Anhalt der Landsmannschaft Ostpreußen. Am 5. November 1996 wurde Gründling in den Kreistag und am 13. November 2004 zum stellvertretenden Kreisvertreter der Kreisgemeinschaft Schlossberg gewählt. Durch den Tod von Kreisvertreter Arno Litty (verstorben am 28. August 2008) übernahm Gründling zunächst kommissarisch die Aufgabe des Kreisvertreters. Am 14. Februar 2009 wurde er einstimmig zum Kreisvertreter der Kreisgemeinschaft Schlossberg gewählt. Michael Gründling ist ledig. Seit 2007 gehört er als Vorstandsmitglied dem Fördererkreis „Ostpreußisches Jagdmuseum“ und seit 2008 als Delegierter der Kreisgemeinschaft Schlossberg der „Ostpreußischen Landesvertretung“ an.



Karsten Uffhausen erhält das Silberne Ehrenzeichen der LO. In Würdigung des langjährigen Einsatzes für Heimat und Vaterland verleiht die Landsmannschaft Ostpreußen das Silberne Ehrenzeichen an Dr. Karsten Uffhausen.



Am 21. Dezember 1941 wurde Dr. Karsten Uffhausen in Darkehmen/Angerapp geboren. Vater Horst Uffhausen, Landgerichtsrat zu Königsberg/Pr., Sohn eines Gutsbesitzers aus Grünheide, Kreis Insterburg und ab August 1939 als Reserveoffizier zum Kriegsdienst einberufen. Mutter Lore, geb. Zimmermann, Tochter eines Gutsbesitzers aus Kuinen/Golsaue, Kreis Angerapp. Dr. Uffhausen verlebte bis zur Flucht zweieinhalb Jahre eine schöne Kindheit auf dem Gutshof der Großeltern mütterlicherseits in Gosaue, zusammen mit deren beiden Töchtern und einem Sohn, Dr. Uffhausens beiden Schwestern (geboren 1940 und 1943) sowie zwei Vettern. Im Juli 1944 verlassen die Mütter mit ihren Kindern mit besonderer Erlaubnis per Bahn die Heimat Ostpreußen mit Ziel zunächst Hohensalza (Warthegau), es folgt ein mehrmonatiger Zwischenaufenthalt bei Vaters Schwester. Nach einem Aufenthalt in einer Kaserne in Nordheim (Niedersachsen) ging es im März 1945 nach Hann. Münden, wo die Gruppe bei einer Tante unterkam. Hier besuchte Uffhausen ab Ostern 1948 die Knaben-Volksschule. Vater Uffhausen, aus amerikanischer Kriegsgefangenschaft in Frankreich entlassen, leistet zunächst in Hann. Münden verschiedene Hilfsarbeiten. Es folgte eine Anstellung als Richter beim Landgericht Göttingen und wechselte 1951 zum Oberlandesgericht Celle. Damit erfolgte der Umzug nach Celle, wo Uffhausen den Rest der Volkschule absolvierte. Ab Ostern 1952 bis November 1954 besuchte er das dortige Gymnasium. Wegen Umzugs nach Hannover setzte er seine Schulbildung auf einem dortigen Gymnasium fort bis zum Abitur im Februar 1961. Vorzeitig leistete Uffhausen gleich anschließend seine 18 Monate Wehrdienst bei einer Infanterieeinheit ab und schaffte es bis zum Unteroffizier. Ab Wintersemester 1962/63 nahm Uffhausen ein Jurastudium in Hamburg auf, um dort beim Corps „Albertina“, als Mitglied aktiv zu werden. Das Corps ist benannt nach der Herzog-Albrecht-Universität zu Königsberg/Pr., einer schlagenden Studentenverbindung, die 1950 von alten Herren dreier Königsberger Corps (Baltia, Hansea und Littuania) gegründet wurde. Das Studium wurde fortgesetzt in Marburg und Göttingen. 1967 legte Uffhausen in Celle das Erste juristische Staatsexamen ab. Es folgte ein Vorbereitungsdienst an verschiedenen Gerichten und Stellen in Niedersachsen. Im Jahre 1970 Promotion in Göttingen und 1971 das Große Staatsexamen in Hannover. Ab April 1971 war er als Richter am Verwaltungsgericht in Lüneburg. Ende Juli heiratete Dr. Uffhausen in Lüneburg die Lehrerin Elke, geborene Fredershausen, aus Bishausen, Kreis Northeim. Aus der Ehe gingen die Söhne Felix, geboren 1972, derzeit Arzt in Schweden und Philipp, geboren 1976, Rechtsanwalt in Lüneburg, hervor. 1981 wurde Dr. Uffhausen Richter am Oberverwaltungsgericht in Lüneburg. Während seiner gesamten richterlichen Tätigkeit bearbeitete er Verfahren auf Anerkennung als Vertriebene/(„Spät“-)Aussiedler nach dem mehrfach spontan geänderten BVFG. Dr. Uffhausen ging planmäßig im Jahre 2007 in den Ruhestand. Im Dezember 2007 wurde seine Frau von ihrem schweren Leiden erlöst. Seit 1986 ist Dr. Uffhausen Mitglied des Vereins der „Freunde des Ostpreußischen Landes- und Jagdmuseums“. Seit 1997 ist er auch Mitglied des „Fördererkreises Ostpreußisches Jagdmuseum – Hans-Ludwig Loeffke Gedächtnisvereinigung e. V.“ und seit 2001 Mitglied des Vorstandes. Im Jahre 2005 wurde er schließlich Mitglied im Verein „Ostpreußisches Jagd- und Landesmuseum“. Im Rahmen der Kreistagssitzung der Kreisgemeinschaft Schlossberg am 12. Juni 2010 wurde Dr. Karsten Uffhausen in den Kreistag der KG Schlossberg gewählt. Zu seinem Aufgabenbereich innerhalb der Kreisgemeinschaft zählt als Jurist insbesondere die Klärung anstehender Rechtsfragen.

Martin Kunst erhält das Silberne Ehrenzeichen der LO. In Würdigung des langjährigen Einsatzes für Heimat und Vaterland verleiht die Landsmannschaft Ostpreußen das Silberne Ehrenzeichen an Martin Kunst. Am 5. Juni 1938 wurde Martin Kunst in Kermuschienen/Ladmannsfelde, Kreis Pillkallen, geboren. Der Vater war Schmiedemeister Albert Kunst. Mutter Margarete, geborene Hillgruber, stammt aus Scharkabude/Friedfelde, Kreis Pillkallen. Als Treckschmied war sein Vater für mehrere Gemeinden zuständig. Am 1. August 1944 begann die Flucht. Zunächst ging es nach Moterau und Allenburg im Kreis Wehlau, dann im Januar 1945 mit dem großen Flüchtlingsstrom über das zugefrorene Frische Haff und über Danzig bis nach Stolp-Lauenburg. Sein Vater kam in Gefangenschaft und der Rest der Familie verbrachte bei Stolp mehrere Wochen versteckt im Wald. Im November/Dezember 1945 ging es per Eisenbahn-Viehwaggon in

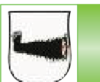
Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 18

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 17

zwei Wochen weiter bis Berlin. Ab 1946 wurde Kunst in die Volksschule in Berge (Westprignitz) eingeschult. Sein Vater war aus der Gefangenschaft zurückgekehrt und hatte dort bereits einen Schmiedebetrieb aufgebaut. Ab 1947 lebte die Familie in Mecklenburg und am 1. Januar 1956



verließ sie die DDR und fand in Salzgitter eine neue Bleibe. Im Jahre 1957 nahm Kunst die Ausbildung zum Maschinenbauer auf, die er 1959 mit dem Gesellenbrief abschloss. Nun absolvierte er drei Semester Technikerschule mit Prüfung zum Maschinenbautechniker. Ab 1961 war Kunst in der Entwicklung bei einem Luft- und Raumfahrtkonzern tätig. Mit dem Erreichen des 65. Lebensjahres ging Kunst im Jahre 2003 in den Ruhestand. Martin Kunst ist verheiratet mit Irina Levochkina, einer gelernten russischen Kinderärztin. Sie hat ihren Wohnsitz sowohl in Ganderkesee als auch weiterhin in Königsberg. Nach dem Tod des Chronisten der KG Schlossberg, Herbert Sebeikat (verstorben am 11. April 2009), meldete sich Kunst telefonisch beim Vorstand der Kreisgemeinschaft Schlossberg und bot seine Mitarbeit an. Schnell wurden dem Vorstand seine Interessen und Fähigkeiten deutlich und so wurde er als Chronist zum Nachfolger von Herbert Sebeikat ernannt. Seine erste Aufgabe war die von Sebeikat fast druckfertige Ortschronik Band 7, Dörfer des Kirchspiels Schlossberg, zu überarbeiten und in Druck zu geben. Im Januar 2010 kam dieser Band heraus. Inzwischen arbeitet Kunst an den nächsten Ortschroniken der Kirchspiele Haselberg und Steinkirch mit Mallwen. Er ist dafür Tag und Nacht mit großem Engagement und unbeschreiblicher Begeisterung tätig, schafft weltweit neue Kontakte mit Schlossbergern, telefoniert oder mailt mit ihnen über alle Kontinente und fordert zu konstruktiver Mitarbeit auf. Er versucht es sogar bei unseren doch überwiegend in hohem Alter stehenden Schlossbergern, sie wegen der zum Beispiel vereinfachten Kommunikation zur Anschaffung eines Laptops oder Computers zu begeistern. Kunst ist neben seiner zeitaufwändigen Erarbeitung der Ortschroniken auch jederzeit bereit, bei jeglichen Anfragen heimatvertriebener Schlossberger oder deren Nachfahren, für sie zu recherchieren, Auskunft zu geben oder Kontakte herzustellen. Kunst ist in Belangen Heimat für alle Fragen und nahezu über 24 Stunden ansprechbar. Im Rahmen der Kreistagssitzung der Kreisgemeinschaft Schlossberg am 12. Juni 2010 wurde Martin Kunst in den Kreistag der KG Schlossberg gewählt.



SENSBURG

Erster stellv. Kreisvertreter: Rolf W. Krause, Geschäftsstelle: „Sensburger Zimmer", Stadtverwaltung Remscheid, Kreuzbergstraße 15, 42849 Remscheid, Telefon (02191) 163718, E-Mail: info@kreisgemeinschaftsensburg.de

26. Ortstreffen Steinhof und Groß Steinfelde. Vom 17. bis 20. Juni 2011 fand, wieder im gastlichen Hotel „Krone-Post" in Eberbach/Neckar, das 26. Treffen der Heimatgemeinden Steinhof und Groß Steinfelde statt. Einige Landsleute konnte Bernhard Hirsch bereits am Freitagabend begrüßen, um dann am Haupttag, dem 18. Juni, alle angereisten Gäste mit ihren Partnern herzlich willkommen zu heißen. Es war das erste Treffen ohne den Begründer dieser regelmäßigen Zusammenkünfte Heinrich Borchert, der am 10. Juli 2010 im Alter von 86 Jahren von uns gegangen ist. Im Anschluss an das Gedenken an die verstorbenen Landsleute hielt Berthold Hirsch die Laudatio auf Heinrich Borchert, in der er dessen Bemühungen um die Erhaltung der Heimattreue dankend würdigte. Dabei zitierte er auch ein kleines Gedicht, das den Kernsatz beinhaltet, andere Interessen zurückzustellen, um bei den Heimattreffen dabei sein zu können und damit auch „die wohltuende Wirkung für die seelische Ausgeglichenheit zu gewinnen". Das Wiedersehen mit Schulkameraden und Heimatfreunden sowie der Austausch der gemeinsamen Erinnerungen an das vielfach gleiche Schicksal sei die beste Therapie. Berthold Hirsch dankte auch Landsmann Helmut Jelonek als Mitbegründer der Treffen. Auch im Gedenken an unsere Lieben sangen alle stehend das Ostpreußenlied und das Ostpreußen-Heimatlied von unserem verstorbenen Bürgermeister „Gode Morgen". Als Übergang von dem besinnlichen zu dem unterhaltenden Teil trug Berthold Hirsch eine heimatliche Sage mit aufheiterndem Inhalt vor. Unterstützt wurde das gemütliche Beisammensein mit einem von dem Hotel-Ehepaar Jung gespendeten „Pillkaller" sowie einem Gläschen „Bärenfang", den das Ehepaar Erdmann aus Hinterpommern mitgebracht hatte. Nur ungern trennte sich der wieder so froh durch heimatliche Laute vereinte Kreis mit dem Wunsch auf ein fröhliches Wiedersehen im nächsten Jahr vom 15. bis 18. Juni 2012, so Gott will. Mit den Heimatfreunden, die in dem Hotel gewohnt hatten, besuchten Berthold Hirsch und seine Frau Lore am Sonntag wieder den Gottesdienst in der Michaeliskirche, wo wir mit unseren Dorfnamen unter dem Hinweis auf unsere masurische Heimat vor der ganzen Gemeinde freundlich begrüßt wurden. Der Nachmittag erfreute uns mit einem Ausflug in den Odenwald.



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Hans Dzieran, Stadtgemeinschaft Tilsit, Postfach 241, 09002 Chemnitz, Telefon (0431) 77723.

Ausstellung im Kieler Rathaus – Am 4. August 2011 um 17 Uhr wird im Kieler Rathaus die Ausstellung „Juden in Tilsit" eröffnet. Die Vorsitzende des Vereins „Juden in Ostpreussen", Dr. Ruth Leiserowitz, wird während der Vernissage das Einführungsreferat halten. Die Ausstellung wird im Foyer des Rathauses vom 4. bis 26. August gezeigt. Auf 40 großen Foto- und Texttafeln wird eindrucksvoll dokumentiert, welches rege jüdische Leben bis zur Vertreibung und Vernichtung im Zweiten Weltkrieg in Tilsit herrschte. Jahr-



hunderte hatten jüdische Bürger das Stadtbild entscheidend mitgeprägt. Sie waren vor allem als Kaufleute bekannt und vermittelten die Handelsgeschäfte mit dem Osten – bis 1933 die systematische Vertreibung begann und im Sommer 1942 die letzten zirka 300 Frauen, Männer und Kinder deportiert und umgebracht wurden. Im Mittelpunkt der Fotoschau stehen neben dem historischen Abriss jüdischen Lebens in der Region vor allem Personen, die zum großen Teil namentlich bekannt sind und deren Schicksal fast immer dasselbe abrupte Ende nahm. Die wenigen Überlebenden und ihre Nachfahren sind heute in alle Welt verstreut. Im Rahmen der Recherche zu dieser Ausstellung hat Dr. Ruth Leiserowitz einige von ihnen ausfindig gemacht; unter anderem in Israel, Südafrika und Australien. Wir erwarten einen regen Besuch.



TILSIT-RAGNIT

Kreisvertreter: Hartmut Preuß, Hordenbachstraße 9, 42369 Wuppertal, Telefon (0202) 4600234, Fax (0202) 4966981. Geschäftsstelle: Eva Lüders, Telefon/Fax (04342) 5335, Kührenerstraße 1 b, 24211 Preetz.

Kreistagswahl: Beim Hauptkreistreffen und der Mitgliederversammlung am 22. Oktober 2011 wird ein neuer Kreistag gewählt. Vier Jahre sind seit der Mitgliederversammlung in Lüneburg vergangen. Hier wählten wir letztmalig die Mandatsträger, die Mitglieder des Kreistages der Kreisgemeinschaft. Die Amtszeit läuft 2011 aus, so müssen wir, das heißt, muss die Mitgliederversammlung einen neuen Kreistag mit all seinen Untergliederungen wieder neu wählen. Der Vorstand der Kreisgemeinschaft Tilsit-Ragnit lädt Sie daher recht herzlich ein zu ihrem Hauptkreistreffen und zur Mitgliederversammlung am 22. Oktober 2011 im Hotel Krone, Heiligengeiststraße 39 – 41, 21316 Lüneburg. Programm und Tagesordnung: 9 Uhr Einlass; 10 Uhr Bläser der Jägerschaft Lüneburg. Eröffnung und Begrüßung durch den Heimatkreisvertreter. Totenehrung, Grußworte der Stadt Lüneburg. Bläsergruppe der Jägerschaft Lüneburg, Lesung, Frau Betty Römer-Götzelmann. 11.30 Uhr bis 13 Uhr Mittagspause; 13 Uhr Vorbereitung Mitgliederversammlung; 14 Uhr Eröffnung der Mitgliederversammlung. Bericht des Heimatkreisvertreters über die Arbeit in der abgelaufenen Wahlperiode. Änderung der Satzung: § 3 der Satzung wird wie folgt ergänzt: Neben dem Aufwandsersatz gemäß §§ 27, 670 BGB sind auch Tätigkeitsvergütungen für Vorstandsmitglieder in angemessener Höhe zulässig. Über die Höhe dieser Tätigkeitsvergütung beschließt der Kreistag. § 9: Der Kreistag besteht aus maximal 21 Mitgliedern (vorher 25 Mitglieder), § 10: Der Kreisausschuss besteht aus maximal 7 Mitgliedern (vorher 9 Mitglieder), § 15/3: Bei Auflösung des Vereins oder Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt das Vermögen an die Landsmannschaft Ostpreußen e.V., die es unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige Zwecke zu verwenden hat. Wahl der Mitglieder zum Kreistag für die Wahlperiode 2011 bis 2015. Konstituierende Sitzung des neuen Kreistages, gemütliches Beisammensein und Ausklang. Zusätzliche Informationen für Übernachtungen: Das Seminaris Hotel Lüneburg, Soltauer Straße 2, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 7133530. Das Hotel verfügt über sehr gut ausgestattete Einzel- und Doppelzimmer sowie eine ausgezeichnete Küche. Sollten Sie nicht im Seminaris Hotel übernachten wollen, so wenden Sie sich bitte an die Tourist Information der Lüneburger Marketing GmbH, Telefon (04131) 713530, Fax (04131) 713634. Dort erhalten Sie Informationsmaterial über weitere Unterkünfte und auch über die Stadt Lüneburg.

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Aslaks sechster Sinn

Ein Mischlingshund rettete dem Seemann Ole Jensen das Leben

Dort, wo die schmale Felsnase ins blaugrüne Wasser des Fjords eintauchte, lag das Gasthaus des Ole Jensen. Ole, ein lang aufgeschossener Mann mit flachsblondem Haar, war dafür bekannt, dass er den besten Rumpunsch ausschenkte, den es auf den Lofoten gab. Geschäftig eilte er in der Schankstube von Tisch zu Tisch. Er kannte sie alle, die Kapitäne und Matrosen der Fischkutter, die bei ihm einkehrten. Und sie kannten ihn und seine Geschichte. Denn er war einmal einer von ihnen gewesen, bis er vor Jahren seine Stellung beim alten Erikson aufgab und die geteerten Bootsplanken mit den blankgescheuerten Dielen des Gasthauses tauschte. Ole hatte seiner Frau das Versprechen gegeben, keinen Fuß mehr auf das Deck eines Schiffes zu setzen. Denn die verblasste Fotografie eines zotteligen Hundes, die in einer Ecke der Wirtsstube hing, war die Erinnerung an die schwerste Entscheidung seines Lebens. Und die Schalk, ein Mischling mit großen, klugen Augen, ihn zwang!

Gelegentlich, wenn ein Fremder nach dem Ursprung des Fotos fragte, erzählte Jensen noch einmal die Geschichte, die ihn mit dem Hund verband. „Das war damals, als ich auf Eriksons Kutter angeheuert hatte", begann er dann in seiner bedächtigen Art. „Wir fuhren zum Dorschfang hinaus und hatten eine gute Mannschaft an Bord. Auch Aslak gehörte dazu. Erikson hatte ihn als jungen Hund mit aufs Schiff gebracht. Anfangs verkroch er sich in der Kajüte und ließ sich nur selten an Deck sehen. Erst wenn die See ruhiger geworden war, und wir wieder auf Heimatkurs gingen, kam er zu uns herauf. Er stand dann am Bug, die Nase im Wind. Kaum waren die Trossen am Kai festgezurrt, sprang Aslak von Bord, sichtlich froh darüber, wieder festen Boden unter den Pfoten zu haben. Trotz deutlicher Abneigung gegen die Seefahrt, folgte Aslak seinem Herrn immer wieder auf das Schiff. Erikson hatte wenig Gelegenheit, sich um den Hund zu kümmern. Deshalb beschäftigte ich mich in meiner Freizeit mit ihm und gewann schnell seine Zuneigung. Er war ein ungewöhnlich kluger Bursche, anhänglich und immer gut aufgelegt. Erikson achtete kaum auf Aslaks Verhalten, wenn er vor einem Sturm unruhig hin- und herlief. Doch ich erkannte bald einen Zusammenhang. Deshalb war der Vorfall, der sich später ereignete, von ganz besonderer Bedeutung für mich. Wir hatten eigentlich die Fangzeit beendet, da wurde ein großer Schwarm von Dorschen gemeldet, der draußen im Sund vorbeizog. Die meisten Fischer zeigten wenig Interesse daran, weil das Wetter zu unbeständig geworden war. Nur Erikson und ein anderer Kapitän wollten noch einmal hinausfahren. Der zu erwartende Gewinn lockte auch mich.

Die Aussicht auf reichen Fang zog die Männer hinaus

Kurz vor dem Ablegen bemerkte Erikson, dass Aslak fehlte. Wir suchten ihn und entdeckten ihn schließlich hinter einer Tonne auf der Kaimauer. Erikson rief ihn zu sich. Doch Aslak rührte sich nicht von der Stelle. Als wir ihn an Bord bringen wollten, lief er davon, blieb in einiger Entfernung stehen und stieß ein klagendes Geheul aus. Der Kapitän wurde wütend, weil die Zeit drängte. Es gelang uns, Aslak einzufangen und aufs Schiff zu bringen. Aber der Hund beruhigte sich nicht. Während wir die Laufplanke einzogen, irrte er unablässig herum. Als Erikson ihn am Halsband fasste, um ihn in die Kajüte zu bringen, fletschte Aslak die Zähne gegen seinen Herrn und riss sich los.

Mit einem Satz sprang er über die Reling, hastete die Mole entlang und verschwand zwischen den Häusern des Ortes. Im selben Moment wurde mir klar, was Aslaks ungewöhnliches Verhalten bedeutete. Sein untrüglicher Sechster Sinn, warnte ihn vor drohender Gefahr. Vergeblich hatte er versucht, Erikson daran zu hindern, in See zu stechen. Ich teilte dem Kapitän meine Vermutung mit. Doch Erikson lachte mich aus und nannte mich einen abergläubischen Narren. Ich beharrte auf meiner Meinung. Da wurde Erikson fuchsteufelswild. Er stellte mir frei, von Bord zu gehen, ließ jedoch keinen Zweifel daran, dass es danach keinen Platz mehr für mich auf seinem oder einem anderen Kutter geben würde.

Ich stand vor einer schweren Entscheidung. Deutete ich Aslaks Verhalten falsch und das Boot kehrte wohlbehalten von der Fahrt zurück – war ich ein geächteter Mann. Doch die Warnung des Hundes erschien unmissverständlich. Ohne noch länger zu zögern, griff ich nach meinem Seesack und schwang mich über die Reling an Land. Der Fischkutter legte ab und im selben Augenblick tauchte Aslak neben mir auf. Er kauerte sich nieder und blickte unverwandt dem im Dunst verschwindenden Boot nach. Als ich nach Hause ging, folgte Aslak mir und wich nicht mehr von meiner Seite. Noch in derselben Nacht brach ein Unwetter los, das die Ziegel von den Dächern riss und das Meer in Aufruhr versetzte. Am Morgen versammelten sich die Einwohner des Dorfes auf der Mole, um nach den beiden Fischkuttern Ausschau zu halten.

In der Dämmerung tauchte eines der beiden Fangboote am Horizont auf und lief in den Hafen ein. Mit letzter Kraft pumpten die Männer an Deck das leckgeschlagene Schiff leer, um es über Wasser zu halten. Aber sie kehrten heim! Eriksons Boot war im Orkan gekentert und mit der Mannschaft untergegangen. Nur ich entging dem gleichen Schicksal, weil Aslaks Verhalten mich unmissverständlich davor gewarnt hatte..."

Albert Loesnau

Hauptsache Sonne

Ferienwünsche einer Familie

Was meint ihr", fragt Robert Lutz seine Familie, „wollen wir in diesem Juli wieder im Süden Urlaub machen?" „Och, immer dasselbe", mault Andreas, „das wäre jetzt das vierte Mal Italien. Allmählich kenne ich dort jedes Sandkorn."

„Und ich möchte unbedingt mal in der Nordsee plantschen", meint seine Schwester Jana. Ihr Vater hat eine Idee: „Ich denke, wir stimmen besser ab. Wenn zwei von uns das Gleiche wollen, dann reisen wir dahin, einverstanden?" Und schon verteilt er Zettel und Kulis. Seine Sprösslinge nicken. Abzustimmen finden sie gar nicht so schlecht.

Alle hatten sich gegenseitig etwas vorgeflunkert

Nach fünf Minuten liest Robert die Reisewünsche seiner Lieben vor. Die Mutter möchte liebend gern mal in die Türkei, Jana nach Norderney, Andreas in die kroatische Stadt Split, von deren Kunstschätzen sein Lehrer regelrecht geschwärmt hat, und Vater wünscht sich nach Ungarn an den Plattensee.

„Tja, was machen wir jetzt?" fragt er und kratzt sich unschlüssig am Kinn, „jeder will woanders hin. Da ist guter Rat teuer."

Einen Augenblick ist es still in der kleinen Wohnküche. Jana scharrt unter dem Tisch mit den Füßen. Andreas schießt flehende Blicke in Richtung seiner Eltern, und Vater und Mutter sehen sich mit gerunzelten Stirnen fragend an.

„Wenn man vor dem Einschlafen intensiv an etwas denkt, dann ist es möglich, dass man davon träumt", sagt die Mutter, „und beim Frühstück erzählen wir es uns dann." „Oh ja", ruft Jana, „es kann sein, dass ich von Griechenland träume, und vielleicht hat Mama den gleichen Traum, und wenn Zwei in dasselbe Land wollen, fahren wir eben dahin. Türkei und Griechenland ist zum Beispiel gehupft wie gesprungen, heißt es hier wie dort." „Und du hupfst immer von einer Idee zur anderen", lacht Vater.

Am anderen Morgen! Jeder hat seinen Reisewunsch geträumt, aber keiner kann dem anderen in die Augen sehen. Bis Vater lacht: „Wisst ihr was, ihr Schlawiner? Ihr habt gar nichts geträumt. Ihr schwindelt nur, und ich habe leider auch geflunkert."

Die Kinder grinsen verlegen und die Mutter sagt: „Eigentlich ist es mir egal, wohin wir fahren. Ich finde, wir sollten in Kroatien Urlaub machen, weil Andreas' Lehrer so davon geschwärmt hat. Dort soll es wirklich sehr schön sein. Seid ihr damit einverstanden?" „Na gut." Die Kinder nicken. „Hauptsache Sonne!" lacht der Vater, „ihr seid nämlich alle so blass um die Nase."

Gabriele Lins

Ein geretteter Tag

Beste Freundin hilft gegen schlechte Laune

Es gibt Tage, da schlage ich morgens meine Augen auf und habe schlechte Laune. Der Tag hat noch nicht einmal richtig angefangen und meine Stimmung ist bereits tief im Keller. Dabei kann ich noch nicht einmal sagen, warum ich so schlecht gelaunt bin. Meistens sind es diese Tage, an denen der Postbote klingelt, während ich unter der Dusche stehe oder die Männer der Müllabfuhr unseren Mülleimer in die Einfahrt unseres Nachbarn stellen. Beim Bäcker gibt es keine Mohnbrötchen mehr, und mein Frisör macht Betriebsferien. Diese Liste ließe sich jetzt beliebig fortsetzen, aber das erspare ich Ihnen.

Ich habe mir schon immer gewünscht, zu der Sorte Frauen zu gehören, die über diese Stolpersteine des täglichen Lebens nur lachen können, leider gelingt es mir nicht. Männer würden in dieser Situation jetzt ein Bier trinken gehen und dem Kneipenwirt ihren Kummer erzählen. Frauen gehen entweder Klamotten kaufen, oder sie rufen ihre beste Freundin an. Und da ich in diesem Monat bereits viel Geld für eine neue Jacke ausgegeben habe, entscheide ich mich für meine Freundin Gabi.

Ich kenne Gabi schon aus meiner Schulzeit. Sie saß in der ersten Klasse neben mir in der Bank und hatte die leckersten Pausenbrote der ganzen Schule. Was habe ich nicht alles angestellt, um wenigstens einmal von der Leberwurststulle kosten zu dürfen, die Gabis Mutter stets liebevoll in bunte Servietten wickelte. Die Pausenbrote, die ich von daheim mitbekam, tauschte ich dann gegen bunte Glanzbildchen oder Kugelschreiber mit roter Mine ein. Kugelschreiber mit roter Mine waren nämlich an unserer Schule verboten, mit roter Tinte schrieb nur die Lehrerschaft, und das war auch der Grund, warum diese Kugelschreiber so begehrt waren. Nicht nur wegen der köstlichen Butterbrote waren Gabi und ich unzertrennlich und verbrachten viel Zeit miteinander. Es begann die Zeit der ersten Liebe, Freunde kamen und gingen, doch Gabi blieb.

Unsere Freundschaft besteht noch heute, und Gabi ist für mich ein wichtiger Mensch in meinem Leben. Nur mit ihr kann ich so richtig albern sein, stundenlang Telefongespräche führen und Kochrezepte austauschen. Sie versteht mich ohne Worte und knallt nie meine Autotür zu. Wir lachen und weinen miteinander. Und da mir heute eher zum Weinen zumute ist, krieche ich unter meine Decke und greife zum Telefon. Ich seufze noch einmal und wähle Gabis Nummer. Nach endlosen, gefühlten zehn Freizeichen meldet sich eine fröhliche, gutgelaunte Stimme. Ich war äußerst irritiert und fragte leise: „Gabi, bist du das?“

> Ein Paar neuer Schuhe vertreibt schnell den Ärger

Mein erster Gedanke war, ich musste mich verwählt haben. Wie konnte meine Freundin so heiter und wohlgelaunt sein, wenn ich in einem solchen desolaten Zustand war? Sie musste doch fühlen, dass ich unbedingt ihre Hilfe brauchte, und ein angemessenes „Wie geht es dir, Liebes ...“ wäre wohl passender gewesen.

„Guten Morgen, Schätzchen“, trällerte sie stattdessen ins Telefon, „ich wollte dich gerade anrufen. Mach dich hübsch, wir gehen gleich einkaufen, ich brauche unbedingt neue Schuhe.“ Das war das Stichwort! Haben Sie schon einmal erlebt, wie schnell eine Frau sich hübsch machen kann, wenn ein Paar neue Schuhe winken? Der Tag war gerettet, ich kann mich doch immer wieder auf meine beste Freundin verlassen. *H. Licher*

»Leben ist Weben«

Jürgen A. Peters tauschte die Schauspielerei gegen die Webkunst ein

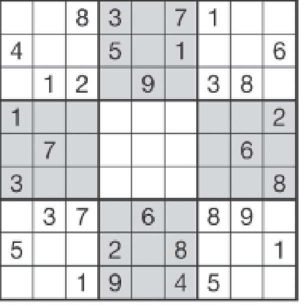


Jürgen A. Peters liefert Stoffe für ostpreußische Trachten: Webstuhl in Erfurt Bild: Höge

Jürgen A. Peters war Schauspieler, große tragische Rollen wollte er spielen, doch wurden ihm am Göttinger Stadttheater eher komische Figuren angeboten. Doch wie kommt ein Schauspieler zum Weben und zum Leitspruch „Leben ist Weben“? Natürlich war es eine Frau. In den 50er Jahren wechselte er aufgrund schwindender Mittel für Kultur zum Hotelfach, wo er seine spätere Gattin kennenlernte. Annelore Nünninghoff war Ostpreußin aus Insterburger. Sie lernte das Webhandwerk bei Marie Thierfeldt und legte 1940 ihre Meisterprüfung in Braunschweig ab, wo sie eine Handweberei eröffnet hatte und auch Lehrlinge ausbildete. 1951 trat der Kaufmann Jürgen Peters in die Weberei ein und konnte sich der kunsthandwerklichen Faszination nicht entziehen. Bald lernte er, den Webstuhl zu bedienen und selbst Trachtenstoffe zu weben. Nach dem Tod seiner Frau erhielt er sogar die Ausnahmegenehmigung, die Handweberei weiterzuführen und Lehrlinge ausbilden zu dürfen. Das Handwerk wird dort immer noch ausgeübt. Die Ausbildung zum Weber dauert drei Jahre, anschließend steht ein Gesellenjahr an und die Erlangung des Meistergrades. Um das Handwerk zu erlernen, ist ein Gefühl für Farben und Muster nötig und vor allem Durchhaltevermögen. „Es ist eine schwere Arbeit, aber schön“, sagt Peters von seinem Wahlhandwerk. „Es ist auch eine gesunde Arbeit“, auf Nachfrage erläutert der 82-Jährige, dass Hände, Füße, Rükken und Kopf gleichzeitig benützt werden und das halte einen körperlich und geistig fit. Diese Fitness konnten die Teilnehmer beim Deutschlandtreffen der Ostpreußen in Erfurt bewundern. Pfeilschnell schoss das Schiffchen durch die Ketten, wurden Hebel bewegt, um Fächer zu verschieben. Ganz schnell sah man ein Muster entstehen. Auch wenn Peters sich dagegen sträubt, sein Handwerk als Webkunst zu bezeichnen, bleiben Zuschauende doch staunend vor dem großen hölzernen Webrahmen mit seinem Meister auf der Bank stehen. „Mit einem Faden beginnt man und hofft, dass das Endprodukt dem Käufer gefällt“, so Peters selbst. Und dass das der Fall ist, beweist allein die langjährige Bindung an die Landsmannschaft Ostpreußen, denn ohne die Weberei Peters könnten die Teilnehmer der Werkwoche ihre Kleider nicht schneidern. Schon seit den 70er Jahren webt Peters für die LO. Damals gab es nur eine schon sehr betagte, Weberin, die die Stoffe für die schönen Ostpreußenkleider herstellen konnte. Die Handweberei Peters hat sich damals angeboten, diese zu unterstützen und hat das Weben der Stoffe für die Werkwoche später ganz übernommen. Rauten und Kränzchen gehören dabei zum Alltag, auf diese Muster in rot oder blau auf schwarzer Kette wurde sich geeinigt, mittlerweile gibt es eine ganze Fülle an Farben und Mustern. Zu nennen sind hier allein die Samland- und Masurenkleider, dazu kommt noch eine Vielzahl an Schürzen. Ein Ostpreußenkleid besteht aus einem Mieder, einem Rock, einer Bluse, einer Schürze und eigentlich gehört auch ein Unterrock dazu, den viele jedoch sträflich vernachlässigen. Neben den bekannten Festkleidern gibt es auch noch die Sommer- oder Arbeitskleider, hier ist der Stoff etwas dünner, Kette und Schuss aus Baumwolle, und das Mieder blau- oder rot-weiß kariert. Dazu wird eine Kontrastschürze getragen. Wirklich beliebt sind die Samlandkleider, weil sie so farbenfroh sind. Die bunten Farben sollen den tristen Winter etwas erheitern. Bei einem Festkleid besteht die Kette, das sind die Fäden, die auf den Webrahmen gespannt werden, aus Baumwolle und der Schuss, das sind die Fäden, die mit einem Schiffchen durch die Kette gezogen werden, aus Wolle. Nur Schürze und Bluse werden ganz aus Baumwolle hergestellt, da sie stärker in Gebrauch sind und so öfter und heißer gewaschen werden müssen. Peters hält Stoffe für Ostpreußen-, Westpreußen- und Pommernkleider bereit, solange es ihm möglich ist. In den vergangenen Jahren hat eine Gesellin bei ihm gelernt, die seinen Dienst für die ostpreußische Kultur weiterführen wird. „Sie lebt in Eisenach und ist sehr fähig“, so Peters stolz. Aber wir dürfen noch lange auf ihn bauen, denn für ihn gilt: Weben ist Leben. Wer nun Lust bekommen hat, sich selbst ein Ostpreußenkleid zu nähen, sollte für die Stoffe mit Kosten um 230 Euro rechnen. Jürgen A. Peters, Birkenweg 9, 38458 Velpke, Fax/Telefon (05364) 9788114, info@kloeppelgarne-peters.com, www.kloeppelgarne-peters.com. Die Werkwoche findet jedes Jahr im Oktober statt, und zwar im Ostheim, Bad Pyrmont. In diesem Jahr werken wir wieder vom 10. bis 16. Oktober. Wer sich die Trachten gerne anschauen möchte, sei auf unsere Bilderstrecke im Internet unter www.ost-preussen.de / lo / seminare.html verwiesen. *C. Rinser*

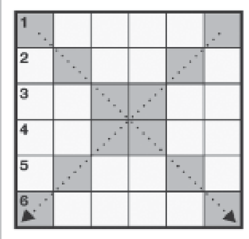
> Weben hält Hände, Füße und den Rücken fit

Sudoku



Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel



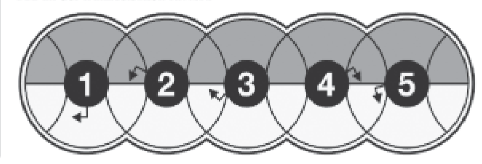
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei andere Wörter für verlassen.

1 fleißiges Insekt
2 Gestalt aus „1001 Nacht“
3 dt. TV-Moderatorin (Maybrit)
4 Realität, Leben
5 Gebirgsstock
6 Schwermetall

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein Küchengerät.

1 Brausebad, 2 deutsches Bundesland, 3 Kurort am Meer, 4 Ungeziefer, 5 Seebad an der französischen Riviera



So ist's richtig:

Diagonalrätsel: 1. Ameise, 2. Aladin, 3. Illner, 4. Dasein, 5. Massiv, 6. Mangan – allein, einsam

Kreiskette: 1. Dusche, 2. Hessen, 3. Seebad, 4. Schabe, 5. Cannes – Schneebesen

Grenzenlose Glaskunst

Wettbewerbsobjekte im Glaspavillon von Rheinbach ausgestellt

Eine Ausstellung im Glaspavillon beherbergt die Wettbewerbsobjekte zum 6. Internationalen Glaskunstpreis der Stadt Rheinbach. 34 angehende Kunsthandwerker und Künstler aus neun europäischen Glasfachschulen haben ihre phantasievoll gestalteten Glasobjekte zum diesjährigen Wettbewerb um den Internationalen Glaskunstpreis der Stadt Rheinbach eingesandt. Eine hochkarätig besetzte Fachjury hat Anfang Juli gleich nach der Eröffnung der Ausstellung die Gewinner ermittelt und bekannt gegeben. Wichtigster Maßstab bei der Beurteilung der Objekte war die Qualität der handwerklichen Ausführung. Die europäische Dimension des alle zwei Jahre durchgeführten Projektes und das hohe Ansehen des Nachwuchsförderpreises, der in seiner Art einzigartig in Europa ist, wird auch dadurch unterstrichen, dass Androulla Vassiliou, EU-Kommissarin für Bildung, Kultur, Mehrsprachigkeit und Jugend, die Schirmherrschaft über den Wettbewerb übernommen hat.

Die Veranstalter beabsichtigen, dass der Wettbewerb den Schülern die Möglichkeit gibt, über die Grenzen hinweg in einen imaginären Dialog zu treten. Die Stadt Rheinbach, das Spezialmuseum für böhmisches Glas und das Staatliche Berufskolleg pflegen bereits seit Jahren gute partnerschaftliche Beziehungen zu allen Zentren, insbesondere zur Glasfachschule aus Kamenický Šenov/Steinschönau (CZ).

Zu den Teilnehmern des diesjährigen Wettbewerbs gehören neben dem Staatlichen Berufskolleg Rheinbach, der Erwin-Stein-Schule, Staatliche Glasfachschule Hadamar, und der Glasfachschule Zwiesel auch die Glasfachschule Kramsach/Österreich, die Glaskunstfachschule Kamenický Šenov/Tschechien, das Tavastia Vocational College, Nuutajärvi, und Ikata/Kihniön Opetuspiste, Kihniö/Finnland, Zespol Skola Plastycznych, Dabrowa Gornicza/Polen, sowie CERFAV, Vannes-le-Châtel/Frankreich. Der musikalisch umrahmten Vernissage der diesjährigen Ausstellung mit den Wettbewerbsarbeiten im Glaspavillon „Hans-Schmitz-Haus“ wohnten zahlreiche Freunde der Glaskunst bei. Bürgermeister Stefan Raetz und Ruth Fabritius, Leiterin des Rheinbacher Glasmuseums, führten in die Schau ein. Ruth Fabritius – die übrigens das Projekt von Anfang an mitbetreut – hat gemeinsam mit ihrem Team die unterschiedlichen Exponate zu einer thematisch übersichtlich gegliederten Kunstausstellung zusammengeführt. „Es ist jedes Mal eine sehr aufregende Angelegenheit. Man bangt, dass alle Exponate heil ankommen und hofft, sie ins beste Licht rücken zu können“, verrät die Glasmuseumsleiterin.



Glaskunst: Eines der Gewinnerobjekte Bild: D.G.

Schulen führen imaginären Dialog

Die Mitglieder der internationalen Fachjury – Milan Hlaves, Kunsthistoriker und Museumskurator (Kunstgewerbemuseum Prag), Sven Hauschke, Kunsthistoriker und Museumskurator (Europäisches Museum für Modernes Glas-Zweigmuseum der Kunstsammlungen der Veste Coburg, D), Jack Ink, Glaskünstler, Baden bei Wien (USA/A), Mariska Dirkx, Galeristin (Galerie Mariska Dirkx, Roermond, NL) und Uta Klotz, Chefredakteurin der führenden europäischen Fachzeitschrift für zeitgenössische Glaskunst Neues Glas/New Glass (Köln, D) – haben sich nach intensiven Auseinandersetzungen mit den Objekten für drei Preise und eine zusätzliche Belobigung ausgesprochen.

Den ersten Preis erhielt Paulina Rutkowska vom Kunstlyzeum Dabrowa Górnicza/Polen, für ihre Installation „Sammler“, bestehend aus einem Holzkasten und zwölf Insekteneinschlüssen aus Metall, mit formgeschmolzenem Glas. Der zweite Preis ging an Tii Heilomo vom Ikaalinen College of Glass and Design, Kihniö/Finnland, für ihre Pâte-de-verre-Skulptur „Geteilte Verantwortung“. Den dritten Platz belegte Madeleine Krüger von der Glasfachschule Zwiesel/Deutschland, mit der Arbeit „Vier Kelche“, die sich durch eine qualitativ hohe handwerkliche Ausführung auszeichnet. Für den experimentellen Umgang mit Glas erhielt Susanna Hohlstein vom Staatlichen Berufskolleg Rheinbach mit dem Objekt „rebirth“ eine Belobigung.

Auch wenn die Sieger des nunmehr 6. Internationalen Glaskunstpreises der Stadt Rheinbach bereits feststehen, hat das Publikum noch bis zum 31. August die Möglichkeit, für den Publikumspreis „Alexandra Bruns“ per Stimmkarte oder Internet-Voting das eine oder andere Objekt auszuwählen. Ob „Glaskissen“, „Kinetisches Gartenobjekt“, „Heißluftballon“, „Pilzsporen“ oder andere Exponate zu den favorisierten Kunstwerken gehören, wird sich noch zeigen. Am 17. September findet die feierliche Preisverleihung durch die Schirmherrin statt und auch der Gewinner des Publikumspreises wird bekannt gegeben. Die Ausstellung im Rheinbacher „Hans-Schmitz-Haus“, einem Ganzglasgebäude mit selbsttragenden Glaswänden, ist bis zum 18. September 24 Stunden am Tag zu besichtigen.

Dieter Göllner

Meister der Jagdmalerei

Ausstellung im Deutschordensschloss zeigt Paradiese Ostpreußens

Mit „Meisterwerke der Jagdmalerei“ ist die neueste Sonderschau im Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen überschrieben. Zahlreiche Werke von bekannten Jagdmalern, die die Tierwelt Ostpreußens zeigen, sind im barocken Deutschordensschloss zu sehen.

„Elch tot“, „Sau tot“ und andere Jagdsignale bliesen die Jagdhornbläser der Jägervereinigung Weißenburg unter der Leitung von Manfred Zwikkel zur Ausstellungseröffnung im Kulturzentrum Ostpreußen. Diese Tiere bilden auch das Leitthema der Ausstellung über die Jagdmalerei, die nun im Kulturzentrum Ostpreußen eröffnet wurde.



Elche und Wildschweine sind das Leitthema: Ausstellung in Ellingen Bild: mef

Das Thema „Jagdmalerei“ wird zum ersten Mal in diesem Umfang in Ellingen gezeigt, führte Museumsdirektor Wolfgang Freyberg bei der Eröffnung aus. Besonderen Wert wurde darauf gelegt, dass die auf den Gemälden gezeigten Tiere in Ostpreußen gesehen werden konnten und auch heute dort noch leben.

In seinem Grußwort dankte der Vorsitzende der Jägervereinigung Weißenburg, Werner Pfaff, dem Kulturzentrum, bei der Ausstellungseröffnung mitwirken zu dürfen. Das Wild in der freien Natur lasse dem Jäger, aber auch dem Naturfreund „das Herz höher schlagen“. Den dieses Thema bearbeitenden Malern gelinge es immer wieder, die Tiere in der Landschaft treffend darzustellen.

„Ostpreußen war ein Eldorado für Jagdmaler, von denen viele aktive Jäger waren.“ – Diese Einschätzung traf Hartmut Syskowski, Redakteur der „Pirsch“, eines seit über 60 Jahren bestehenden Magazins für Jäger und Jagdfreunde. Der ehemals beim *Ostpreußenblatt* tätige Journalist betonte, dass die Jagd nicht nur aus Schießen bestehe. Viel mehr sei der Schuss nur ein kurzer Moment in der Tätigkeit eines Jägers, der sein Revier und die Wechselwirkungen mit der Umwelt beobachten müsse. Dadurch würde der malende Jäger auch die feinsten Stimmungen der Natur erfassen. Deshalb seien in der Ausstellung herrliche Motive von fast vergessenen Paradiesen in Ostpreußen zu finden, die sich durch die vielen Vögel und Wildarten an den rund 3300 Seen ergäben.

Jäger erfassen die Stimmungen der Natur

Mit den Worten „Das Unverlierbare ist das nie Besessene“ – schloss Syskowski seinen Vortrag zusammen mit der Einladung, das heute noch vorhandene kulturelle Erbe Ostpreußens wie die Rominter Heide oder die Seen Masurens zu besuchen.

Die Ausstellung selbst zeigt zahlreiche Gemälde bekannter Jagdmaler wie Gerhard Löbenberg, dessen Vorliebe besonders Gemälde von Rotwild und Wildschweinen waren, sowie dem aus Bad Stepenitz in Pommern stammenden Manfred Schatz. Erwähnenswert sind dessen Darstellungen von Wildtieren in Bewegung und in dreidimensional erscheinenden Gemälden. Von ihm sind in der Ausstellung hauptsächlich Ölgemälde von Elchen zu bewundern. Diese Tierart bevorzugten auch der Exilrusse Dimitrij von Prokofieff und der Thüringer Hans Kallmeyer. Neben Rotwild zeigt die Ausstellung auch Abbildungen von Vögeln, Feldhasen, Füchsen und Fasanen.

Umrahmt wird die Sonderschau mit Leihgaben aus dem Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg und Wellners Jagdkunstgalerie in Bad Münder sowie von Skulpturen von Waldtieren und Büchern über Jagdmalerei und den Künstlern aus dem Archiv des Kulturzentrums.

Die Ausstellung „Elch, Hirsch & Co.“ – Meisterwerke der Jagdmalerei – ist bis zum 4. Dezember 2011 im Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen zu sehen. Das Museum im Deutschordensschloss ist Dienstag bis Sonntag von 10 bis 12 und von 13 bis 17 Uhr geöffnet, ab Oktober von 10 bis 12 Uhr und von 14 bis 16 Uhr.

mef

Alltag im Niemandsland

Eindrücke aus Transnistrien, einem Staat, den der Rest der Welt nicht als solchen anerkennt

Ein braungrüner träge dahinfließender Fluss trennt Moldau von einem Land, das es offiziell gar nicht gibt: Transnistrien hat sich nach dem Zerfall der Sowjetunion mit knapp 600 000 Einwohnern für unabhängig erklärt.



Mutet wie ein Freilichtmuseum der untergegangenen Sowjetunion an: die Hauptstadt Tiraspol Bild: Archiv

Moldauische Soldaten versuchten vergeblich, das Gebiet zu erobern. Seitdem herrscht Waffenstillstand. Transnistrische Grenzer kontrollieren jeden, der rein und raus will, freundlich, aber bestimmt. Die Abfertigung dauert. Anstehen, Einwanderungskarte ausfüllen, warten – wie damals am „antifaschistischen Schutzwall der DDR“ – nur ohne Mauer und Stacheldraht. Wer unerkannt über die Grenze will, könnte den Fluss an vielen Stellen ungehindert mit einem Boot überqueren. Die seit Jahren unterbrochenen Verhandlungen über die Zukunft des Niemandslandes sollen Ende Juni 2011 wieder beginnen (die *PAZ* berichtete, Folge 27, Seite 2).

In der Glastheke liegen die hausgemachten Teigröllchen, gefüllt mit süßem Frischkäse, Plini und andere russische Leckereien, die die Gäste direkt am Tresen bestellen. Dazu gibt es frisch gebrühten Kaffee, Tee, Wasser oder Säfte. „Mon Café“ hat Mara ihren kleinen gemütlichen Laden mit den braunen Ledersofas an Tiraspols Hauptstraße genannt. An den Wänden hängen alte Fotos von Paris. Mara spricht sogar Englisch. Die 31-Jährige hat Russisch und Literatur studiert und vier Jahre als Lehrerin gearbeitet. „Schlecht bezahlt“, wie sie sagt. Die meisten ihrer ehemaligen Klassenkameraden seien längst weg. „In Moskau, Sankt Petersburg oder anderswo, zum Geld verdienen.“ Russland gibt den Bewohnern Transnistriens auf Wunsch Pässe der Föderation.

Mara sieht ihre Gesprächspartner lange an, wägt ihre Worte ab. Liegt es am Englisch, das ihr nur mühsam über die Lippen kommt, oder an der Sorge, die falschen Leute könnten zuhören. Immer wieder berichten westeuropäische Zeitungen vom Überwachungsstaat Transnistrien, in dem der Geheimdienst alles und jeden bespitzele. „Nein“, sagt Mara nach einer Gedankenpause, „ein freies Land sind wir nicht.“ Aber man könne offen reden. Niemand bekomme Probleme, wenn er oder sie etwas gegen den Präsidenten sage, aber: „Hier bewegt sich nichts. Unser Präsident müsste ausgewechselt werden.“ Die Regierung setze sich „aus wenigen reichen Leuten zusammen, die sich die Gesetze zum Geldverdienen machen.“

Igor Smirnow regiert Transnistrien seit der „Staatsgründung“ vor 20 Jahren. Der allgegenwärtige Sheriff-Konzern, der das Handynetz, einen Fernseh- und Radiosender, Fabriken und Supermärkte betreibt und ein gigantisches Fußballstadion an den Stadtrand gesetzt hat, gehört angeblich seinem Sohn. Neben dem im stalinistischen Zuckerbäckerstil verzierten städtischen Kulturhaus strahlt der Dauerpräsident von einem haushohen Plakat: Überlebensgroß lächelnd schüttelt er dort seinem russischen Amtskollegen Medwedew die Hand. Im Hintergrund schimmert rot der Moskauer Kreml. Nur ein paar Schritte sind es von „Mon Café“ in die Sowjetunion. Der aus rötlichem Stein gehauene Lenin überblickt mit wehendem Mantel in rund 15 Metern Höhe einen weiten, hell gepflasterten Platz, auf dem ein alter T34-Panzer sein Kanonenrohr nach Westen richtet. Große Plakatwände künden vom Sieg der Roten Armee im Zweiten Weltkrieg. Nebenan mahnt eine Inschrift: „Unsere Einheit mit Russland ist unsere Stärke.“ Im ebenfalls aus der Sowjetzeit übrig gebliebenen

> Igor Smirnow regiert seit der »Staatsgründung«

Kino hat schon die westliche Moderne begonnen. „Fluch der Karibik IV“ kündigt das Filmplakat über dem Flachdach des Betonbaus an.

Mara sieht ihr rund 3500 Quadratkilometer kleines Heimatland mit gemischten Gefühlen. „Hier ist nichts los“: ein schlechtes Kino, ein schlechtes Theater und sonst nur Kneipen, in denen die jungen Leute herumhängen. „Wir haben keine Perspektive.“ Politisch engagiert sich Mara nicht. „Keine Zeit, ich arbeite 13 Stunden am Tag“, sagt sie und beklagt „das niedrige Bildungsniveau und die Lethargie“ im Lande.

„Tiraspol, unsere geliebte Stadt“, verkündet das drei Etagen hohe Plakat schräg gegenüber an einem der vielen sowjetischen Plattenbau-Hochhäuser. Dazu sind die Bilder der orthodoxen Kathedrale mit ihren goldenen Kuppeln, ein Reiterstandbild und andere markante Bauwerke zu sehen. Was auf den ersten Blick wie ein eher satirisches Freilichtmuseum der untergegangenen Sowjetunion erscheint, nennt sich Hauptstadt. Tiraspol firmiert mit seinen knapp 200 000 Einwohnern als Regierungssitz eines Landes, das für den Rest der Welt nicht existiert: Die Nistrische Moldawische Republik kurz PMR, ein 200 Kilometer langer, schmaler Landstreifen am Ostufer des Flusses Dnjestr. „Von Moldau abtrünniges Transnistrien“ nennt das Ausland dieses Gebiet, das sich mit den ehemals georgischen Regionen Abchasien und Südossetien zur Gemeinschaft nichtanerkannter Staaten zusammen geschlossen hat. Die Geschichte erinnert tatsächlich an die der beiden umstrittenen Kaukasus-Territorien. Nach dem Zerfall der Sowjetunion wurden in der ehemaligen Sowjetrepublik Moldawien die Stimmen für einen Anschluss an Rumänien immer lauter. Schließlich spricht man dort fast die gleiche Sprache und hat viele Verwandte im Nachbarland. Zwischen den beiden Weltkriegen gehörte Moldawien – damals als Teil Bessarabiens – schon einmal zu Rumänien. Das Gebiet östlich des Flusses Dnjestr war schon damals sowjetisch. Die Mehrheit der Menschen hier wollte weder zu Rumänien noch zu Moldawien. „Was sollen wir auch dort?“, fragt Mara. „Uns geht es hier besser.“ Wahrscheinlich hat sie Recht. Ein großer Teil der Industrie der ehemaligen Sowjetrepublik Moldawien steht östlich des Grenzflusses. Die Straßen sind glatter, die Häuser in besserem Zustand. Die Arbeitslosigkeit ist – laut offizieller Statistik – deutlich niedriger und die Gehälter sind etwas höher. „Die Moldauer verdienen ihr Geld im Ausland, wir unseres auch hier.“ Warum? „Vielleicht“, überlegt Mara, „sind wir hier weniger faul oder schlauer.“ *Robert B. Fishman*

MELDUNGEN

Natürlich und selbst gemacht

Lebensmittelskandale verunsichern Verbraucher zutiefst. Rinderwahn, Geflügelpest, krankmachende Sprossen oder Frostschutzmittel im Wein – was kann man noch ohne Bedenken konsumieren? Was liegt da näher, als selbst etwas aus dem herzustellen, was uns die Natur schenkt? Doch im Sommer, wenn alles wächst und gedeiht, Beeren und Gemüse beim Wachsen wetteifern, stellt man sehr schnell fest, dass sich gar nicht alles auf einmal verzehren lässt. Um nicht auf die Ernte zu verzichten, gibt es verschiedene Möglichkeiten der Konservierung. Aber wenn das Wetter schön ist, möchte man eigentlich viel lieber draußen die frische Luft genießen, als beim Einmachen stundenlang in der Küche zu stehen. Einfrieren ist die einfachste Alternative.



Das Autorenduo Annette Schierhorn und Ursula Lang hat Rezepte zusammengetragen, mit denen man größere Mengen Obst oder Gemüse schnell entsaften und konservieren kann, um sie dann im Herbst, wenn es draußen ungemütlich wird, weiterzuverarbeiten. Wer das mühsame Sammeln von Schlehen, Kornelkirschen oder Waldhimbeeren nicht scheut, wird mit einzigartigen Kreationen und Aromen belohnt. Synthetische Produkte sind zwar in jedem Lebensmittelladen erhältlich, doch sie können den Geschmack echter Früchte nur nachahmen. Bei selbst hergestellten Säften oder Likören kann man zudem sicher sein, dass weder Zusatz- noch Farbstoffe die Qualität mindern.

Neben leckeren Likören wie Hopfen- oder Schlehengeist werden in dem Buch Anregungen zur Herstellung verschiedener Essigsorten, Naturmedizin und Kosmetika vorgestellt, die mit wenig Material und Aufwand zu Hause hergestellt werden können. *MRK*

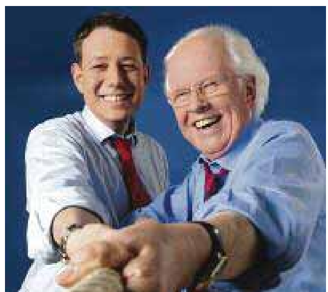
Ursula Lang/Annette Schierhorn: „Fruchtwein, Liköre, Most und Säfte. Einfach selber machen“, *BLV Verlag München 2011, 160 Seiten, Hardcover, 14,95 Euro.*

Mit- statt Gegeneinander

Senioren-Union verabschiedet Manifest »Kultur des Lebens«

Viele CDU-Stammwähler werfen ihrer Partei vor, ihre christlichen Grundwerte und ihre konservative Haltung, für die sie Jahrzehnte lang einstand, nicht mehr zu vertreten und sich stattdessen mehr und mehr dem Zeitgeist zu verschreiben. Die Folge: Wähler und Mitglieder kehren ihrer Partei enttäuscht den Rücken.

Dieser Tendenz tritt die Senioren-Union der CDU Deutschlands (SU) mit ihrem Manifest „Kultur des Lebens“, beschlossen am 5. Juli im Konrad-Adenauer-Haus Berlin, entgegen. SU-Chef Otto Wulff geht es darum, das geistig-moralische Fundament wieder zu schärfen und eine breit angelegte Debatte, und zwar nicht nur innerhalb der CDU, darüber zu entfachen, was die Eckpfeiler unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens und politischen Handelns sind. Zu diesen Eckpfeilern gehören für die Senioren-Union die Prinzipien des Lebensschutzes und der



Ziehen an einem Strang: Otto Wulff und Philipp Mißfelder, Vorsitzender der Jungen Union Bild: Senioren Union

Menschenwürde, wie sie auch im Grundgesetz verankert sind.

Die CDU führt das „C“ für „christlich“ in ihrem Namen. Sie ist die Partei in Deutschland, die sich klar zum Christentum, zur unantastbaren Würde des Menschen und zu einer humanen Gesellschaft bekennt. Damit diese Werte im politischen Alltag nicht weiter verwässern, besinnt sich die Senioren-Union auf Konrad Adenauer zurück, der einmal gesagt hat: „Christen müssen vor allem eines, nämlich führen.“ Ein Anspruch, den die CDU trotz der aktuellen Stimmung und der steigenden Zahl der Austritte sowohl aus der evangelischen als auch der katholischen Kirche nicht aufgeben sollte.

Unterstützung erhält das Manifest „Kultur des Lebens“ vom Vorsitzenden der Jungen Union, Philipp Mißfelder, und seiner bayerischen Stellvertreterin Dorothee Bär. Vor allem bei den Themen Abtreibung, Stammzellenforschung und aktive Sterbehilfe stimmen Junge Union und Senioren-Union überein. *MRK*

Die Stilisierung des Alters

Viel umworbene »Silver- oder Best-Ager« werden zum Problem

Plötzlich werden sie in Deutschland als gesellschaftlicher Faktor wiederentdeckt: Die über 55-Jährigen, von Marketing-Strategen und Reiseveranstaltern als „Best-“ oder „Silverager“, auch mal als „Generation Gold“ oder „Master Consumer“ gefeiert. Das Ausland spricht dagegen meist nur von der dritten Altersgruppe oder der Generation 55plus.

Aber so sehr sie auch als zahlungskräftiges Publikum neue Aufmerksamkeit genießt, ihr wachsender Anteil an der Bevölkerung bereitet vor allem den Rentenkassen Sorge. Denn – so die Demoskopen des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden – bis zum Jahr 2060 schrumpft die deutsche Bevölkerung von heute 82 Millionen auf etwa 67,4 Millionen oder um 27 Prozent. Der Anteil der älteren Menschen nimmt dabei überproportional zu und wird um 2050 gut 45 Prozent ausmachen. Die bis dahin starke Durchmischung mit muslimischen Mitbürgern wird ein deutliches Umdenken im Warenangebot und andere gesellschaftliche Veränderungen herbei zwingen.

Bislang kommen 28 Personen im Rentenalter auf 100 Erwerbstätige, im Jahr 2050 werden es 53 sein. Und die sind wegen zunehmender Altersarmut längst nicht mehr alle

> Rentner von morgen haben weniger Geld

so zahlungskräftig wie die heutige Rentnergeneration. Sie ist gegenwärtig vor allem bei den Reiseagenturen heiß umworben. Sorgfältig wird ihr Urlaubs- und Reiseverhalten analysiert, um möglichst maßgechneiderte Angebote auf den Markt zu bringen. Marketing-Spezialisten unterscheiden dabei vier Zielgruppen: Youngsters, Midagers, Bestagers und Seniors.

Der Ausdruck Bestager kommt von „im besten Alter“ und ist ein typisch deutscher, falscher Anglizismus, den die Angelsachsen selbst kaum verstehen dürften. In der Internet-Gemeinde hat sich für diese Gruppe der Begriff „Silversurfer“ durchgesetzt. Knapp ein Viertel der älteren „User“ geht täglich online, informiert sich, kommuniziert oder ordert Ware. Auch die Lieferung von Nahrungsmitteln und Medikamenten über Online-Bestellungen nimmt in dieser Altersgruppe kontinuierlich zu.

Mehr als ein Viertel aller Auslandsreisen geht auf das Konto der Generation 55plus. Ihre Reiselust stieg von 2005 bis 2010 mit 78 Millionen Urlaubsreisen um 17 Prozent. Die klassische Seniorenreise wie der Strandurlaub nimmt laut der Berliner Internationalen Touristikbörse (ITB) ab, während Kreuzfahrten, Rundreisen, gesundheitsorientierte Urlaube und Städtebesuche zunehmen. Bei den Best-Agern steht ganz entgegen den Erwartungen nicht etwa Reiseweltmeister Deutschland an erster Stelle, sondern Grossbritannien (16 Millionen Reisen im Jahr); die Bundesrepublik sendet gut eine Million weniger Rentner in alle Welt. *Joachim Feyerabend*

Wörter, die jeder kennt

Liebe zum Russischen

Ein neues Buch von *PAZ*-Autor Wolf Oschlies, versehen mit zahlreichen Illustrationen von Schenja Sidorkin, und mit einer geht es auf dem Cover gleich heiter los. Bei den beiden üppigen Matronen handelt es sich um Matrjoschkas. Mütterchen Russland hat keine Barbies hervorgebracht, sondern frauliche Frauen, von der Traktoristin bis zur Dame Fülliges in Fülle. Auch der russische Mann (die nächste Illustration) ist mit Ikone und Samowar, mit seiner Balalaika und seinem Wodka recht gemütlich und umgänglich.

Aber bald lernen wir im Text, wie sehr gerade das Sowjetische der russischen Sprache abträglich gewesen ist. Ehe der Autor nämlich die 222 Wörter alphabetisch auflistet sowie kenntnis- und faktenreich kommentiert, geht er auf rund 120 Seiten dem Geschick der siebtgrößten Weltsprache nach und sieht ihre Bedeutung und ihren Einfluss im Niedergang begriffen, in Osteuropa sowieso, aber auch bei uns.

„Die russische Sprache wurde jahrzehntelang nicht als das Medium russischer Kultur und Literatur angesehen, sondern als der Originalton sowjetisch-stalinistischer Politik!" Darum blieb sie, auch wenn sie als Band der Einheit im Sowjetreich und seinem Einflussgebiet gedacht war, im Bewusstsein der Untertanen eben doch Unterdrückungsmittel. Von daher ergaben sich anhaltende, selbst den Zerfall der Sowjetunion überdauernde Vorbehalte und Aversionen, die auch durch die günstige Phase der Perestroika Ende der 80er-Jahre kaum gemildert werden konnten.

Wer in der DDR Russisch-Unterricht genossen hat und nicht wie Oschlies das seltene Glück hatte, durch die Hilfe einer ausgezeichneten Lehrerin zu gehen, der hatte in der Regel noch nach etlichen Jahren null Kenntnisse der Sprache: „Drei Jugendliche stehen mit einem uniformierten Russen zusammen und fragen ihre Lehrerin: ‚Was hat der gesagt?' Die Lehrerin: ‚Er sagt, er findet es schön, dass ihr bei mir sechs Jahre Russisch in der Schule gelernt habt.'" Selbst Erich Honecker hat sich vergeblich bemüht, aber das nicht, weil Russisch an sich schwer wäre, sondern weil er das Deutsche nicht einmal grammatisch sicher beherrschte. Und so laufen Oschlies' Beobachtungen auf die zusammenfassende Feststellung hinaus: „Eine Phase, in welcher Deutsche gern und lustvoll Russisch gelernt hätten, hat es zu meinem Bedauern nie gegeben."

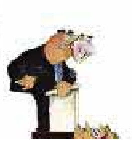
Dabei blicken die sprachlichen Kontakte zwischen Russen und Deutschen auf eine tausendjährige Geschichte zurück. Der Autor erinnert an die Kauffahrer der Hanse in Nowgorod, an die deutsche Beteiligung an der Petersburger Akademie im 18. Jahrhundert und an den Beitrag der Francke'schen Stiftungen in Halle zur Entwick-lung der Slawistik in Deutschland. Gegenseitige Wertschätzung oder auch Gleichgültigkeit gingen erst in antirussischen Polemiken und Hetzen des ausgehenden 19. Jahrhunderts und im Vorfeld des Ersten Weltkriegs unter. Zu dieser Zeit ist der Russland-Enthusiasmus Rilkes bereits als eine Besonderheit anzusehen. Sprachkontakte und Kooperationen in der Zwischenkriegszeit hat es nur anfänglich im militärischen Bereich zwischen den beiden totalitären Systemen gegeben, zielte doch die NS-Ideologie letztlich auf die Verdrängung des als minderwertig erachteten Slawischen.

Im gespaltenen Deutschland hat dann Wolfgang Steinitz mit seinen Lehrbüchern, die teilweise auch im Westen erschienen sind, vergeblich versucht, den Deutschen das Russische schmackhaft und leicht zu machen, scheiterte aber an dem allgemeinen Desinteresse am Russischen auch in der Bundesrepublik.

Das kann man im Nachhinein nur beklagen, liegt doch Russland von Mitteleuropa nicht weit entfernt und gehört geografisch in größerem Maße zu Europa als die Türkei, geistes- und kulturgeschichtlich in jedem Fall. Da wird man die Minimalforderung des Autors auch eher beherzigen, sich doch wenigstens die kyrillischen Buchstaben einmal angeeignet zu haben. Aber zunächst können die 222 russischen Wörter im Deutschen helfen, Zusammenhänge zu verstehen und das Bewusstsein korrigierend zu erhellen.

Lutz Hustig

***Wolf Oschlies: „Aeroflot bis Zar – Ein heiteres Sachbuch zu den 222 russischen Wörtern, die ALLE Deutschen kennen"**, Wieser Verlag, Klagenfurt 2011, gebunden, 260 Seiten, 12,95 Euro.*



»Undankbar und beschränkt«

Journalist deckt auf, was Politiker über ihre Wähler denken

Immer wieder belegen Umfragen, dass die Spezies der Politiker in der Bevölkerung nicht gerade sonderlich gut angesehen ist. Im Großen und Ganzen gelten Politiker als zu gut bezahlt, weltfremd und machtbesessen. Doch was denken eigentlich Politiker über die Bürger? Nikolaus Blome, der seit 2006 für „Bild" aus der Welt der Politik berichtet, hat schon so manchen Politiker hinter vorgehaltener Hand über die Bürger schimpfen gehört. In „Der kleine Wählerhasser – Was Politiker wirklich über die Bürger denken" gibt Blome nun seinen Lesern einen Einblick in die am häufigsten gehörten Aussagen von Politikern über jene Menschen, die sie eigentlich mit ihrem politischen Mandat vertreten sollen.

In der Bilanz halten viele Politiker die Bürger in der Masse offenbar für blöd, undankbar und beschränkt – und sie haben auch gute Gründe dafür. Blome belegt anhand zahlreicher Beispiele, warum Politiker eigentlich nur alles falsch machen können, denn schließlich könne man es nie allen gleichzeitig recht machen. Trotzdem nennt der Autor Fälle, die belegen, dass Politiker die Bürger falsch einschätzen beziehungsweise sich zu sehr nach Umfragen richten, die übrigens in Zeiten, in denen immer weniger Bürger ihre Telefonnummer in Telefonbüchern veröffentlichen lassen, nach denen viele Demoskopen ihre Interviewpartner auswählen, wenig aussagekräftig sind.

Sätze wie „Renten kürzen ist politischer Selbstmord", „Die Deutschen wollen keine Reformen", „Wegen Schulden hat noch keiner die Wahl verloren", „Die Menschen wollen keinen Streit" oder „Das kann man nicht laut sagen" hört der Journalist immer wieder von Politikern aller Parteien. Kapitel für Kapitel hinterfragt er im vorliegenden Buch nun diese und andere Sätze, geht darauf ein, inwieweit sie zutreffen, und mutmaßt, welche Folgen es hat, dass Politiker ihre Entscheidungen mit diesem Bild vom Bürger treffen.

Blome weist darauf hin, dass gewählte Volksvertreter gern von „den Menschen draußen im Land reden", doch was wollen sie damit sagen? Und verkaufen sie die Wähler manchmal bewusst für blöd oder ist die große Masse der Politiker der Meinung, dass sie ihnen wie Eltern einem Kind wichtige Entscheidungen abnehmen müssen, ohne ihnen die Gründe hierfür erklären zu müssen? Auf jeden Fall ist der Autor überzeugt, dass die unaufgeregte Reaktion der Deutschen auf die Wirtschaftskrise und ihre grundsätzlich bejahende Haltung gegenüber Thilo Sarrazins Thesen zu Immigranten den Politikern aller Parteien gezeigt haben müssten, dass die Bürger zum Teil „reifer" sind als von den Volksvertretern angenommen.

„Der kleine Wählerhasser" gibt aufschlussreiche Einblicke in die Gedankenwelt der Politikerkaste. Kurz, knapp und wirklichkeitsnah analysiert der Autor unaufgeregt und nachvollziehbar. Nur das Schlusskapitel enttäuscht, da Blome hier versucht, Politikern versöhnlich die Hand zu reichen und betont, warum auch die Wähler Fehler machen. Das stimmt schon alles, wirkt aber zu aufgesetzt, so als wäre dem Autor erst am Ende eingefallen, dass er mit den Menschen, die er gerade schonungslos kritisiert hat, ja noch weiter zusammenarbeiten muss. Und dem Leser fällt zudem auf, dass in der Politik trotz tendenziell eher negativer Meinung über das Volk dem eigenen Bild von diesem stets hinterhergelaufen wird, anstatt Politik nach eigener Auffassung und Überzeugung zu machen.

Bel

***Nikolaus Blome: „Der kleine Wählerhasser – Was Politiker wirklich über die Bürger denken"**, Pantheon, München 2011, kartoniert, 158 Seiten, 14,99 Euro.*



Gerettet vom Blätterwald

Juliane Koepcke überlebte einen Flugzeugabsturz im Dschungel

Im Januar 1972 ging die Nachricht von der spektakulären Rettung einer jungen Deutschen um die Welt, die am Weihnachtstag 1971 im peruanischen Urwald als Einzige einen Flugzeugabsturz aus 3000 Metern Höhe überlebt hatte. Verletzt und unter Schock stehend war die 17-jährige Juliane Koepcke danach elf Tage durch den Dschungel geirrt und einem Wasserlauf gefolgt, bis sie auf Waldarbeiter stieß, die sie zur nächsten Siedlung brachten. Trotz mangelnder Nahrungsaufnahme hatte sie überlebt, weil sie wusste, wie man sich allein in der Wildnis zu verhalten hat. Mit ihren Eltern, den Zoologen Maria und Hans-Wilhelm Koepcke, hatte sie zwei Jahre in der von ihnen gegründeten Forschungsstation Panguana im Tiefland-Regenwald von Peru verbracht.

Die traumatischen Folgen des Absturzes belasteten das junge Mädchen umso mehr, als ihre Mutter, die im Flugzeug neben ihr gesessen hatte, beim Absturz ums Leben gekommen war. Erst fast 40 Jahre später hat die inzwischen 56-jährige Juliane Koepcke, heute Juliane Diller, die Kraft gefunden, ihre Geschichte zusammen mit der Co-Autorin Beate Rygiert aufzuschreiben. „Als ich vom Himmel fiel – Wie mir der Dschungel mein Leben zurückgab" lautet der Titel ihres Buches, wobei der Untertitel auf ihre Rettung durch das dichte Blätterdach des Waldes Bezug nimmt, das damals ihren Sturz auf einer Sitzbank stark abgemildert hat. Seit dem Tod ihres Vaters im Jahr 2000 leitet die bei der Zoologischen Sammlung München beschäftigte Biologin an seiner Stelle mit Hilfe eines Einheimischen die Forschungsstation Panguana. Mit ihrem Einsatz für den Schutz des gefährdeten Amazonasregenwalds, der mit dem Vordringen der Zivilisation immer stärker zerstört wird, knüpft sie an das unermüdliche Engagement ihrer Eltern an. Diese sind in Peru noch heute namhafte Persönlichkeiten; die biologische Fakultät der Universität Lima wurde nach ihrer Mutter benannt.

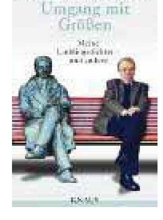
Man spürt, dass das unfassbare Geschehen die Autorin nachhaltig beeinflusst hat. Immer wieder wechselt sie während der Schilderung ihres Schicksals die Perspektive. Nach dem Krieg waren ihre Eltern nach Peru ausgewandert, um die damals noch fast unbekannte Tier- und Pflanzenwelt des Amazonas-Regenwalds zu erforschen. Im Stadtviertel Miraflores von Lima hatten sie ihr „Humboldt-Haus" gekauft, eine Villa mit Meerblick, in der Juliane inmitten einer Schar von Haustieren aufwuchs. Ihr behütetes Zuhause gab sie mit 14 Jahren anfangs nur ungern auf, um es mit dem Leben in der Selva, wie die Einheimischen den Regenwald nennen, zu vertauschen. Doch das sollte sich bald ändern. Nach ihrer Rettung schickte ihr Vater sie nach Deutschland, wo sie ihr Abitur machte und studierte.

Vor elf Jahren begab sich Juliane Koepcke mit dem Filmemacher Werner Herzog, der einen Dokumentarfilm über ihren Fall drehte, zur Absturzstelle, wo die Trümmer der Maschine noch immer über eine große Fläche des Urwalds verstreut herumlagen. Gleichzeitig erlebte sie eine böse Überraschung: Entlang einer neuen Urwaldstraße wurde der Wald überall gerodet. Heute ist sie Werner Herzog für seine Initiative dankbar. Wäre sie damals nicht erneut mit dem Geschehen konfrontiert worden, so glaubt sie, hätte sie vielleicht nicht die seelische Kraft aufgebracht, sich für Panguana und den Regenwald zu engagieren.

Mittlerweile konnte sie mithilfe eines Sponsors die unter Naturschutz gestellte Fläche durch Zukauf von Parzellen vergrößern. Auch der Erlös dieses Buches soll dem Schutzgebiet zugutekommen. Regelmäßig besucht Juliane Koepcke seit Jahren gemeinsam mit ihrem Mann ihr Geburtsland Peru und kämpft dabei jedes Mal gegen ihre Flugangst an. Sie hat ihre Lebensaufgabe gefunden. Ihr fesselndes Buch weckt Bewunderung für die Tapferkeit seiner Autorin und ihr Eintreten für den Regenwald, dem eine Schlüsselrolle für das Weltklima zukommt.

Dagmar Jestrzemski

***Juliane Koepcke: „Als ich vom Himmel fiel – Wie mir der Dschungel mein Leben zurückgab"**, Malik Verlag, München 2011, 45 meist farbige Fotos, gebunden, 295 Seiten, 19,95 Euro.*



Seehundschnauzbart und Sprachfehler

Macken und Marotten großer Schriftsteller – Anekdoten aus dem Nachlass Walter Kempowskis

„Die Literaturgeschichte ist die große Morgue, wo jeder seine Toten aufsucht, die er liebt oder womit er verwandt ist. Wenn ich da unter so vielen unbedeutenden Leichen den Lessing oder den Herder sehe mit ihren erhabenen Menschengesichtern, dann pocht mir das Herz. Wie dürfte ich vorübergehen, ohne euch flüchtig die blassen Lippen zu küssen?" – so sinnierte einst Heinrich Heine über seine literarischen Vorbilder.

Eine ebenso persönliche Schau auf bereits verstorbene und noch lebende Dichter liegt jetzt aus dem Nachlass von Walter Kempowski vor. Der Autor, der zu den meistgelesenen deutschen Schriftstellern der Nachkriegszeit zählt und durch seine autobiografischen Romane „Tadellöser & Wolf" und „Ein Kapitel für sich" berühmt wurde, verstarb 2007 im Alter von 78 Jahren. Zwischen 1997 und 1999 schrieb er für die „Welt am Sonntag" kleine Autorenbiografien, die dank seines langjährigen Lektors Karl Heinz Bittel nun in Buchform erschienen sind.

„Umgang mit Größen" eröffnet über die Hintertür kleiner Anekdoten und privater Erinnerungen den Zugang zu über 90 Dichtern von Johann Wolfgang von Goethe zu Stefan Zweig, von Honoré de Balzac zu Marcel Proust, von Fjodor Dostojewski zu Leo Tolstoi, von William Faulkner zu James Joyce.

Auch Trivialautoren wie Johannes Mario Simmel und Heinz Günther Konsalik kommen vor. Im Plauderton entwirft Kempowski mal bewundernde, mal respektlose Porträts seiner Schriftstellerkollegen, wobei es ihm keinesfalls um eine „objektive" Würdigung geht. Ihn interessieren Macken und Marotten, Haar- und Barttracht, Ess- und Trinkgewohnheiten, Kleidervorlieben, Missgeschicke und Todesarten.

Den späten Böll nimmt Kempowski wegen seines „grauen Schnauzbartes" aufs Korn, der ihn „zum Seehund verändert" habe. Gustave Flaubert verehrt er nicht nur als den „Heiligen des Romans", sondern auch als „Mann mit dem schönen Schnurrbart, der als Glückspilz antrat: Er zog nämlich die richtige Nummer und entging dem Militärdienst". Max Frisch „hatte einen leichten Sprachfehler, was nicht auffiel, wenn er an seiner Pfeife sog". Hesses fehlender Sinn für Humor lasse sich an seinem „Hemdkragen überm Jacket" ablesen. Thomas Mann reduziert sich auf den „Mann mit der Warze" im Gesicht, bei dem sich die Frage stellt, warum er sich diese nie entfernen ließ. Bei Ernst Jünger steht der Autor vor dem Rätsel, wie er sich angesichts des schleppenden Bücherverkaufs seine Käfersammlung, wertvolle Bücher und Reisen finanzieren konnte.

Walter Kempowskis künstlerische Bescheidenheit und seine Fähigkeit zur Selbstironie ziehen sich wie ein roter Faden durch das Werk. Wie ein schüchterner Schuljunge steht Kempowski vor Thomas Bernhard und findet nicht den Mut, sein Idol um eine Widmung ins „Poesiealbum" zu bitten. Für ein Autogramm von Susan Sontag schickt Kempowski sogar seine Assistentin vor: „Ich selbst hätte mich nicht getraut, wie sie da auf dem Teppich saß".

Den trinkfesten Uwe Johnson beschreibt er ängstlich als „grob, saugrob" und mahnt zur Vorsicht, „sonst haut er dir noch einen an den Ballon". Auch von Arno Schmidt fühlt sich Kempowski abgewiesen: „Gott, wie hat er mich abfahren lassen, und ich wollte ihm doch nur etwas Freundliches sagen."

Lästerei und Ehrfurcht mischen sich im Kommentar zu seinem beleibten Lieblingsfeind Günter Grass: „Es fehlt mir das Faszinosum. Wenn ich den Raum betrete, reden die Leute einfach weiter. Kein Mensch dreht sich nach mir um." Und angesichts kurioser Namen wie Stanwix, den Melville seinem zweiten Sohn gab, bemerkt er bescheiden: „Unsereiner heißt bloß Walter!"

Kempowski unternimmt in seinem Buch einen amüsanten und anregenden Streifzug durch die Welt der Literaten. Einer Dichtergröße wie ihm verzeiht man als Leser die eine oder andere inhaltliche Ungenauigkeit und seine teils überholten Betrachtungen.

Sophia Gerber

***Walter Kempowski: „Umgang mit Größen – Meine Lieblingsdichter – und andere"**, herausgegeben von Karl Heinz Bittel, Knaus Verlag, München 2011, gebunden, 288 Seiten, 19,99 Euro.*

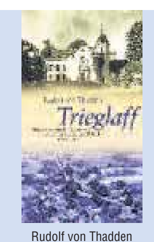
Ostpreußen-Accessoires

NEU

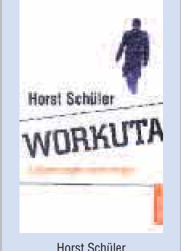
Preußen-Krawatte
schwarz-weiß gestreifte Krawatte mit dem eingewebten Preußenadler auf den weißen Streifen
Material: 100% Seide
Best.-Nr.: 7117

Ostpreußen-Seidenkrawatte, blau- weiß
Schwarze Seidenkrawatte mit blauen und weißen Streifen und der Elchschaufel in Wappenform
Best.-Nr.: 7094

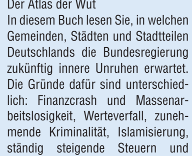
je € 29,95



Rudolf von Thadden
Trieglaff
Eine pommersche Lebenswelt zwischen Kirche und Politik 1807- 1948
Geb., 294 Seiten mit 20 Abb.
Best.-Nr.: 7121, € 24,90

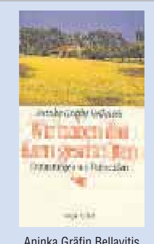


Horst Schüler
Workuta - Erinnerung ohne Angst
Geb., 248 Seiten
Best.-Nr.: 1015, € 9,95



Udo Ulfkotte
Vorsicht Bürgerkrieg!
Explosive Brandherde:
Der Atlas der Wut
In diesem Buch lesen Sie, in welchen Gemeinden, Städten und Stadtteilen Deutschlands die Bundesregierung zukünftig innere Unruhen erwartet. Die Gründe dafür sind unterschiedlich: Finanzcrash und Massenarbeitslosigkeit, Werteverfall, zunehmende Kriminalität, Islamisierung, ständig steigende Steuern und Abgaben, der Zusammenbruch von Gesundheits- und Bildungssystem und die vielen anderen verdrängten Probleme werden sich entladen. Linke gegen Rechte, Arme gegen Reiche, Ausländer gegen Inländer, mittendrin religiöse Fanatiker - das explosive Potenzial ist gewaltig. Fast alles, was aus der Sicht der Deutschen bislang als »sicher« galt, ist nicht mehr vorhanden. Der Autor schreibt über Tatsachen, über die deutsche Journalisten aus Gründen politischer Korrektheit niemals berichten würden, die aber wichtig sind, wenn Sie verstehen wollen was in den nächsten Monaten und Jahren auf uns zukommt. Fakt ist: Es gärt im Volk, die Wut wächst und die Spannungen nehmen zu. Es ist nur noch eine Frage der Zeit, wann sich aufgestauter Ärger und Hass entladen werden.
Geb., 448 Seiten, mit großer Deutschlandkarte zum Herausnehmen
Best.-Nr.: 6809

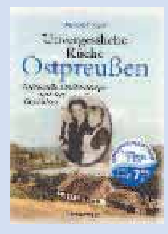




Aninka Gräfin Bellavitis
Wir haben das Korn geschnitten
Erinnerungen aus Ostpreußen
Geb., 261 Seiten
Best.-Nr.: 1859, € 12,95



Marion Lindt
Ostpreußen - Rezepte, Geschichten und historische Fotos
Geb. Buch, Pappband, 128 Seiten, 17,0 x 23,0 cm
Best.-Nr.: 7085, € 9,95



HARALD SAUL
Unvergessliche Küche Ostpreußen
Geb. Buch, 128 Seiten
Best.-Nr.: 6820, € 7,95



Horst F. E. Dequin
Hermann Balk, der erste Preuße
Der Weg eines bewaffneten Mönchs, der ein Land erobert und einen Territorialstaat gründet. Das vorliegende Buch ist weniger eine Biographie als die Würdigung des Lebenswerks des ersten Landmeisters von Preußen und Livland, HERMANN BALK. Es ist der Versuch, auf Grund der urkundlichen Überlieferung und der Tatsachen, die er in Ausübung seines Amtes geschaffen hat, ein Bildnis dieses grossen Mannes zu entwerfen, der als Ordensritter den Grundstein für den preußischen Staat legte.
Kart., 217 Seiten, mit bbildungen
Best.-Nr.: 2354



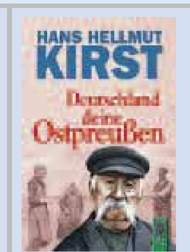


Erika Steinbach
Die Macht der Erinnerung
Geb., 250 Seiten mit farbigen Karten
Best.-Nr.: 7045, € 22,00

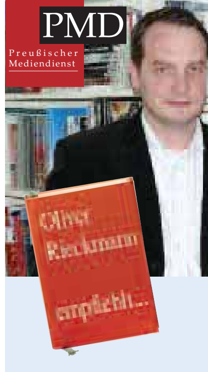
*Angebot nur gültig solange der Vorrat reicht.



E. Windemuth
Ostpreußen – mein Schicksal
Ein Tragödie der Vertreibung
Kart., 144 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 4494, € 16,00



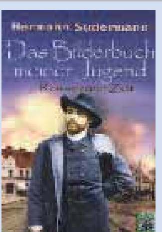
Hans Hellmut Kirst
Deutschland deine Ostpreußen
Geb., 160 Seiten
Best.-Nr.: 6825, € 16,80



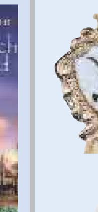
lesensWERT!
Die Buchempfehlung des Preußischen Mediendienstes!

Günter Ederer
Träum weiter, Deutschland!
Politisch korrekt gegen die Wand- Warum der Staat uns nicht retten kann
Günter Ederer entlarvt die deutsche Neigung, sich bei Themen wie Bevölkerungsrückgang, Staatsverschuldung, Klimawandel oder Bildungsmisere von Wunschdenken, Ideologien und Staatsgläubigkeit leiten zu lassen – und er erklärt, warum wir mit dieser Haltung Deutschland an die Wand fahren. Der Schuldenberg des Bundes wächst Jahr für Jahr um 80 Milliarden Euro, wir aber feiern die zehn, die gespart wurden. Mit 165 Milliarden Euro subventionieren wir Berufsgruppen wie Hoteliers, Blumenhändler, Milchbauern, aber glauben noch immer, dass es die Hartz-IV-Empfänger sind, die uns ruinieren. Im Jahr 2009 haben 40.000 gut ausgebildete Türken Deutschland wegen schlechter Jobperspektiven den Rücken gekehrt. Während wir qualifizierte Einwanderer brauchen, wandern 150.000 qualifizierte Deutsche aus. Zu viele Interessen, vor allem der Machteliten, verhindern grundlegende Lösungen. Der drohende Kollaps Deutschlands kann nur durch ein Weniger an Staat verhindert werden, damit sich die Kräfte einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung entfalten können, die echte Gerechtigkeit ermöglichen. Ederer skizziert Alternativen, die Deutschland eine Zukunft ohne Staatsverschuldung und Staatsbevormundung ermöglichen.
Geb., 368 Seiten
Best.-Nr.: 7122

€ 21,95



Hermann Sudermann
Das Bilderbuch meiner Jugend
Geb., 331 Seiten
Best.-Nr.: 6823, € 19,80

Zuckerlöffel Ostpreußen-Elchschaufel
Vergoldeter Sammellöffel mit der Elchschaufel. Die Lieferung erfolgt in einem Kunststoff-Etui
Best.-Nr.: 6926

€ 12,95

Hans Hellmut Kirst
Gott schläft in Masuren
Roman
Geb., 297 Seiten
Best.-Nr.: 6991, € 18,50

Frank Ochmann
Verführt - Verwirrt - Für dumm verkauft
Wie wir Tag für Tag manipuliert werden und was wir dagegen tun können
Geb., 240 Seiten
Best.-Nr.: 7120, € 19,99

statt € 7,40
nur noch € 3,95

Eva Pultke-Sradnick
Ein Stück Bernstein in meiner Hand
Geschichten aus Ostpreußen
Kart., 112 Seiten
Best.-Nr.: 6968




DVD

Der Mythos Ostpreußen
Auf den Spuren der Ordensritter
Ein Film von Wolfang Woiki, Laufzeit 60 Min.
Best.-Nr.: 7108, € 19,95



2 DVDs

Sturm über Ostpreußen
Der Untergang Ostpreußens als erschütternde Filmdokumentation
Laufzeit: 210 Minuten + 40 Minuten Bonusfilme
Best.-Nr.: 4500





DVD

Ruth Geede
Aus dem Leben einer Ostpreußin
Laufzeit: ca. 90 Min.
Best-Nr.: 5325,
statt € 14,95 nur noch € 9,95



DVD

Ostpreußen wie es war
In Filmaufnahmen aus den 20er und 30er Jahren werden Kultur und Tradition Ostpreußens wieder lebendig. Mit dem Bonusfilm „Alltag in Ostpreußen“, Laufzeit: 72 Minuten + 45 Minuten Bonusfilm
Best.-Nr.: 3656, € 19,95

August-Angebote*: Sparen Sie € 2,95 pro Artikel

Ostpreußen-Flagge – Landsmannschaft –
Best.-Nr.: 2093



statt € 12,95 pro Stück
nur noch € 10,00

Aus reißfesten Polyesterstoff.
An allen Kanten doppelt umsäumt.
Zum Hissen ist die Flagge mit 2 Metallösen versehen. Maße: 90x150 cm



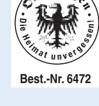
Ostpreußen-Seidenkrawatte
Edle Seidenkrawatte in den Farben Preußens mit der Elchschaufel
Farben: schwarz/weiß mit der Elchschaufel
Best.-Nr.: 7091

statt € 29,95 pro Stück
nur noch € 27,00

Rundstempel

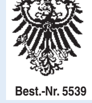


Best.-Nr. 6216



Best.-Nr. 6472

Best.-Nr. 5538



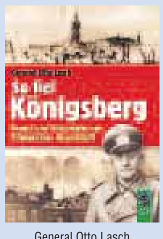
Best.-Nr. 5539

statt € 12,95 pro Stück
nur noch € 10,00



*nur gültig im Monat August 2011 und solange Vorrat recht

Dieckert / Großmann
Der Kampf um Ostpreußen
Geb., 264 Seiten (mit 14 militärischen Lageskizzen) und 24 Bildseiten
Best.-Nr.: 1472, € 19,80



General Otto Lasch
So fiel Königsberg
Geb., 160 Seiten (mit 8 militärischen Lageskizzen) + 16 Bilderseiten
Best.-Nr.: 1318, € 16,80





DVD

David Vondracek
Töten auf Tschechisch
Deutsche Zivilisten von Tschechen grausam hingerichtet
Drei Millionen Sudetendeutsche werden am Ende des Zweiten Weltkrieges aus ihrer Heimat vertrieben. Hass und Rachegefühle der Tschechen gegenüber den Deutschen entladen sich – egal, ob sie mit den Nazis kooperiert hatten oder nicht. 20.000 bis 30.000 Menschen werden bestialisch ermordet. Manche Historiker sprechen sogar von über 200.000. Diese DVD mit Filmmaterial von damals zeigt die Massaker im Nachkriegs-Tschechien. Die Aufnahmen belegen erstmals, was Augenzeugen und Historiker seit Jahrzehnten behaupten und nie mit Bewegtbildern beweisen konnten: Tschechen erschossen damals, in den Tagen nach der Kapitulation, gezielt deutsche Zivilisten auf offener Straße, nachdem sie sie wie Vieh zusammengetrieben hatten. Jiri Chmelicek hat die Gräueltaten im Mai 1945 vor seiner Prager Haustür mit der Filmkamera festgehalten. Als die deutschen Zivilisten von tschechischen Revolutionsgardisten und Soldaten der Roten Armee mit Peitschen und Gewehrkolben durch den sechsten Prager Gemeindebezirk getrieben wurden, herrschte dort eine Stimmung wie auf einem Volksfest. Frauen und Kinder sahen zu, es wurde getrunken und gelacht. Unter der kommunistischen Herrschaft versteckte Chmelićek das Filmmaterial. Helena Dvoakova, die Tochter des Hobbyfilmers, hatte das Zeitdokument schon vor zehn Jahren, lange nach dem Tod ihres Vaters, dem bekannten tschechischen Fernsehhistoriker Cáslavsky gegeben.
DVD, Laufzeit, ca. 58 Minuten
Best-Nr.: 7118, € 19,95

Abzeichen Volksabstimmung Ostpreußen



Replik eines Originalabzeichens
Inschrift: Abstimmung: Ostund Westpreußen 11.7. 1920
Durchmesser: 25 mm, an Nadel mit Sicherungshülse
Best.-Nr.: 6925, € 6,95




Helmut Schnatz
Der Luftangriff auf Swinemünde
Dokumentation einer Tragödie
Geb., 192 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 6924,
statt € 24,90 nur noch € 14,95

PMD Preußischer Mediendienst

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst 31/11
Mendelssohnstraße 12 · 04109 Leipzig · Tel. (03 41) 6 04 97 11 · Fax (03 41) 6 04 97 12
Lieferung gegen Rechnung. Achtung! Die Versandkostenpauschale beträgt nur € 2.50*, ab einem Bestellwert von € 70.00 ist die Lieferung versandkostenfrei *nur gültig bei Versand innerhalb Deutschland ohne Inseln. Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und MCs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Bestellcoupon

Menge	Best.- Nr.	Titel	Preis

Vorname: Name:
Straße/Nr.: Telefon:
PLZ/Ort:
Ort/Datum: Unterschrift:

MELDUNGEN

Alte fürchten um ihr Geld

Hamburg – Vor allem ältere Deutsche fürchten um ihre Ersparnisse. Dies ergab eine Forsa-Umfrage, die der „Stern“ veröffentlicht hat. Danach sorgen sich 68 Prozent der über 60-Jährigen um ihre Ersparnisse, bei den 18- bis 29-Jährigen sind es „nur“ 53 Prozent. Indes sehen nur 22 Prozent der Älteren Gold als Alternative oder Ergänzung zu Papiergeld-Anlagen, während bei den 18- bis 29-Jährigen 41 Prozent dem Edelmetall zuneigen. *H.H.*

Künstler ärgert Kreml-Chefs

Moskau – Mal Putin als James Bond, mal Medwedjew in der blau-weiß-roten Lederkleidung des „Captain America“, im Film ein Schwächling, der zu einem Supermann verwandelt wird, mit i-Pad in der Hand, oder gleich beide in kurzen Tennishosen auf einem Werbeplakat des Kaufhauses „Zum“: Seit Mai tauchen immer wieder an Bushaltestellen auf belebten Straßen im Moskauer Zentrum Plakate eines unbekannten Künstlers auf, die angeblich Teil eines Spiels sein sollen. *MRK*

ZUR PERSON

Der Aufstand der Veteranen

Die Kernkompetenzen der CDU nicht mehr erkennbar, das wirtschaftspolitische Gesicht verloren, allgemeiner Profilmangel, es fehlen in der Partei Leute mit „Bodenhaftung“. Mit solch vernichtender Kritik überzog der ehemalige baden-württembergische Ministerpräsident **Erwin Teufel** (71) seine Parteikollegin Angela Merkel. Laut „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ hat er damit einen „Aufstand der Alten“ angezettelt. Das stimmt nicht ganz, denn Teufel erhält Rückendeckung auch von Seiten jüngerer Parteikollegen wie Philipp Mißfelder von der Jungen Union und dem CDU-Innenpolitiker Wolfgang Bosbach: „Teufel spricht vielen in unserer Partei aus dem Herzen“.

Teufel weiß, wovon er spricht, wenn er den offensichtlichen Profilmangel der heutigen CDU kritisiert, war er doch in den 60er Jahren Gründungmitglied der Jungen Union in seinem Heimatkreis Rottweil. Nach der Mittleren Reife hatte er sich als Verwaltungswirt zielstrebig hochgearbeitet, nachträglich in einer Verwaltungshochschule sein Diplom erworben und es geschafft, ohne Abitur zu einem Philosophie-Studium zugelassen zu werden. In der Politik verdiente er sich als stets direkt gewählter Abgeordneter des Wahlkreises Villingen-Schwenningen seine Sporen. Als politischer Staatssekretär im Innenministerium gehörte er der von Hans Filbinger geleiteten Landesregierung Baden-Württembergs an. Nach dem Rücktritt von Lothar Späth wurde Erwin Teufel am 22. Januar 1991 zum Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg gewählt. Selbst in der Großen Koalition mit der SPD nach der Landtagswahl 1992 und der Koalition mit der FDP 1996 hielt er an konservativen Grundsätzen fest. Während seiner Amtszeit setzte er eine umfassende Verwaltungsreform um. *M. Rosenthal-Kappi*





Zeichnung: Mohr

Härtere Maßnahmen

Wie sich die CDU selbst verdunstet, warum ihr das auch nicht hilft, und was Lukaschenko von unserem Gabriel lernen kann / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Passen Sie bloß auf: Die ideologischen Reinigungskräfte rollen mit der eisernen Kehrschaufel durch die Welt. Nachdem sogar eine amerikanische Bürgerbewegung, die gegen Steuererhöhungen und für eine Verschlankung des Staatsapparats kämpft, ihren „Breivik“ abbekommen hat, weiß man kaum mehr, wie und wo man sich in Sicherheit bringen kann.

Wer jetzt noch spitze Bemerkungen in Richtung Islamismus über seine Lippen laufen lässt, dem kann jedenfalls keiner mehr helfen. Selbst ein „Ich toleriere alle, solange die mich auch tolerieren und nicht gewalttätig werden“ kann gefährliche Folgen haben. Was heißt hier „alle“? Sind damit auch der Papst, die Burschenschaften und gar „die Rechten“ gemeint? Wer die öffentlich toleriert, der kann seinen Kopf gleich auf den Richtblock legen. Toleranz, das lernen wir dieser Tage besonders eindringlich, ist nur im Falle ganz bestimmter Richtungen, Personen und Gruppen statthaft.

All diejenigen, die sich politisch rechts von links einordnen, können auf Toleranz lange warten. Das ist für viele von ihnen eine irritierende Erfahrung, die auf die Dauer nervt. Es gibt aber einen Ausweg: Die „Politische Korrektheit“, aus der englischen Urform abgeleitet von Kennern lapidar „PC“ genannt. PC ist der Panikpickel im Gesicht derer, die Angst haben, von den Linken rechts genannt zu werden.

PC-Infizierte erkennt man daran, dass sie ständig Sachen sagen, die sie im Grunde gar nicht sagen wollen und die auch keiner von ihnen hören will. Um sich vor der moralischen Aburteilung durch die Linken zu retten, übernehmen sie keck deren Parolen. Natürlich nur aus Taktik, weshalb die Parolen in ihren Mündern zu hohlen Phrasen vertrocknen. Heraus kommt eine Art Selbstverdunstung der Bürgerlichen, bei der die Verdunstenden den Nebel ihrer Selbstauflösung mit geschickter Tarnung verwechseln.

Wem das zu theoretisch ist, der betrachte die Entwicklung der CDU in, sagen wir mal, den letzten 30 Jahren. 1981: Der Berliner CDU-Politiker Heinrich Lummer geht gegen die Hausbesetzerszene auf die Barrikaden und erobert so für die Union erstmals das Rathaus im vormals stramm roten West-Berlin. 2011: Die Hamburger CDU kämpft wie ein Löwe gegen einen SPD-Bezirksbürgermeister, weil der ein illegales Bauwagen-Lager auflösen will. Noch Fragen?

Anhand der sinkenden Wahl- und Umfrage-Ergebnisse der Union ist ihre Verdunstung gleichsam physikalisch messbar. Die Hamburger Union mit Herz für linke Landbesetzer hat es geschafft, binnen zwei Jahren von über 40 auf gut 20 Prozent zu schrumpeln. Selbstredend will sie auch weiterhin auf keinen Fall von ihrem „erfolgreichen Kurs“ abweichen. Irgendwann muss es ja gelingen, so austauschbar zu werden, dass einem niemand mehr böse sein kann, weil man genau betrachtet ja gar nicht mehr existiert.

> Wer meint, er könne den PC-Warten durch Schweigen entkommen, der sollte mal nach Minsk schauen

Allerdings darf man sich keine Blößen mehr geben, indem man Restbestände eigenen Urteilsvermögens an den Tag legt wie die Leute, die im vergangenen Jahr an den Thesen von Thilo Sarrazin nicht nur Böses erkennen wollten. Die sind jetzt nämlich dran. SPD-Chef Sigmar Gabriel bezeichnet sie allesamt als gemäßigte Variante des Massenmörders von Norwegen: „In einer Gesellschaft, ... in der das Bürgertum Herrn Sarrazin applaudiert, da gibt es natürlich auch an den Rändern der Gesellschaft Verrückte, die sich letztlich legitimiert fühlen, härtere Maßnahmen anzuwenden.“ Der Mann hätte auch unter Robespierre Karriere gemacht. Fast unnötig zu erwähnen, welche Partei-Anhängerschaft Gabriel hier aburteilen will („Bürgertum“!), und welche Partei auf diese Weise von hinten getroffen werden soll. Wer solche Sprünge fertigbringt, dem entgeht keiner, da kann die CDU dunsten, wie sie will.

Wenn diese Art von Toleranz weiter um sich greift, könnte die Debattenkultur in Deutschland bald wieder so spannend werden wie ein spontaner Gedankenaustausch zwischen Erich Honecker und einer Abordnung der Freien Deutschen Jugend, bei dem selbstverständlich auch „kritische Fragen nicht nur erlaubt, sondern vom Genossen Generalsekretär sogar erwünscht sind“.

Was soll's, als brave Bürger bleibt uns immer noch ein simpler Ausweg: Klappe halten! Einfach nichts mehr sagen und stupide Beifall klatschen, wenn der Genosse Parteivorsitzende oder einer der zahllosen PC-Warte etwas Zustimmungspflichtiges gesagt hat.

Das müsste doch funktionieren, oder? Leider nicht. Im vermutlich einzigen europäischen Land, in dem die Palette der sagbaren Meinungen noch gründlicher entseucht ist als bei uns, macht selbst Klatschen und Schweigen verdächtig. Das ist allerdings weniger die Schuld der Regierung als vielmehr der hinterhältigen Opposition. Da es sich bei der Regierung um eine kommunistische handelt, darf man die Opposition wohl „die Rechten“ nennen, womit über deren unterirdische Absichten alles gesagt wäre.

Um diesen Rechten besser beizukommen, hat Weißrusslands Präsident Alexander Lukaschenko die Bandbreite der erlaubten politischen Meinungen auf die seiner eigenen zusammengefasst. Die Rechten wollen aber nicht lukaschenkeln, sie rotten sich stattdessen zu „Schweigedemonstrationen“ zusammen, auf denen sie stumm klatschen.

Als wachsamer Mann lässt sich der Herrscher von Minsk davon jedoch nicht an der Nase herumführen und schickt seine KGB-Häscher aus, um verdächtig schweigende oder klatschende Straßenpassanten aufzuspüren. Beim wie immer pompös begangenen Staatsfeiertag ging da allerdings etwas dramatisch schief: Die Rechten riefen per Internet ihre Leute genau zu der Stelle, wo sich Lukaschenko wie jedes Jahr nach einer seiner beliebten Reden ans begeisterte Volk umjubeln lassen wollte.

So nahm das Unheil seinen Lauf: Nachdem er die Ansprache vollendet hatte, wartete der Präsident in seiner kunterbunten Uniform auf den üblicherweise aufbrandenden Applaus seiner hingerissenen Untertanen. Dann der Schock: Keine Hand rührte sich. Die pflichtbewussten Jubelgenossen hatten Angst, wegen schweigenden Klatschens für Rechte gehalten und abgeführt zu werden. Sie hatten ja gehört, dass die Antikommunisten auch zu der Veranstaltung gerufen hatten und wollten um keinen Preis mit denen verwechselt werden. Statt ihrem Führer also andachtsvoll zu applaudieren, zottelten sie nach dessen Rede leise schwatzend von dannen. Lukaschenko soll beinahe geplatzt sein.

Der Veräppelte sinnt auf Rache: Ab sofort ist es strafbar, sich an einem über das Internet vorher bestimmten Ort zu dort festgesetzter Zeit gemeinsam mit anderen schweigend aufzuhalten. Dumm für die, welche keinen Rechnerzugang haben und denen zur falschen Zeit am falschen Ort aus Versehen der Gesprächsstoff ausgeht.

Das Perfide an den weißrussischen Rechten ist ja, dass die Masche mit dem Schweigen so verdammt harmlos wirkt, weshalb jede staatliche Gegenmaßnahme übertrieben erscheinen muss. Lukaschenko sollte sich mit Gabriel zusammensetzen, der wüsste bestimmt Rat. Etwa diesen hier: Ist Anders Behring Breivik nicht auch als schweigsamer Mensch aufgefallen? Na, da haben wir's doch! Mit einem Tröpfchen Gabrielscher Rabulistik kann Lukaschenko die rechten Quertreiber ganz leicht als gemeingefährliche Politkriminelle entlarven.

Allerdings sollte man beim Breivik-Gebrauch ein bisschen aufpassen. Der Norweger hat auch die Vertreibung der Sudetendeutschen gelobt. Was sagt uns das, Herr Gabriel? „In einer Gesellschaft, in der Teile des etablierten politischen Spektrums Vertreibungsverbrechen relativieren, da gibt es natürlich auch an den Rändern der Gesellschaft Verrückte, die sich letztlich legitimiert fühlen, härtere Maßnahmen anzuwenden.“ Die Welt ist manchmal bunter, als sie scheint.

MEINUNGEN

***Mechthild Löhr**, Bundesvorsitzende der „Christdemokraten für das Leben“, kritisiert, dass die Union in für **Christen fundamentalen Fragen** still bleibe:*

„Wo bleibt in der CDU die Empörung über mindestens 110 000 Abtreibungen pro Jahr? Wo bleibt die Empörung über sinkende Kinderzahlen? Wo bleibt der besondere Schutz von Ehe und Familie gegenüber homosexuellen Lebensformen?“

*Der **Wirtschaftsweise Lars Feld** äußert sich in „Focus Money“ (online) pessimistisch über die Aussichten der **EU-Förderpolitik** am Beispiel des Schuldenstaates **Portugal**:*

„Da sieht man immer mal wieder ein tolles Gebäude oder eine Brücke, auf der steht ‚Finanziert durch die Europäische Union‘. Dabei sind viele Bereiche der dortigen Wirtschaft überhaupt nicht wettbewerbsfähig. Diese Maßnahmen verpuffen einfach.“

***Roger Boyes**, langjähriger Deutschland-**Korrespondent** der britischen **„Times“**, verlässt **Berlin** mit einem bitteren Resümee, Im „Tagesspiegel“ nennt er die Politiker der Stadt, voran Bürgermeister Klaus Wowereit, schlicht **„mittelmäßig“**:*

„Einer Stadt, die mit Subventionen vollgepumpt wurde wie ein Ringer mit Steroiden, fällt es natürlich schwer, geradeaus zu laufen oder geradeaus zu denken. Kein Wunder, dass man hier Größe mit Kraft verwechselt. Und natürlich wissen die Politiker in einer solchen Stadt gut, wie man Staatskohle ausgibt, und weniger gut, wie man spart; sie bedienen ihre Klientel statt Ideen zu entwickeln, die die Stadt voranbringen würden. Und wir lassen das zu.“

Kollateraler Nutzen

Selbst wenn manche es bestreiten,
hat – das zeigt sich wieder klar –
wirklich jedes Ding zwei Seiten,
eine Schreckenstat sogar.

Diese hilft ja zu verdrängen,
dass die Pleite weiter sprießt
und man unter Gipfelzwängen
neuen Volksbetrug beschließt.

Flotte Schuldzuweisungsspiele
machen gleichfalls viele froh,
und wohl näher ihrem Ziele
sind jetzt Erdogan und Co.

Denn es klagt die Neo-Stasi
Christentum und Bürgersmann
– die extreme Mitte quasi –
prompt als Tatkomplizen an!

Ausgeblendet beim Gezeter
wird, weil sichtlich kein Problem,
dass auch schwul war dieser Täter,
Logenbruder außerdem.

Jedenfalls von großem Nutzen
ist die Sache insgesamt,
um Rivalen zu beschmutzen,
die man fürchtet und verdammt.

Trommeln kann man
wieder rühren
für Kontrolle und Zensur,
demokratisch
hinzuführen
zur totalen Diktatur.

Folglich gilt's noch auszuweiten
alles, was Konflikte nährt,
um dann rettend einzuschreiten –
denn Rassist ist, wer sich wehrt ...

Pannonicus